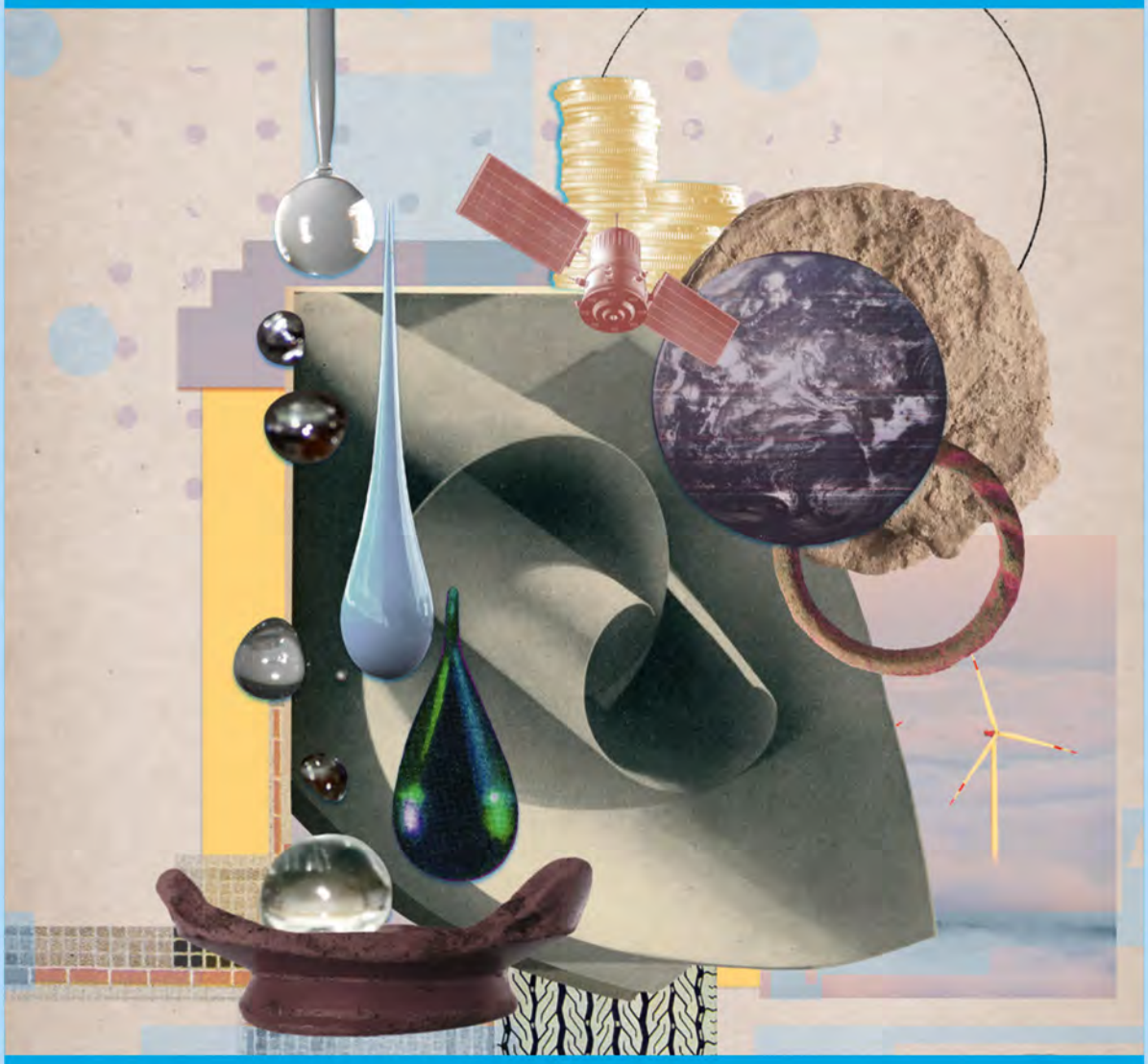
INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 5 /2023 • Mercator Kolleg • 9,90 Euro – 2728



Mercator Kolleg 2023

Berichte, Erfahrungen, Engagement

AufRuhr Das Magazin der Stiftung Mercator

Digitalisierte Gesellschaft | Europa in der Welt | Klimaschutz | Teilhabe und Zusammenhalt

Solidarität zeigen, das Klima schützen, Europa erleben.

Wie das geht:
www.aufruhr-magazin.de

Das Magazin der
STIFTUNG MERCATOR

Zeit der Wende

Energiewende, Verkehrswende, Bildungswende: Die Metapher der Wende wird in der politischen Kommunikation oft und gerne eingesetzt. Der Kern der Botschaft ist im Prinzip immer dieselbe: Der aktuelle Zustand ist nicht haltbar, wir brauchen eine neue Ausrichtung, eine Änderung, die uns in eine bessere Zukunft führt. Eine Wende eben.

Auch die in Deutschland ausgerufene Zeitenwende ist auf den ersten Blick eine solche politische Metapher. Die Idee der Zeitenwende könnte sich zum definierenden Thema jener Generation entwickeln, der auch die Kollegiat*innen des Mercator Kollegs angehören. Stimmt diese Annahme, dann ließe sich die biografische Erfahrung dieser Generation also womöglich in eine Zeit davor und eine Zeit danach gliedern. Mit Wendejahren dazwischen. Bevor der Klimawandel im (westlichen) Alltag wirklich spürbar wurde. Nachdem sich Sicherheitspolitik und Krieg wieder den innenpolitischen Debatten in Europa aufdrängten. Bevor Algorithmen als Autoren für einen großen Teil der neu verfassten Texte verantwortlich zeichneten und nachdem wichtige Durchbrüche in Medizin und Technik durch sogenannte Künstliche Intelligenz ermöglicht wurden.

Ob sich gerade jetzt eine Zeitenwende vollzieht, wird sich erst mit deutlichem zeitlichem Abstand beantworten lassen. Und auch die Frage, in welcher Weise diese Zeitenwende individuelle Biografien beeinflusst und prägt, wird sicherlich jede*r der Kollegiat*innen in einer späteren Rückschau unterschiedlich beantworten. Unabhängig hiervon zeigen jedoch die Erfahrungen der vergangenen 14 Jahre Mercator Kolleg, dass das Programm eine prägende Erfahrung in der Biografie der jungen Menschen ist – ob als Wende, Kurskorrektur oder einfach als bestätigender Rückenwind.

Was die Stipendiat*innen des Kollegs aller Generationen eint, ist ihr Wille, den großen Herausforderungen unserer Zeit nicht einfach ihren Lauf zu lassen. Sie wollen diese verstehen und sich an Lösungen beteiligen. In dieser 14. Sonderbeilage geben uns nun Mitglieder des frisch ausgeschiedenen Mercator-Jahrgangs einen Einblick in die Themen, die sie bewegen, bei denen sie einen Unterschied machen und Teil einer Wende sein möchten – sei es bei der schleppenden Dekarbonisierung energieintensiver Wirtschaftszweige, der angeschlagenen planetaren Gesundheit oder der klimageschuldeten Verschlechterung von Sicherheitsaspekten aus einer genderspezifischen Perspektive.

Wir hoffen, dass Ihnen die Lektüre der *IP* vielfältige Erkenntnisgewinne beschert und aufzeigt, wo und wie Wandel an ganz unterschiedlichen Orten der Welt stattfindet.

Dr. Annette Julius
Generalsekretärin, Studienstiftung des deutschen Volkes

Dr. Wolfgang Rohe
Vorsitzender der Geschäftsführung, Stiftung Mercator

Dr. Klara Sekanina
Direktorin, Schweizerische Studienstiftung

Dr. Andrew Holland
Geschäftsführer, Stiftung Mercator Schweiz

nefia netzwerk für internationale aufgaben

Das Netzwerk für internationale Aufgaben

Wir sind das stetig wachsende deutsch-schweizerische Ehemaligennetzwerk des Mercator Kollegs für inter- nationale Aufgaben und des früheren Stifungskollegs.

Unsere über 450 Mitglieder, die aus vielen verschiedenen Fachbereichen kommen, übernehmen weltweit gesellschaftliche Verantwortung und setzen sich für inter-nationale Verständigung ein.

Als Netzwerk bieten wir unseren Mitgliedern eine Plattform für den Austausch und Kontaktpflege. Gleichzeitig teilen wir in Veranstaltungen und Publikationen umfang-reiches Praxis- und ExpertInnenwissen zu global relevanten Themen und versuchen, junge Menschen in Deutschland und der Schweiz für das Arbeiten in internationalen Einsatzfeldern zu begeistern.

Fotos: Santiago Tascon, Rechte: nefia e. V.

www.nefia.org

Förderer und Partner

STIFTUNG MERCATOR

Stiftung Mercator Schweiz

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Studienstiftung des deutschen Volkes

Die Enge weiten

Der Krieg in der Ukraine bindet, kostet und verschlingt enorme Ressourcen. Der Strom schlechter Nachrichten und furchtbarer Bilder des russischen Vernichtungsfeldzugs ist überwältigend, und das kann angesichts des Geschehens selbst und seiner Relevanz auch gar nicht anders sein. Gleichzeitig belegt der Krieg die Aufmerksamkeit vieler Menschen für alles Internationale vollständig, für anderes Weltgeschehen ist keinerlei Raum mehr, erst recht nicht für hellere Erzählungen von Lösungen und Möglichkeiten einer als kompliziert und negativ wahrgenommenen Zukunft.

Eine solche Enge können die Texte dieses *IP Special* weiten. Der 14. Jahrgang des Mercator Kollegs war in der Welt unterwegs; in Beirut und der Zentralafrikanischen Republik, in Guinea-Bissau und Kenia, in Astana, Bangladesch oder New York City, um nur einige Einsatzorte der 25 Kollegiatinnen und Kollegiaten zu nennen. In der Gesamtschau können ihre Eindrücke, Analysen und Schilderungen wie ein Füllhorn in dürrer Zeit gesehen werden – und sind als solches allen willkommen, die Neues suchen.

Sie werden viel globales Denken in dieser Sonderausgabe finden, die in enger und bewährter Zusammenarbeit der *IP* mit dem Mercator Kolleg für internationale Aufgaben entstanden ist. Darunter sind Themen der harten Sicherheit wie Konflikte im Sahel, das Staatsversagen im Libanon, Frauen in Friedensprozessen oder Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen. Es geht aber auch um (nur vermeintlich) weichere Aspekte wie mentale Gesundheit, Mechanismen der Streitschlichtung, das Verhältnis von Zuhause und Staatsangehörigkeit, um feministische Außenpolitik, Europas digitale Infrastruktur oder Probleme im Weltraum. Dass sich im neuen Zeitalter des Anthropozäns viele Texte um Klima und Umwelt drehen, soll und muss so sein. Darunter: Schwierigkeiten der Dekarbonisierung, die Rohstoffe Afrikas, der Zugang zu Wasser oder „planetary health“ – oft ist dabei in dieser Generation der rein westliche Blick wohltuend abwesend.

Viele der hier vorgestellten Ansätze und teils sehr persönlichen Schilderungen können mindestens das Denken beflügeln, sie machen neue Angebote und holen Gelungenes aus nur geografisch weiter Entfernung plastisch in die Nähe eigener politischer Gestaltungsmöglichkeiten. So lässt sich, eben, die Enge weiten. Sich mit der Zukunft zu beschäftigen, wenn die Gegenwart oft mies ist, ist kein Eskapismus, sondern notwendig.

Wir wünschen Ihnen eine gute und gewinnbringende Lektüre!

Martin Bialecki
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL **1**

EDITORIAL: *Von Martin Bialecki* **3**

VORWORT: **Worum es geht**
Von Klaus Scharioth **6**

VORWORT: **Glücklich als Sisyphos**
Von Georges Martin **7**

Frieden und Zusammenarbeit

Mehr Frauen, mehr Frieden
Weibliche Teilhabe ist ausschlaggebend für nachhaltige Konfliktlösungen und erfolgreiche Prävention. *Von Pamela Skowron-Mrówka* **10**

Wer spricht, wer wird gehört?
Zu den Konflikten in der Sahelzone gibt es viele unterschiedliche Stimmen – vor Ort und in internationalen Machtzentren. *Von Josefine Brons* **12**

Friedensmission und Gegenspieler
Wer schützt die Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik – die UN oder die Wagner-Söldner? *Von Sina Marleen Golgowski* **14**

Republik der NGOs
Da die Regierung im Libanon viele Aufgaben nicht erfüllt, übernimmt die Zivilgesellschaft wichtige staatliche Funktionen. *Von Sophie Blömeke* **16**

Sozialen Zusammenhalt fördern
Politische und wirtschaftliche Probleme kennzeichnen den Libanon, können Bottom-up-Ansätze helfen? *Von Mathea Bernhardt* **18**

Eine aktive Rolle für Geflüchtete
Syrer*innen in Jordanien und Deutschland gestalten ihr neues Leben und zugleich die Zukunft ihrer alten Heimat. *Von Margot Mayoraz* **21**

Kliniken unter Beschuss
Die Zahl der Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen steigt, doch noch fehlt es an Bewusstsein für diese Problematik. *Von Mike Yousef* **24**

Recht und Gerechtigkeit

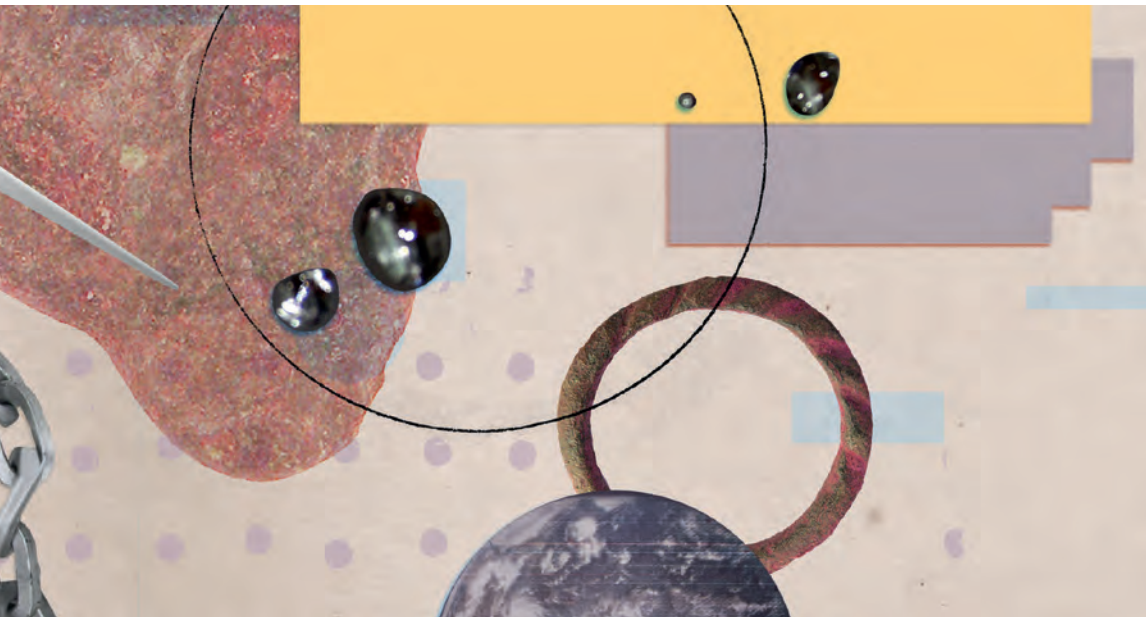
Besserer Zugang zum Recht
Ein Beispiel aus Guinea-Bissau zeigt, wie mit innovativen Methoden Probleme im Justizministerium angegangen werden. *Von Rojda Tosun* **28**

Umwelt, Recht und Frieden
Formale Rechtssysteme müssen durch informelle Streitschlichtungsmechanismen gestärkt werden. Ein Beispiel aus Kenia. *Von Fabian Keske* **30**

Verschwunden in Mexiko
Die Zahl der Vermissten steigt weiter, doch der Staat kommt seiner Pflicht nach Aufklärung nicht nach. *Von Aline Wani* **32**

Unser Gefühl von Zuhause
Für jede*n bedeutet es etwas anderes, aber es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Selbstwahrnehmung und Identität. *Von Anne Schuchardt* **35**

Vorteile sprachlicher Vielfalt
Herkunftssprachen erleichtern den Zugang zu Bildung und sollten deshalb auch im Schulunterricht genutzt werden. *Von Anna Cijevschi* **38**



Mütterliche mentale Gesundheit
Eine Integration in die primäre Gesundheitsversorgung trägt dazu bei, jungen Müttern in Jordanien zu helfen. *Von Ann-Christin Wolf* **40**

Wirtschaft und Umwelt

Grüner Aufschwung
Wie gelingt eine nachhaltige Industrialisierung in Afrika? Und welche Chancen bieten erneuerbare Energien? *Von Niels Kunz* **44**

Stahl, Zement und die Klimaziele
Die Schwerindustrie verursacht hohe Treibhausgasemissionen. Welche technischen Lösungen sind schon marktreif? *Von Nadia Mondini* **47**

Emissionen schneller senken
Der Wissenstransfer bewährter Maßnahmen für nachhaltige Produktion und Recycling sollte mehr gefördert werden. *Von Lukas Gast* **49**

Schutzschirme für Klimarisiken
Eine Versicherung kann Kleinbauern dabei unterstützen, sich besser an den Klimawandel anzupassen. *Von Lukas Edbauer* **51**

Privates Kapital für UN-Ziele
Mit dem „Blended Finance"-Ansatz können zusätzliche Gelder für Entwicklungsfinanzierung mobilisiert werden. *Von Timothy Randall* **54**

Digitale Zahlungssysteme
Krypto-Assets wie Bitcoin bedienen auch politische Interessen. Deshalb braucht es endlich mehr Regulierung. *Von Julian Barazi* **56**

Klima und Zukunft

Planetary Health für alle
Die Risiken und Nebenwirkungen des Status quo verlangen nach einer systemischen Transformation. *Von Bea Albermann* **60**

Feministische Klimaaußenpolitik
Soziale Gerechtigkeit fördern und ein neues Verständnis von menschlicher Sicherheit entwickeln. *Von Michelle Benzing* **62**

Wege aus der Wasserkrise
Die Verteilung bleibt ungerecht. Deshalb muss gehandelt werden, um Misswirtschaft und Profitgier zu beenden. *Von Erik Schnetzler* **64**

Diasporen als Klima-Akteure
Die Kenntnisse von exilierten Bevölkerungen können dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen. *Von Mediha Inan* **67**

Begrenzte Unendlichkeit
Die Nutzung des Weltraums ist attraktiv und die Zahl der Satelliten steigt rasant. Globale Regulierung ist notwendig! *Von Ferechta Paiwand* **69**

Das Internet von morgen
In der Global-Gateway-Strategie spielt digitale Infrastruktur eine zentrale Rolle. Kann die EU Standards etablieren? *Von Manuel Widmann* **71**

Leitung 75
Jahrgang 76
Impressum 80

Worum es geht

Von Klaus Scharioth

Selten hat eine solche Vielzahl schwierigster Aufgaben auf eine Lösung gewartet: Was tun gegen den brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine? Wie lassen sich schwere Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht wirksam ahnden? Wie sichern wir die Zukunft einer demokratischen, souveränen Ukraine? Wie können wir die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union weiter stärken? Sind Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein erreichbares Ziel?

Wie lässt sich die Blockade des UN-Sicherheitsrats durch die Vetomächte Russland und China überwinden? Ist die Befassung der Generalversammlung nach dem Vorbild „Uniting for Peace" eine Alternative? Wie bringen wir einen fairen Interessenausgleich mit dem Globalen Süden voran? Wie verlangsamen wir den Klimawandel? Wie beschleunigen wir die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien? Was tun wir gegen Extremwetter, Waldbrände und steigende Meeresspiegel?

Wie stoppen wir die Verbreitung nuklearer Waffen? Wie gehen wir mit Migration, Flucht und Vertreibung um? Wie stärken wir rechtsstaatliche Strukturen und die Menschenrechte? Wie schaffen wir eine gerechte weltweite Finanz- und Steuerordnung? Lassen sich einseitige Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten durch Diversifizierung wirksam verringern? Wie kontrollieren wir Künstliche Intelligenz und steuern sie in eine positive Richtung? Wie verhindern wir Angriffe auf unsere offene Gesellschaft und Demokratie, ohne unsere Grundprinzipien aufzugeben?

Die Antwort: Durch eine noch engere internationale Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Partnern in der EU, NATO und im Globalen Süden. Dazu brauchen wir engagierte, hochqualifizierte junge Menschen, die den Mut, die Kraft und den Willen haben, sich diesen gewaltigen Herausforderungen zu stellen. Und zwar mit Hartnäckigkeit und strategischer Geduld.

Genau darum geht es uns im Mercator Kolleg. Junge Frauen und Männer erhalten die Gelegenheit, sich ganz praktisch und vor Ort auf ein Engagement in der internationalen Zusammenarbeit vorzubereiten. Der 14. Jahrgang war dazu in Nairobi, Jakarta, Amman, Abidjan, Beirut und an vielen anderen Orten. Die Kollegiat*innen widmeten sich dort völlig unterschiedlichen Problemfeldern: der politischen Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen, robusten Friedenseinsätzen zum Schutz der Zivilbevölkerung, der Treibhausneutralität, der Klimagerechtigkeit, der Eindämmung von Wasserkonflikten, privater Klimafinanzierung, der Dekarbonisierung energieintensiver Industriezweige oder dem Weltraum als „global commons". Dies sind nur einige Beispiele von vielen.

Lesen Sie selbst. Lassen Sie sich in den Bann von Berichten junger Menschen ziehen, die – frei nach John F. Kennedy – nicht nach persönlichem Gewinn streben, sondern sich fragen, was not tut, um diese drängenden Probleme anzupacken und Schritt für Schritt einer Lösung näher zu bringen.

Dr. Klaus Scharioth ist Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Glücklich als Sisyphos

Von Georges Martin

Belügen wir uns nicht selbst. Was wir seit 1945 für unvorstellbar hielten, ist auf unseren Kontinent zurückgekehrt: der Krieg! Ein brutales Armutszeugnis für die Generationen, die ihn nicht verhindern konnten. Ein Armutszeugnis für einen Kontinent, der gerne gegenüber der ganzen Welt die Rolle des Lehrmeisters spielte. Die alten Kriegsdämonen rufen sich in Erinnerung, als wollten sie sich über unsere Überzeugung lustig machen, der Westen habe in Sachen Menschenrechte und Werte einen entscheidenden Vorsprung. Heute ist es der Globale Süden, der uns fassungslos anschaut und uns ermutigt, zur Besinnung zu kommen. Die Welt steht Kopf – oder zumindest ist die Welt, die wir uns nach unserem Bilde konstruiert hatten, implodiert. Das hat uns jedoch nicht dazu veranlasst, aus unserem Manichäismus auszubrechen. Wir sehen uns weiterhin auf engelhafte Weise, schöner als wir sind.

In diesem Kontext lebt die Mercator Kolleg-Familie. Nach den schwierigen Covid-Jahren haben die Kollegiat*innen des 14. Jahrgangs ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen. Die Führungsgeneration von morgen, zu der auch der MK14 gehört, muss besser als die vorhergehenden sein und das in praktisch allen Bereichen: Geschichtskenntnis, Ethik, Werte, Engagement, Weitsicht. Vielleicht war das Mercator Kolleg bislang vor allem ein Sprungbrett, um individuelle Karrieren zu fördern. Heute macht das Kolleg auch als sozialer Inkubator Sinn, um dazu beizutragen, unsere Gesellschaften global wieder ins Lot zu bringen. Enorm scheint die Diskrepanz zwischen der exponentiellen Kurve des technischen Fortschritts des Menschen und der Entwicklung seiner kognitiven Fähigkeiten, deren Niveau eine gefährliche Nähe zu demjenigen der Steinzeitmenschen aufweist. Wie sollen die Folgen des Einsatzes eines Atomwaffenarsenals mit einem Gehirn bewältigt werden, das sich noch im Stadium der Steinschleuder befindet?!

Die Kollegiat*innen haben in den vergangenen zwölf Monaten erfolgreich daran gearbeitet, in jeder Hinsicht zu wachsen. Sie haben nichts ausgelassen. Sowohl im Weltraum als auch auf unserem Planeten haben Fragen zu Frieden, Klimaerwärmung, Migration, Gesundheit, Gerechtigkeit, Zusammenarbeit, digitaler Entwicklung und ihren Folgen, Künstlicher Intelligenz und einer gerechteren internationalen Finanzwelt ihre Energie in Anspruch genommen und ihr soziales Engagement verstärkt. Die Fähigkeit jedes Einzelnen von uns, die individuelle Blase zu verlassen und in die universelle Blase zu investieren, wird über die Zukunft unserer Gesellschaft entscheiden. Zwischen Egoismus und Altruismus haben die Kollegiat*innen ihre Seite gewählt. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

In unserer Welt des Absurden – und falls es wirklich so ist, dass wir dem Schicksal eines ewigen Sisyphos nicht entkommen können – sollten wir auf Albert Camus hören, der 1942 (!) riet, uns „Sisyphos als glücklichen Menschen vorzustellen“. Denn erneut einen von allen akzeptierten Frieden auf unserem Kontinent herzustellen, ist eine langwierige, aber dringend notwendige und lohnenswerte Aufgabe.

Georges Martin ist Vizerektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben.

Frieden und Zusammen-arbeit

UN-Missionen und Zivilgesellschaft, Frauen und Geflüchtete – sie alle spielen eine besondere Rolle bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten.

Von Pamela Skowron-Mrówka, Josefine Brons, Sina Marleen Golgowski, Sophie Blömeke, Mathea Bernhardt, Margot Mayoraz und Mike Yousef

Mehr Frauen, mehr Frieden

Immer noch werden Frauen aus Entscheidungs- und Friedensprozessen systematisch ausgeschlossen. Dabei ist ihre Teilhabe ausschlaggebend für nachhaltige Konfliktlösungen und erfolgreiche Prävention.

Von Pamela Skowron-Mrówka

Sei es für das Recht auf reproduktive Gesundheit und körperliche Unversehrtheit, für Meinungsfreiheit und demokratische Wahlen oder für politische und wirtschaftliche Teilhabe – Demonstrationen für Gleichberechtigung und Frauenrechte sind weltweit verstärkt sichtbar. Frauen ganz unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Klasse gehen in Afghanistan, Polen, im Iran, in Kurdistan und anderen Teilen der Welt auf die Straßen, um für „Frauen, Frieden, Freiheit" zu kämpfen. Doch bis heute werden Frauen eher als Akteurinnen gesehen, die sich in ihren Communities engagieren, und weniger als Entscheidungsträgerinnen an formalen Friedensprozessen.

Die systematische Ausgrenzung von Frauen bei Friedensgesprächen ist keine Seltenheit. Studien verdeutlichen, dass Frauen in größeren Friedensprozessen zwischen 1992 und 2019 nur 6 Prozent der Mediator*innen, 6 Prozent der Vertragsunterzeichner*innen und 13 Prozent der Verhandlungsführer*innen ausmachten. Bei einer von UN-Generalsekretär António Guterres im Mai 2023 einberufenen Konferenz zur Lage in Afghanistan, bei der es auch um Frauen- und Menschenrechte ging, waren keine Frauen anwesend! Im Sudan war der Ausbruch erneuter Kämpfe im April 2023 für Friedensakteurinnen keine Überraschung: Sie hatten bereits im Vorfeld ihre diesbezügliche Besorgnis zum Ausdruck gebracht, doch sie wurden nicht gehört. Wie kann es sein, dass Frauen aus Entscheidungs- und Friedensprozessen ausgeschlossen werden? Und warum ist ihre Teilhabe essenziell und sinnvoll?

Die direkte Einbeziehung von Frauen ist nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit und Menschenrechten. Ihre Beteiligung trägt nachweislich zur Prävention und Lösung von Konflikten bei, während ihr Ausschluss diese Prozesse untergräbt. Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Teilhabe von Frauen an formalen Friedensprozessen zu einem Anstieg von umgesetzten Abkommen sowie zur Verbesserung ihrer Qualität und Nachhaltigkeit führt. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit um 35 Prozent, dass ein Friedensabkommen langfristig Bestand hat, wenn Frauen in hochrangigen Positionen am Prozess teilnehmen; auch geschlechtsspezifische Bestimmungen finden eher Eingang in Verträge, womit Frauenrechte gefördert werden.

Die Resolution 1325, im Jahr 2000 durch den UN-Sicherheitsrat verabschiedet, gilt als Meilenstein im Streben nach umfassender Repräsentation und Partizipation von Frauen in Friedensprozessen. Mit ihren neun Folgeresolutionen trägt sie zur Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit bei. Doch aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Beteiligung von Frauen auf Entscheidungsebenen in Friedensprozessen weiterhin gering ist. Tiefgreifende patriarchalische

Strukturen, respektlose Haltungen von Entscheidungsträgern und erschwerte Teilnahmebedingungen für Frauen (wie diskriminierende Auswahlverfahren oder fehlende Finanzierung) führen zu ihrer Ausgrenzung.

Dabei ist eine geschlechtsspezifische Betrachtung von Konflikten durch diverse Frauengruppen wichtig, um adäquate Lösungsansätze formulieren und implementieren zu können. Frauen und andere marginalisierte Gruppen sind stärker von Konflikten und ihren Auswirkungen betroffen und können deshalb Themen auf die Agenda bringen, die sich aufgrund ihrer spezifischen Erfahrungen von denen der männlichen Teilnehmer unterscheiden. Denn es sind vor allem Frauen und Mädchen, die als zurückgebliebene Ernährerinnen ihrer Familien, Geflüchtete oder als Opfer von sexualisierter Gewalt im Kriegsgeschehen viel Leid erfahren. Wie können diese Lebensrealitäten in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden?

Thania Paffenholz und ihr Team von Inclusive Peace haben sieben Inklusionsmodalitäten entwickelt, die Frauen und anderen Gruppen ermöglichen, über eine Repräsentation am Verhandlungstisch hinaus an Friedensverhandlungen teilnehmen zu können – als Beobachterinnen, als Teil inklusiver Kommissionen, bei Problemlösungsworkshops oder Massenaktionen. Ein genauerer Blick zeigt, dass derzeitige lineare Ansätze der Friedenskonsolidierung eher erfolglos sind und es kaum funktionierende Friedensprozesse gibt. Denn Frieden muss immer wieder neu verhandelt werden.

Lineare, formale Ansätze sind weniger sinnvoll, die lokale Bevölkerung muss kreativ einbezogen werden

Es braucht ein neues Verständnis von Friedensförderung und -prozessen sowie Mediator*innen und Friedensförder*innen als unterstützende, kritische Akteur*innen, um zu nachhaltigen Ergebnissen zu gelangen. Kreative Lösungen wären notwendig, die formale und weniger formale Ebenen und somit unterschiedliche Akteur*innen verbinden, sodass die lokale (von Konflikt betroffene oder marginalisierte) Bevölkerung und die Zivilgesellschaft größeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung erhalten. Zudem sind die Erhebung von Daten und Monitoringsysteme wichtig, um die Implementierung von Abkommen adäquat evaluieren zu können.

Gezielte Unterstützung

Frauen, die als Menschenrechtsverteidigerinnen oder Friedensstifterinnen arbeiten, müssen ihr Mitspracherecht immer wieder einfordern. Gleichzeitig müssen sie besonders geschützt werden, da sie durch ihre Arbeit oftmals gefährdet sind. So fordern Frauen im Sudan immer wieder ihre Teilnahme an Friedensgesprächen ein, damit sie ihre Expertise einbringen können. Solche Prozesse müssen unterstützt und finanziell gefördert werden.

Im Kontext von Afghanistan unterstützte UN Women afghanische Expertinnen aus Politik und Zivilgesellschaft inner- und außerhalb des Landes und brachte sie mit den in Katar verhandelnden Akteuren zusammen, um ihren Themen und Forderungen Gehör zu verschaffen. Frauen müssen von Beginn an Teil solcher Treffen sein – solange dies nicht der Fall ist, muss Unterstützung gezielter stattfinden, damit Frauen gehört werden.

Die Eindämmung von Frauenrechten schreitet täglich voran. In Libyen wurde Frauen erst kürzlich das Recht genommen,

eigenständig und ohne Begründung reisen zu können. Daher ist das Engagement für nachhaltigen und inklusiven Frieden wichtiger denn je und muss institutionell gefördert werden. Es wird Zeit, das Patriarchat zu stürzen – dies geht nicht durch einzelne Akteur*innen, sondern muss systematisch und intersektional von Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene passieren. • •

Pamela Skowron-Mrówka arbeitete zu Friedensprozessen und der Teilhabe von Frauen bei Inclusive Peace in Paris und UN Women in New York und Nairobi.

Wer spricht, wer wird gehört?

In der Sahelzone gibt es seit Jahren eine Vielzahl an Konflikten und zugleich viele unterschiedliche Stimmen und Positionen zu den Entwicklungen – vor Ort und in den Machtzentren internationaler Politik.

Von Josefine Brons

„Oh meine Liebe, ich fühle mich gar nicht gut“, sagt meine ältere Nachbarin zu einer jungen Frau, während sie in den klapprigen Fahrstuhl unseres Wohngebäudes in Abidjan einsteigen. „Gestern haben sie wieder acht Soldaten getötet, im Norden von Benin.“ Die Konflikte der Sahelzone, einer Wüstenregion am südlichen Ende der Sahara, die sich vom Senegal bis zum Sudan erstreckt, stehen seit der politischen Krise in Mali 2012 im Fokus internationaler Interventionen.

Dieses Interesse ist nicht nur auf Mali, Burkina Faso und Niger begrenzt, sondern breitet sich auch auf die Küstenstaaten des Golfs von Guinea aus: Côte d’Ivoire, Ghana, Togo und Benin. Die Region kämpft mit Terrorattacken und humanitärer Not, massiven Fluchtbewegungen und wachsender Ungleichheit, die politische Instabilität verursachen. In den letzten Jahren häufen sich die Putschversuche in Westafrika.

Momentan werden Mali, Burkina Faso und Guinea von Militärführern regiert, die eine Machtübergabe an zivile Kräfte immer wieder hinauszögern. Doch die Bevölkerungen Malis und Burkina Fasos heißen zur Überraschung westlicher Beobachter die militärische Übernahme ihres Staates willkommen, bekunden ihre Unterstützung für die junge militärische Führungsriege mit Flaggen und Vorfreude auf eine selbstbestimmte Zukunft.

Den Militärregierungen zuzustimmen, bedeutet oftmals auch, der Wut auf den neokolonialen Einfluss Frankreichs Ausdruck zu verleihen. „Frankreich soll abhauen, wir treffen unsere eigenen Entscheidungen“, sagt Adama, ein burkinischer Freund in Côte d’Ivoire zu mir, kurz nachdem sein Heimatland den zweiten Militärputsch in nur einem Jahr bejubelt. „Die stecken doch mit den Terroristen unter einer Decke, sind nur da, um ihre eigenen Interessen zu sichern: den Zugang zu Rohstoffen“, fügt er aufgebracht hinzu.

Dieser Wut wird in den Machtzentren internationaler Politik wie dem UN-Sicherheitsrat jegliche Legitimität abgesprochen. Sie sei nicht gerechtfertigt, darf es nicht

sein, denn was würde das für Frankreichs Einfluss in der Region bedeuten?

Im Kontext des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wird oft von „antifranzösischen Ressentiments“ gesprochen – Falschinformationen, mit denen Russland ganze Gesellschaften im eigenen antiwestlichen Interesse steuern kann. Die Militärregierungen Malis und Burkina Fasos scheinen dies zu befeuern: Kooperiert die malische Armee nicht bereits seit Jahren mit der russischen Söldnerfirma Wagner? Begrüßt sie nicht eine formelle Militärallianz mit Russland im Kampf gegen Terrorismus? Entwickelt sich Burkina Faso nicht in eine ähnliche Richtung?

„Der antifranzösische Rassismus in der Region verschärft sich“, findet eine pensionierte Französin, die ihren Lebensabend in einem Fischerdorf in Côte d’Ivoire verbringt, da ihre Rente sie in Frankreich zur Altersarmut verdammen würde. Ich erzähle meinem Freund Adama von ihrer Bemerkung. „Aber versteht sie denn nicht, dass wir uns gegen den französischen Staat wehren, nicht gegen seine Bevölkerung? Wir sitzen doch im selben Boot.“

Koloniale Narrative

Sein Verständnis von geteiltem Leid, von einer internationalen Allianz der Unterdrückten ist geprägt vom Gedankengut Thomas Sankaras, dem sozialistisch-panafrikanischen Revolutionär Burkina Fasos. Adama wurde 1987 geboren, im Jahr der Ermordung Sankaras. Wer hinter dessen Tod steckt, ist bis heute nicht geklärt; Gerüchten zufolge wurde er Opfer eines Komplotts des späteren Präsidenten Blaise Compaoré mit dem französischen Geheimdienst.

Solchen Gerüchten zumindest Aufmerksamkeit zu schenken, bereichert das Verständnis aktueller gesellschafts- und sicherheitspolitischer Auseinandersetzungen im Sahel. Denn koloniale Narrative ziehen sich durch den Alltag sahelischer Gesellschaften und finden sich in ihren hierarchisierten Strukturen wieder.

Westliches Verständnis fehlt für Zustimmung zu Militärregierungen und Wut auf französischen Einfluss

Während eines Seminars in Niamey, der Hauptstadt von Niger, sagt ein nigrischer NGO-Kollege zu mir: „Nein, so eine Übung können wir hier nicht durchführen, das ist für internationales Niveau“, als ich ein einfaches Begrüßungsspiel anstelle der typischen Vorstellungsrunde vorschlage. In seinen Augen sind die Teilnehmenden aus der ländlichen Tillabéri-Region nicht fähig, dieses Spiel zu verstehen. Und obwohl er aus einer ähnlichen Gegend kommt und sich öfter in der Tillabéri-Region aufhält, führt sein privilegiertes Leben mit Reisen ins Ausland zur Abgrenzung vom Lokalen. Solche postkolonialen Dichotomien sind bezeichnend: Die Abgrenzung von französischer Monopolmacht ist kein Angriff auf Frankreichs Bevölkerung, sondern eine Emanzipation von Unterdrückung, ein Aufbegehren, das sich einer „Der Westen gegen Russland“-Rhetorik entgegenstellt.

Zurück in mein Büro in Abidjan. Haushälterin Clothilde beugt sich erschöpft über die braune Tischplatte der aufgeheizten Küche. Seit neun Jahren putzt sie für diese Organisation, doch seit dem Umzug in ein größeres Gebäude schafft sie es nicht mehr, jeden Tag zu wischen. „Es ist zu viel Arbeit“, sagt sie, die Hand an die Stirn gelegt, „und die Bezahlung zu gering. Die Transportkosten steigen und das Brot ist jetzt doppelt so teuer.“ Der Ukraine-Krieg, gekoppelt mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, hat Auswirkungen auf die

Gesellschaften in Westafrika und verstärkt bestehende Ungleichheiten.

Wieder ein Ortswechsel. Seit ein paar Wochen bin ich New York. Mit Kolleg*innen gehe ich zum Lunch in ein japanisches Restaurant nahe der First Avenue in Manhattan. Kurz zuvor ist die Lage im Sudan eskaliert: Zwei militärische Faktionen bekriegen sich, bombardieren Khartum. Die UN evakuieren ihre internationalen Arbeitskräfte, aber nationale Angestellte und die Bevölkerung werden sich selbst überlassen. „Es fühlt sich hier alles so seltsam weit weg an, so unwirklich", sagt eine Kollegin. Und trotzdem ist es in den meisten Fällen diese distanzierte Perspektive, die Gehör finden wird in den Konfliktanalysen multilateraler Entscheidungsorgane – nicht die von Adama oder Clothilde. ••

Josefine Brons arbeitete zu lokalem Peacebuilding und Konfliktprävention bei Interpeace in Abidjan und UNDP in New York und Banjul.

Friedensmission und Gegenspieler

Seit über zehn Jahren wollen die UN mit MINUSCA die Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik schützen. Doch externe Akteure wie die Söldner der Wagner-Gruppe verfolgen eigene Interessen.

Von Sina Marleen Golgowski

Friedenseinsätze sind mit der Herausforderung konfrontiert, dass Konflikte nicht statisch, sondern dynamisch sind: So verändern Konfliktparteien ihren Modus Operandi, konstituieren sich neu oder bilden unmöglich geglaubte Allianzen.

In der Zentralafrikanischen Republik haben sich sechs Konfliktparteien, die Vertragspartner des 2019 geschlossenen Friedensvertrags sind, auf den sich bis dato berufen wird, im Jahr 2020 überraschend zu einer neuen Gruppierung vereint: der Coalition de patriotes pour le changement (CPC). Dies hatte die Schaffung eines gemeinsamen Feindbilds ermöglicht, des Staatspräsidenten Touadéra, der 2020 nach einer umstrittenen Wahl in seinem Amt bestätigt wurde. Vier muslimisch geprägte Gruppierungen (Séléka) und zwei christliche Gruppierungen (Anti-Balaka) konnten ethnische und religiöse Konfliktlinien überwinden; dadurch wurde die CPC zur bedeutendsten Koalition gegenüber dem Staat.

Die Dynamik von Konflikten wird aber auch durch regionale und internationale Akteure beeinflusst. So wächst seit 2018 der Einfluss Russlands auf die Politik der Zentralafrikanischen Republik. Neben der Lieferung von Militärausrüstung sendet Moskau auch sogenannte „military instructors" in das Land. Offiziell helfen sie dabei, die Forces Armées Centrafricaines (FACA) auszubilden. Inoffiziell wurden damit Söldner der privaten Militärfirma Wagner ins Land gebracht. Wagner-Söldner sind heute ein wichtiger Sicherheitsgarant für die zentralafrikanische Regierung – auch im Tausch gegen einen exklusiven Zugang zu natürlichen Rohstoffen, die hier reichlich vorhanden sind. Für die UN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik

Die Wagner-Söldner fahren schwer bewaffnet und mit Gesichtsmaskierung Patrouille in der Hauptstadt

(MINUSCA) ist diese Präsenz eine besondere Herausforderung.

Die Gruppe Wagner verändert die wirtschaftlichen Strukturen, das politische Gefüge und die Sicherheitslage im Land auf vielfältige Weise. Anfang 2023 hängen Plakate in der Hauptstadt Bangui, die einen jungen Afrikaner zeigen, in traditionellem Gewand und modernen Sneakers, der entspannt ein Bier trinkt. Es handelt sich um das neu auf den Markt gebrachte alkoholische Getränk der Söldnergruppe. Ein MINUSCA-Mitarbeiter sagt dazu: „A beer with the aftertaste of war crimes." Denn die Gruppe Wagner ist bekannt für Gräueltaten; in der Zentralafrikanischen Republik sei die Gruppe für zahlreiche Menschenrechtsverbrechen, von Folter bis hin zu Massenhinrichtungen, verantwortlich, so Human Rights Watch. Mit massiven Trucks und schwer bewaffnet fahren die Söldner gut sichtbar durch Bangui. Sie sind leicht zu erkennen, auch an ihrer Gesichtsmaskierung. Für die Bevölkerung gehören die Söldner mittlerweile zum Erscheinungsbild der Hauptstadt.

Ebenso präsent sind die UN-Blauhelme, die durch die Straßen der Stadt Patrouille fahren. Seit fast zehn Jahren leisten die Vereinten Nationen ihren Friedenseinsatz in der Zentralafrikanischen Republik. Oberste Priorität der Mission, die mehr als 17 000 Personen umfasst (davon mehr als 16 000 Uniformierte), hat der Schutz der Zivilbevölkerung; die Aktionen der Wagner-Söldner sind damit nicht vereinbar.

Laut UN-Angaben sind heute mehr als 95 Prozent der Blauhelme mit einem Schutzmandat beauftragt. Das beinhaltet die Anwendung militärischer Gewalt auch über die reine Selbstverteidigung hinaus, wenn der Schutz der Zivilbevölkerung es verlangt. Entsprechende Mandate finden ihre Begründung im Scheitern von UN-Missionen in den frühen 1990er Jahren, als es 1994 in Ruanda zu einem Genozid kam – trotz des Einsatzes der Vereinten Nationen vor Ort.

Steigende Erwartungen

Die Komplexität von Missionsmandaten ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen – und damit auch die Erwartungshaltung der Zivilbevölkerungen an die Missionen. Diesen Erwartungen gerecht zu werden, ist eine der zentralen Herausforderungen dieser Einsätze.

Auch in der Zentralafrikanischen Republik sind die Entwicklungen für MINUSCA herausfordernd. Territorien, Ressourcen und Macht sind hier genauso umkämpft wie die Deutungshoheit über politische Entwicklungen und Trends in der Sicherheitsarchitektur des Landes. Das zeigt sich auch in Bangui, wo allein im März 2023 zwei friedliche Demonstrationen stattfanden. Bis zu 500 Menschen versammelten sich, um die Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten des Staates zu verurteilen und zugleich ihre Unterstützung und Solidarität zu verkünden: für die russische Söldnergruppe.

Der Schutz der Zivilbevölkerung, oberste Priorität von MINUSCA, ist ein nobles Ziel. Doch um ihr Mandat zu verwirklichen, muss die Mission vor allem die Gunst und Zustimmung der Zivilbevölkerung erhalten – und dafür Herausforderungen wie die Einflussnahme externer Akteure überwinden. • •

Sina Marleen Golgowski beschäftigte sich in ihrem Kolleg-Jahr mit der Frage, inwiefern robuste Friedenseinsätze zu nachhaltigem Frieden beitragen können.

Republik der NGOs

Weil die Regierung im Libanon viele Aufgaben nicht leisten kann oder will, übernehmen Zivilgesellschaft und internationale Organisationen wichtige staatliche Funktionen – sie stehen aber auch in Konkurrenz.

Von Sophie Blömeke

Es regnet in Strömen. Ich bin im Zentrum von Beirut unterwegs, laufe vorbei an den Sicherheitszäunen der UNESCWA (Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien), auf denen noch Graffiti von den Protesten im Oktober 2019 zu sehen sind. Sicherheitskontrolle. Anmeldung. UN-Besucherpass. Weiter geht's zur Lobby, hier laufen auf den 4K-Bildschirmen Videos zu den UN-Entwicklungszielen.

Im klimatisierten Keller, im Konferenzraum 4 angekommen, blicke ich mich suchend um. Auf dem langen Konferenztisch entdecke ich mein Namensschild: Sophie Blömeke, Beirut Urban Lab, Civil Society. Hier bin ich also als deutsche Mercator Fellow und vertrete die libanesische Zivilgesellschaft – ein komisches Gefühl.

Der Raum beginnt sich zu füllen, Vertreter*innen anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der internationalen Gemeinschaft strömen in den Saal. Der Anlass des Treffens: eine Vorstellungsrunde des neuen Direktors der Weltbank im Libanon, des neuen UN Resident Koordinators sowie des EU-Botschafters mit ausgewählten Organisationen der libanesischen Zivilgesellschaft. Die libanesische Regierung ist nicht vertreten.

Es geht um das Lebanon Reform, Recovery and Reconstruction Framework, kurz 3RF, das die Weltbank, UN und EU nach der Explosion im Hafen von Beirut im August 2020 etabliert haben. Ziel des 3RF ist es, den Wiederaufbau zu koordinieren. Externe Finanzierung von Geberländern und Finanzinstitutionen wird dabei an Reformen geknüpft. Die Regierung hat nach landesweiten Protesten im Jahr 2019 und nach dem Missmanagement früherer Hilfspakete an Legitimität und Vertrauen eingebüßt – sowohl seitens der Bevölkerung als auch der internationalen Gemeinschaft. Letztere hat sich daher entschlossen, die Rolle der Zivilgesellschaft als politische Entscheidungsträgerin und Triebkraft von Reformen zu institutionalisieren.

16 zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine Stimme im Beratungsgremium des 3RF, sechs Vertreter*innen der Zivilgesellschaft fungieren als „watchdogs" im unabhängigen Aufsichtsgremium des 3RF. Sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die libanesische Zivilgesellschaft verstehen das 3RF als Chance, den Druck auf die Regierung zu erhöhen und Reformen zu erreichen.

Libanons Zivilgesellschaft ist sehr aktiv und übernimmt wichtige staatliche Funktionen und grundlegende Dienstleistungen, die der Staat nicht leisten kann oder will. Deshalb wird der Libanon auch als

Wie sollen sich NGOs organisieren? Die Zivilgesellschaft fordert mehr Klarheit bei Mandat und Rollenverteilung

Republik der NGOs bezeichnet. Allerdings ist die Zivilgesellschaft fragmentiert: So gibt es neben zahlreichen NGOs auch viele FBOs (faith-based organizations). Zudem konkurrieren lokale NGOs um finanzielle Förderung untereinander und mit den internationalen NGOs (INGOs).

Ich bin überrascht, wie viele zivilgesellschaftliche Vertreter*innen sich an diesem regnerischen Morgen die Zeit genommen haben, um durch den dichten Beiruter Verkehr ins Stadtzentrum zu fahren. Sie alle führen ihre Beratungs- oder Aufsichtsfunktion pro bono aus. Die bisherigen Treffen fanden ganz in der Nähe, im Grand Serail, dem Sitz des Ministerpräsidenten, statt. Doch das letzte Treffen ist schon zehn Monate her. Ich frage mich, ob die Fenster des osmanischen Gebäudes mittlerweile repariert worden sind – wie in etlichen Häusern fehlten dort, mehr als ein Jahr nach der Explosion, noch immer Fenster.

Erst Reformen, dann mehr Gelder

Auch dieses Treffen scheint eher repräsentativer Natur zu sein – ohne die Anwesenheit von Regierungsvertretern. Nach der Vorstellungsrunde prallen wieder einmal Welten aufeinander. Vertreter*innen der internationalen Gemeinschaft fordern, die Zivilgesellschaft solle ihr Mandat ausschöpfen, um für Reformen zu kämpfen. Erst danach könnten mehr Gelder freigeschaltet werden. Zudem wolle man sich stärker auf die verschiedenen Sektorgruppen des 3RF konzentrieren – ein Eingeständnis, dass das Beratungsgremium, das auch Regierung und Parlament umfasst, nicht die treibende Kraft für Reformen sein kann.

Doch die Zivilgesellschaft stößt an ihre Grenzen. Während einige NGOs das Mandat in der Beratungsgruppe bekommen haben, weil sie wichtige Dienstleistungen erbringen, verstehen sich andere Vertreter*innen eher als Aktivist*innen und Reformkräfte. Was die Zivilgesellschaft eint, ist die Forderung nach klarerer Rollenverteilung und Definition ihres Mandats. Die meisten NGOs kritisieren, dass sie weniger Kapazitäten als andere 3RF-Akteure haben und ihre ehrenamtliche Arbeit die Effektivität reduziert. Daher wünschen sie sich mehr Unterstützung: „Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir als Zivilgesellschaft verstanden haben, dass man keine Institution gründen kann ohne klare Governance, eine Satzung, wie wir interagieren und zusammenarbeiten können“, sagt Marc (*alle Namen geändert*), Mitglied der im 3RF vertretenen Zivilgesellschaft.

Dieser Wunsch steht im Widerspruch zur Haltung der internationalen Gemeinschaft, die verlangt, dass sich die Zivilgesellschaft selbst organisiert. „Wir respektieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen und geben ihnen den Raum, den sie brauchen, um sich auf ihre Weise zu organisieren“, sagt Nawal, Vertreterin der internationalen Gemeinschaft im 3RF. „Es sind sehr fähige und professionelle NGOs, die uns absolut nicht brauchen. Und ich möchte auf keinen Fall zusätzliche Bürokratie verursachen.“ Auf den ersten Blick leuchtet das ein: Zivilgesellschaft top-down zu organisieren, ist ein Widerspruch. Doch viele zivilgesellschaftliche Stimmen im 3RF kritisieren, dass sie wichtige Informationen nicht erhalten und in Entscheidungsprozesse schlecht eingebunden seien.

Szenenwechsel. Ich bin auf dem Heimweg und laufe durch mein Viertel Geitawi, das wenige Kilometer vom Hafen entfernt liegt. Auch hier war die Zerstörung durch die Explosion verheerend. Seither wurde viel repariert; an den meisten Wohnungstüren sind noch Aufkleber der Armee zu sehen, deren Vertreter von Tür zu Tür gingen, um kleine Geldbeträge auszuzahlen

und NGOs Reparaturarbeiten zuzuweisen. Die meisten Aufräum- und Reparaturarbeiten wurden selbst organisiert, von den Bewohner*innen oder von NGOs. Wie Pilze sind damals NGOs aus dem Boden geschossen, und dann wurde es wieder stiller. Sonst gab es keine staatliche Hilfe.

Vor dem Haus treffe ich meinen Vermieter, der im Erdgeschoss eine kleine Tischlerei hat, wo er wieder einmal Holzfenster und Fensterläden leimt. Jacques lädt mich auf einen Kaffee ein. Der Libanon-Armenier war zum Zeitpunkt der Explosion nicht in Beirut. Deshalb bat er seine Nichte, Reparaturangebote von NGOs abzulehnen; nur die große Glasfront seiner Tischlerei habe er reparieren lassen, alles andere machte er selbst. „Viele Organisationen haben Hilfe angeboten und Gebäude repariert, auch wenn sie dafür keine Expertise hatten“, erinnert sich Jacques. Nach seiner Rückkehr sprach es sich in der Nachbarschaft schnell herum, dass er seine Fenster selbst repariert. „Bis heute fragen Nachbarn, ob ich kleinere Arbeiten übernehmen kann. Und dann kommt es schon mal vor, dass ich die Reparaturen an Türen oder Fenstern von irgendwelchen NGOs ausbessere“, sagt Jacques und schüttelt lachend den Kopf.

Ich trinke meinen Kaffee aus und gehe hoch in meine kleine Zweizimmerwohnung. Als ich die Tür aufschließe, fällt mein Blick aus Gewohnheit auf die Fenster, um zu schauen, ob es reingeregnet hat. Doch die Holzfenster sind dicht – seit Jacques sie repariert hat. • •

Sophie Blömeke arbeitete zu Urban Recovery und Resilience beim Beirut Urban Lab (Beirut), bei UN-Habitat (Nairobi) und bei der OECD (Paris).

Sozialen Zusammenhalt fördern

Im Libanon brodelt die Wut: Politisches Versagen, konfessionelle Spaltung und schlechte Versorgung sind die Hauptprobleme. Hoffnung auf Gesellschaftsfrieden können Bottom-up-Ansätze bieten.

Von Mathea Bernhardt

Wir sitzen im Auto und fahren vorbei an Orangen- und Zitronenhainen, die in der warmen Sonne gedeihen. Die Berge bieten eine spektakuläre Kulisse für die Städte und Dörfer, die sich entlang der Hänge befinden, und im Hintergrund sieht man das türkisschimmernde Mittelmeer. Auf den ersten Blick mag das friedlich und idyllisch wirken, doch es braucht nicht lange zu erkennen, dass die Bevölkerung des Libanon sich täglich mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sieht, die zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Dazu zählen die fehlende Müllentsorgung, Strom- und Wasserknappheit, steigende Inflation und politische Instabilität.

Seit 2019 ist das Land von einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Der Staatsbankrott ist nicht zuletzt auf Korruption und Klientelismus zurückzuführen. Seitdem befindet sich die Landeswährung im freien Fall, sodass Ladenbesitzer inzwischen aufgehört haben, täglich neue Preisschilder zu drucken. Stattdessen hält

man den Strichcode des Produkts an einen Scanner, der den aktuellen und horrenden Preis anzeigt.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten, die hohe Arbeitslosigkeit und die wachsende Ungleichheit führen dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung Schwierigkeiten hat, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Schätzungen der Weltbank zufolge lebt mehr als die Hälfte der libanesischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Hinzu kommen die Auswirkungen der Covid-Pandemie, des Syrien-Krieges und der Explosion im Hafen von Beirut. Die Folgen der Krise verschärfen eine Vielzahl von bereits bestehenden politischen, sozialen und ökologischen Problemen. Dabei führen sie zu einem erhöhten Risiko sozialer Spannungen und Instabilität.

Steigende soziale Spannungen

Wir sind an unserem Ziel angekommen. Es ist ein Gemeindezentrum in einem kleinen Dorf im Norden des Landes, der besonders von sozialen Spannungen geprägt ist. Einige Gemeindemitglieder sitzen auf Plastikstühlen im Kreis, in der Mitte steht ein kleiner Tisch mit einer Kanne duftenden Kaffees. Sie berichten uns von den zahlreichen Spannungen im Dorf, deren Hauptursache die unzureichende Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen ist. Yousef (*alle Namen sind geändert*) erzählt: „Der Staat hat die Kontrolle über die Situation verloren und die Bevölkerung lebt in ständiger Angst."

Die Stimmung im Land ist aufgeheizt. Laut dem „UNDP Tension Monitoring System" stimmen inzwischen 56 Prozent der Aussage zu: „Gewalt ist manchmal notwendig, wenn unsere Interessen bedroht werden." Ihre Wut richtet sich hauptsächlich gegen staatliche Institutionen, deren politische Eliten ihre Legitimität und Vertrauen verspielt haben.

„Das Hauptproblem sind die Politiker", erklärt Jalal. Die Eliten haben ihre Legitimität und Vertrauen verspielt

„Das Hauptproblem sind die Politiker", sagt uns Jalal, „die Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit, Grundbedürfnisse wie Lebensmittel und Mieten zu bezahlen, führen dazu, dass Menschen kriminell werden und beispielsweise Raubüberfälle begehen." Die Not treibt die Leute auf die Straße. Doch nach einer Hochphase der Proteste 2019 sind viele politisch desillusioniert. Ein Uber-Fahrer erklärt mir müde, dass er seine Kolleg*innen an dem Tag nicht beim Protest gegen die steigenden Benzinpreise unterstützen wird: „Ich habe keine Energie mehr. Es wird sich ja doch nichts ändern."

Alltag und Politik sind im Libanon streng nach Konfession aufgeteilt. Nach dem Bürgerkrieg von 1975 bis 1990, dessen Folgen noch heute allgegenwärtig sind, wurde ein konfessionsgebundenes System errichtet. Dabei muss der Staatspräsident ein Christ, der Premier ein Sunnit und der Parlamentssprecher ein Schiit sein. Dies verstärkt Konflikte entlang konfessioneller Linien: 2022 beschreiben 49 Prozent der Libanes*innen die Beziehung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen als negativ, während es 2018 nur 4 Prozent waren.

Zu diesen intrakommunalen Spannungen kommen wachsende interkommunale Auseinandersetzungen zwischen Aufnahme- und Flüchtlingsgemeinschaften hinzu. Laut UNHCR ist der Libanon das Land mit der weltweit größten Zahl von Flüchtlingen pro Kopf und Quadratkilometer. Schätzungen der Regierung zufolge leben derzeit etwa 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge und 13 700 Flüchtlinge anderer

Nationalitäten im Libanon. Ressentiments gegen Syrer*innen haben sich aufgrund der verschlechterten wirtschaftlichen Lage verstärkt.

Zusätzliche Belastungen

Viele Libanes*innen empfinden die hohe Anzahl an syrischen Geflüchteten als eine zusätzliche Belastung für die ohnehin schon knappen Ressourcen im Land und als steigende Konkurrenz auf dem begrenzten Arbeitsmarkt. Dies führt dazu, dass Syrer*innen oftmals zu Sündenböcken für mangelnde Versorgung und Kriminalität gemacht werden. Infolgedessen werden restriktive Maßnahmen wie Ausgangssperren oder Personenkontrollen nur für Syrer*innen ergriffen.

Darüber hinaus ist unter vielen Libanes*innen das Bild verbreitet, dass lediglich syrische Geflüchtete von internationaler Hilfe profitieren. Elias beispielsweise kritisiert: „Die Syrer bekommen die ganze Unterstützung und für uns Libanesen bleibt nichts übrig. Das führt zu Spannungen in unserer Gemeinschaft."

Doch die Lebensbedingungen der geflüchteten Syrer*innen, von denen viele seit Jahren in informellen Zeltlagern leben, sind verheerend – neun von zehn leben in extremer Armut. Der Libanon hat die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nie unterzeichnet und verfügt daher über keine spezifischen Gesetze oder Verwaltungsvorschriften, die auf die besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingen eingehen.

Während meiner Arbeit im Libanon bei IOM, der UN-Organisation für Migration, habe ich viel über „community-based approaches", also gemeinschaftsbasierte Ansätze für sozialen Zusammenhalt und für gestärktes gesellschaftliches Vertrauen gelernt. Basierend auf einem positiven Friedensverständnis, das über die Abwesenheit von Waffengewalt hinausgeht, stehen dabei inklusive Gesellschaften und strukturelle Ursachen von Gewalt im Vordergrund. Durch „community-based planning" kommt die betroffene Gemeinschaft in ihrer Diversität zusammen. Insbesondere marginalisierte Gruppen sollen dabei unterstützt werden, die Problemlösung selbst anzugehen und entsprechende Maßnahmen nach ihren Bedürfnissen zu priorisieren. Dabei soll sowohl das horizontale Vertrauen zwischen Mitgliedern der Gemeinschaft als auch das vertikale Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat gestärkt werden.

Finanzielle Hilfe aus der Diaspora

Bislang wurde bei der Förderung dieser gemeinschaftsbasierten Ansätze allerdings ein entscheidender Akteur übersehen: die Diaspora. Die im Ausland lebenden Libanes*innen, die oft enge Beziehungen zu ihrem Heimatland pflegen, sind ebenso ein integraler Bestandteil der Gemeinschaft und können entscheidend zum Erfolg oder Misserfolg solcher Projekte beitragen. Während wir unseren Kaffee trinken, erzählt Mohamad: „Die libanesische Diaspora hat den Staat ersetzt. Alle Dienstleistungen und Einrichtungen, die es heute in unserem Dorf gibt, wurden durch die Diaspora finanziert. Ohne ihre Hilfe würden wir keinen weiteren Tag überleben." Die Diaspora ist somit ein Teil der Gemeinschaft, sie leistet einen entscheidenden Beitrag zu ihrem sozialen Zusammenhalt und beeinflusst lokale Politik und Wirtschaft.

Geflüchtete aus Syrien werden für mangelnde Versorgung und Kriminalität verantwortlich gemacht

So können Ansätze, die die Perspektiven und Interessen der Diaspora nicht berücksichtigen, dazu führen, dass die eigentlichen Konfliktursachen nicht angegangen werden oder der gesellschaftliche Zusammenhalt der Gemeinschaft untergraben wird. Fahd, eine 25-jährige Syrerin, erzählt von einer Schule in Tripoli, einem Spannungsherd im Land, in der die Diaspora solarbetriebene Stromversorgung eingerichtet hat. „Solche Projekte sind wichtig, denn sie verringern die Spannungen in unserer Gemeinschaft." Dabei arbeiten die syrische und libanesische Diaspora manchmal auch Hand in Hand. Deshalb ist ein Umdenken notwendig: Wer im Libanon soziale Spannungen durch gemeinschaftsbasierte Ansätze lösen will, muss die Diaspora dazuholen. • •

Mathea Bernhardt arbeitete bei der EU, IOM und UNDP u.a. in Beirut, NYC und N'Djamena zu humanitärer Hilfe, Entwicklungskooperation und Friedensförderung.

Eine aktive Rolle für Geflüchtete

*Vertriebene Menschen dürfen nicht nur als Opfer oder womöglich als Bedrohung gesehen werden. Viele gestalten ihr Leben und die Zukunft ihrer Heimat mit – wie Syrer*innen in Jordanien und Deutschland.*

Von Margot Mayoraz

Als ich begann, mein Mercator-Jahr rund um das Thema der Beteiligung von Geflüchteten an der Friedensförderung zu planen, fiel es mir schwer, Organisationen zu finden, die sich speziell mit diesem Thema befassen. Bis ich begriff, dass der Zusammenhang zwischen Frieden und Migration ganz verschiedene Formen annehmen kann, denn es gibt tatsächlich viele Möglichkeiten für Vertriebene, sich für Frieden einzusetzen. Dennoch ist dies immer noch ein wenig entfalteter Bereich, der aber viel Potenzial birgt.

Zu „gewaltsam Vertriebenen" gehören verschiedene Kategorien von Menschen, die aufgrund eines Konflikts entweder innerhalb ihres eigenen Landes oder in ein anderes Land geflohen sind: Binnenvertriebene, anerkannte Geflüchtete und Asylsuchende. Oft werden Vertriebene als Opfer betrachtet, die von Sozialleistungen abhängig sind; manchmal werden sie von Teilen der Aufnahmegesellschaft auch als Bedrohung wahrgenommen. Doch nur selten wird ihre Fähigkeit, Veränderungen zu bewirken, anerkannt und unterstützt.

In Syrien beispielsweise wurde etwa die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung aus ihren Wohnorten vertrieben, entweder innerhalb Syriens oder von dort aus in ein anderes Land. Es handelt sich also um eine beträchtliche Anzahl von Stimmen, die bei Friedensdiskussionen mit Bezug zu Syrien berücksichtigt werden sollen, und gleichzeitig auch um eine große Zahl von Menschen, die in die Aufnahmeländer friedlich integriert werden sollen.

Als ich mit syrischen Geflüchteten und Binnenvertriebenen sprach, erzählten viele, dass der Konflikt ein Gefühl der Ohnmacht in ihnen ausgelöst habe – aber dass sie sich noch machtloser fühlen würden,

wenn sie nichts zur Verbesserung ihrer Lage unternehmen würden.

Die Beteiligung von Vertriebenen hängt jedoch stark von dem Ort ab, an den sie vertrieben wurden. Folgende Fragen stellen sich hierbei: Welche wirtschaftlichen Möglichkeiten stehen ihnen zur Verfügung (haben sie das Recht auf Arbeit und wird ihre Ausbildung anerkannt)? Wie werden sie in ihren Aufnahmegemeinschaften wahrgenommen (werden sie als Bedrohung empfunden oder diskriminiert)? Wie sicher fühlen sie sich (ist die Regierung des Aufnahmelands ihnen gegenüber feindlich gesinnt oder werden sie von ihrer eigenen Regierung wegen ihrer Handlungen bedroht)? Welche Freiheiten werden ihnen gewährt (gibt es Rede-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit)? Wichtig ist festzustellen, dass die gewaltsam vertriebene Bevölkerung nicht homogen ist: Sie vertritt eine Vielzahl von Meinungen und Interessen und ist daher nicht per se ein Friedensstifter oder -störer.

Von geflüchteten Frauen, die Nähkurse besuchen mit dem Ziel, ein eigenes Geschäft zu eröffnen, um ihre Familien zu versorgen, bis hin zu Kindern des Flüchtlingslagers Zaatari, die staatsbürgerliche Verantwortung wahrnehmen, indem sie den NGOs erklären, warum ihr Stromsystem mangelhaft und gefährlich ist: Dies sind nur zwei Beispiele von zahlreichen Aktivitäten, die darauf abzielen, die Eingliederung junger Syrer*innen in die jordanische Gesellschaft zu fördern und auf lange Sicht den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Wenn ihnen entsprechende Möglichkeiten eröffnet werden, tragen geflüchtete Menschen auch zum Frieden bei

Solche Handlungen tragen meines Erachtens auch zum Frieden bei, da sie die zwischenmenschlichen Kontakte zwischen Jordanier*innen und Syrer*innen verbessern, die Geflüchteten wirtschaftlich und gesellschaftlich stärken und ihnen ermöglichen, ein aktiver Teil der jordanischen Gesellschaft zu werden und als solcher auch wahrgenommen zu werden.

So wichtig dieses Vorhaben auch ist, es gehorcht den strengen Gesetzen der humanitären Arbeit: Es läuft nur so lange, wie die Mittel reichen, und es braucht die Unterstützung von Akteur*innen der Zivilgesellschaft, sehr oft von Freiwilligen, um die richtigen Leute in den Gemeinden mit den Geflüchteten zusammenzubringen. Zudem ist die humanitäre Arbeit meist gezielt auf eine bestimmte Gruppe ausgerichtet, in diesem Fall auf syrische Geflüchtete, während Geflüchtete aus anderen Ländern weniger in vergleichbare Programme eingebunden sind.

Gegenseitiges Verständnis fördern

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen in Jordanien bleibt dies jedoch das einzig mögliche Modell. Während manche Jordanier*innen solche Programme begrüßen, sehen andere sie ungern: Meist befürchten sie die langfristige Anerkennung des Verbleibs der Geflüchteten, gepaart mit dem Gefühl, dass sie selbst weniger Unterstützung erhalten als die ausländischen Geflüchteten. Umso wichtiger ist es, den zwischenmenschlichen Kontakt zu fördern, um mehr gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

Weniger bekannt ist die grenzüberschreitende Beteiligung der vertriebenen Syrer*innen an den Angelegenheiten ihres eigenen Landes. So diskutieren in Deutschland zivilgesellschaftliche Organisationen über innersyrische Themen und unterstützen humanitäre Hilfe, bei-

spielsweise nach dem verheerenden Erdbeben im Februar 2023; oder sie fördern Entwicklungsprojekte im Bildungs- und Gesundheitssektor.

Sich politisch zu engagieren, ist aber wesentlich schwieriger. Zwar kann man in einem anderen Land viel Neues lernen; dennoch kann die Teilnahme an innersyrischen Prozessen für nach Deutschland vertriebene Syrer*innen schwierig sein, denn ihr Alltag bewegt sich zwischen deutschem und syrischem Leben. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden, und das ist nicht einfach. Denn die Anstrengung, ungeplant in ein neues Land zu kommen und sich dort zurechtzufinden, belastet den Willen, sich mit dem zu beschäftigen, wovor man geflohen ist.

Akteure des Wandels

Ähnlich geht es den Binnenvertriebenen in Syrien: Das Engagement für Frieden mag als extravagantes Gut erscheinen, das man sich kaum leisten kann, wenn man sich eher fragen muss, wie das Essen am nächsten Tag auf den Tisch kommt. Obwohl sie innerhalb ihres eigenen Landes geblieben sind, haben diese Vertriebenen ihr gesamtes Hab und Gut, ihr soziales Umfeld und allzu oft auch Familienangehörige verloren.

Nach zwölf Jahren Krieg engagieren sich dennoch viele von ihnen in Initiativen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, einige besonders Beharrliche sogar im Bereich der politischen Bildung, der Stärkung der Rolle der Frau im öffentlichen Leben oder beim Nachdenken über die Zeit nach dem Krieg.

Die Binnenflucht kann also auch Räume für Selbstorganisation eröffnen und Anregungen für neue Ideen und Projekte liefern. Wichtig wäre dies vor allem für Frauen, die sich am neuen Ort von einem sozialen Stigma befreien können,

Das Zusammendenken der beiden Themen Migration und Frieden birgt viel bislang ungenutztes Potenzial

das in ihrem Engagement im Heimatort begründet lag. Trotz aller Schwierigkeiten rechtfertigen viele Syrer*innen ihre Aktivitäten mit der Grundüberzeugung, dass die Lösungen des Konflikts friedlich und zivil sind, nicht militärisch. Die Miteinbeziehung der vertriebenen Bevölkerung ist für Repräsentativität notwendig: Falls es zu Fortschritten bezüglich eines langfristigen Friedensvertrags kommen sollte, könnten entscheidende Fragen wie Gerechtigkeit, Verantwortung sowie eine freiwillige Rückkehr in die Heimat nicht ohne diese betroffenen Gruppen erfolgreich ausgearbeitet werden.

Mein bisheriges Engagement hat mich überzeugt, dass die Verbindung von Friedens- und Migrationsthemen ungenutztes Potenzial birgt. Weil man Brücken zwischen Gesellschaften bauen kann mit Menschen, die mit beiden Beinen in zwei verschiedenen Welten stehen. Weil dies ein tieferes Verständnis der Bedürfnisse und Interessen von Konfliktregionen ermöglicht. Und um eine Veränderung des Narrativs von Vertriebenen, die als passive Opfer oder Bedrohung gesehen werden, hin zu aktiven Akteuren des Wandels zu bewirken. Natürlich muss die Förderung einer solchen Beteiligung auf den jeweiligen Kontext zugeschnitten und konfliktsensibel moderiert werden – aber dies ist eine weitere Tür, die sich für friedlichere zukünftige Gesellschaften in einer vernetzten Welt öffnen sollte. • •

Margot Mayoraz arbeitete beim Danish Refugee Council in Jordanien und bei swisspeace in Basel zur aktiven Rolle von Geflüchteten für Frieden.

Kliniken unter Beschuss

2022 verzeichnete weltweit die höchste Zahl registrierter Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen. Wir brauchen ein stärkeres gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für die Tragweite dieser Problematik.

Von Mike Yousef

Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen sind schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Dieses umfasst verbindliche Regeln, an die sich staatliche wie nichtstaatliche Akteure im Falle eines bewaffneten Konflikts halten müssen. Dennoch erreichte die offizielle Zahl der registrierten Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen und medizinisches Personal mit über 1400 Vorfällen im Jahr 2022 den höchsten Wert seit 2015, dem Beginn der einheitlichen Erfassung von Angriffen weltweit seitens der WHO. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Vorfälle damit um über 60 Prozent gestiegen. Diese Entwicklungen sind besonders dramatisch in Krisenzeiten, in denen der Bedarf an medizinischer Versorgung besonders groß ist.

Die von der WHO 2022 registrierten Angriffe variieren stark in Form und Schweregrad. Der Großteil der Vorfälle ist auf Gewalt zurückzuführen, die von schweren Waffen wie Raketen, Mörsern und Bomben ausgeht. Ein kleinerer Anteil der Angriffe wurde mit Kleinwaffen ausgeübt, darunter Messer, Handfeuerwaffen, Granaten und improvisierte Sprengsätze. Zu den registrierten Vorfällen zählen allerdings auch bereits die Androhung von Gewalt oder die Behinderung medizinischer Dienstleistungen. Zudem kam es zu forcierten Abführungen von Personal, sexueller Gewalt, Plünderungen, Stürmungen und Brandstiftungen.

Die Angriffe richteten sich zwar mehrheitlich gegen physische Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Praxen, Laboratorien, Transfusionszentren, Apotheken, Erste-Hilfe-Posten und Transportfahrzeuge), allerdings zielte fast die Hälfte der Vorfälle auch auf medizinisches Personal sowie Patientinnen und Patienten ab.

Recherchiert man zu den Verursachern der Gewalt und deren zugrundeliegenden Intentionen, so verdünnt sich die Datenlage. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Gesundheitseinrichtungen von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren angegriffen werden; die genaue Aufteilung variiert nach Region und Konflikt. Einrichtungen werden sowohl mit als auch ohne explizitem Vorsatz getroffen. In einigen Fällen liegt ein falsches Verständnis des humanitären Völkerrechts zugrunde. In anderen Fällen werden Gesundheitseinrichtungen angegriffen, die militarisiert wurden oder irrtümlich als solche wahrgenommen werden.

Die direkten und indirekten Folgen dieser Entwicklungen sind gravierend. In erster Linie kommen Patientinnen und Patienten sowie medizinisches Personal

Medizinische Versorgung auch in Konfliktregionen zu sichern, braucht mehr internationales Engagement

zu teils fatalen Schäden. Langjährige und mühsam errungene Programme zur Verbesserung präventiver und kurativer Medizin werden zerschlagen. Beschädigte Gesundheitseinrichtungen können die notwendige Infrastruktur zur Basisversorgung nicht mehr gewährleisten. Pandemien oder Epidemien breiten sich schneller aus. Bevölkerungsgruppen, die am stärksten in Not sind, erhalten nicht mehr die medizinische Versorgung, die sie dringend benötigen. Was also tun?

Drei Handlungsempfehlungen

Erstens, eine umfassendere und transparentere Datengrundlage von Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen wäre ein entscheidender nächster Schritt, um Wege zur rechtlichen Aufarbeitung zu stärken. Denn die meisten weltweiten Datenbanken, darunter auch das 2015 von der WHO ins Leben gerufene „Surveillance System for Attacks on Health Care (SSA)“, bieten bislang keine oder nur aussageschwache Daten zu den Verursachern der Gewalt.

Eine solidere Datengrundlage würde darüber hinaus einen effektiveren Ausgangspunkt für die Entwicklung und Anpassung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage schaffen. Die bisherigen Datensätze sind dazu meistens nur eingeschränkt verwendbar, da sie häufig nicht alle Vorfälle zuverlässig abdecken. Ein Weg zum Schließen dieser Lücken könnte in dem Ausbau lokaler Forschungspartnerschaften unter engmaschiger Einbeziehung der Gesundheitsdienstleister vor Ort und betroffenen Bevölkerungsgruppen bestehen.

Zweitens bedarf es eines stärkeren gesellschaftlichen wie auch politischen Bewusstseins über das Ausmaß der Problematik und ihrer rechtlichen Grundlagen. Angesichts der Schwere der Verstöße fallen die mediale Berichterstattung und die öffentliche Wahrnehmung des Themas in vielen Teilen der Welt spärlich aus. Der weitere Ausbau von Informationskampagnen mit lokalen Partnerinnen und Partnern in betroffenen Regionen würde den Respekt und die Achtung gegenüber medizinischer Hilfeleistung stärken.

Auf politischer Ebene gibt es mittlerweile zwar eine steigende Anzahl an Resolutionen in internationalen Foren, die Angriffe verurteilen. Allerdings verblassen diese allzu oft in allgemeinen Forderungen und lassen die Verurteilung konkreter Akteure aus. Darüber hinaus müssen sich alle bewaffneten Parteien eines Konflikts zu jeder Zeit über ihre rechtlichen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht bewusst sein. Unermüdliche Aufklärung sowohl auf lokaler Ebene eng am Konfliktgeschehen wie auch in internationalen Foren ist dafür weiter erforderlich.

Drittens muss die Resilienz betroffener Gesundheitseinrichtungen gestärkt werden, da auf absehbare Zeit auch weiter mit Angriffen zu rechnen ist. Einrichtungen müssen die Mittel und Fähigkeiten erhalten, Auswirkungen von Gewalt abzufedern oder Vorfälle gänzlich durch entsprechende Schutzmaßnahmen zu vermeiden. Sowohl infrastrukturelle Anpassungen als auch die Umsetzung von Best Practices im Ablauf der Einrichtung sind hierbei die entscheidenden Stellschrauben.

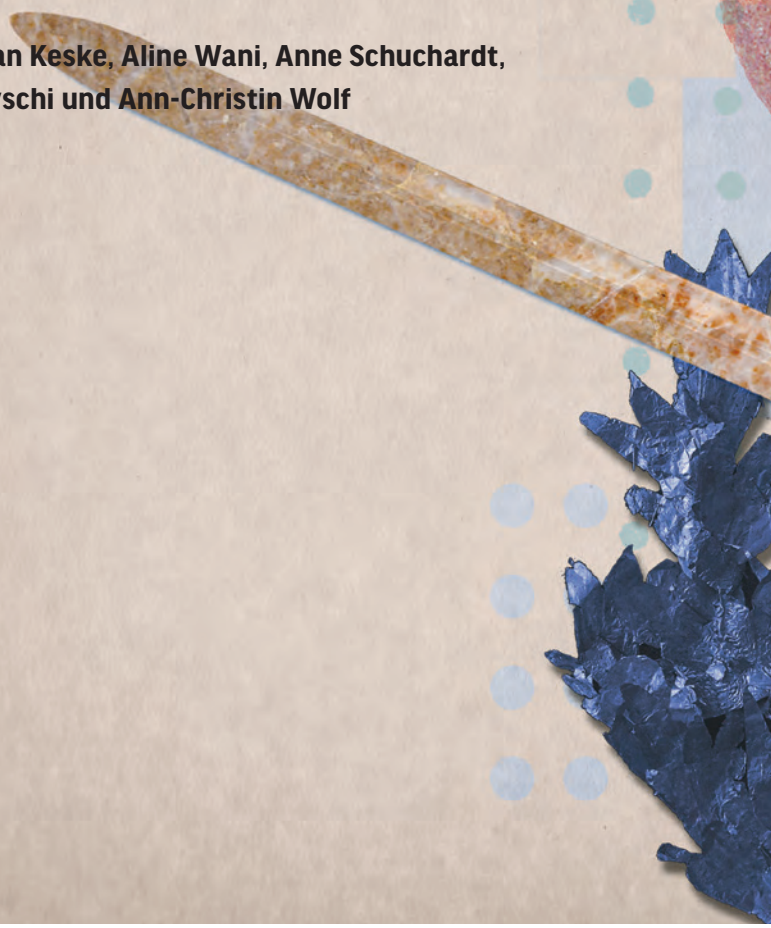
Es steht also noch viel Arbeit bevor, wenn wir uns auf eine Welt zubewegen wollen, in der der Schutz von Gesundheitseinrichtungen unter allen Umständen gewährleistet sein soll. Auch wenn es Fortschritte gibt, auf denen wir aufbauen können, scheinen die Dringlichkeit der Problematik und der Handlungsbedarf aktueller denn je. • •

Mike Yousef arbeitete u.a. beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zur Sicherheitslage medizinischer Einrichtungen in bewaffneten Konfliktgebieten.

Recht und Gerechtigkeit

Der Anspruch auf Teilhabe und Chancengleichheit als Grundrechte kann in vielen Teilen der Welt noch immer nicht eingelöst werden.

Von Rojda Tosun, Fabian Keske, Aline Wani, Anne Schuchardt, Anna Cijevschi und Ann-Christin Wolf



Besserer Zugang zum Recht

Ein Beispiel aus Guinea-Bissau zeigt, wie mit innovativen Methoden Probleme im Justizministerium angegangen wurden – und welche Ideen und Lösungen zeitnah umgesetzt werden konnten.

Von Rojda Tosun

Zwei Drittel der Weltbevölkerung haben keinen umfassenden Zugang zu ihren Grundrechten. Schockierend, nicht wahr? Ein Recht innehaben und den Zugang zum Recht haben, das sind zwei verschiedene Fragen. Jedem Menschen auf dieser Welt stehen Rechte zu, doch oftmals fehlen leicht zugängliche und verständliche Anlaufstellen, die dem Menschen die Durchsetzung des Rechts ermöglichen. Deshalb habe ich mir die Frage gestellt, was passieren muss, damit aus theoretischem Recht gelebte Rechte werden und welche Rolle dabei der Staat mit seinem Verwaltungsapparat spielen kann. Konkreter: Wie eine bedarfsgerechte Gestaltung von staatlichen Rechtsdienstleistungen den Zugang zu Rechten verbessern kann.

Dafür möchte ich den Ansatz der menschenzentrierten Rechtsgestaltung (Legal Design) anhand eines konkreten Projekts vorstellen. Begeben wir uns also nach Guinea-Bissau, einem kleinen Land an der westafrikanischen Küste. Hier herrscht ein ausgeprägter Gemeinschaftssinn und es gibt die besten Cashewnüsse der Welt. In der Hauptstadt Bissau führe ich Sie in das Ministerium für Justiz und Verwaltung, wo ich mich für das Erreichen der nachhaltigen UN-Entwicklungsziele engagieren durfte. Das Erste, was Sie erwartet, ist Menschen- und Papiergewusel. Das Ministerium bietet unter anderem den Service eines Notariats an: Dokumente werden beglaubigt, Firmen und Vereine angemeldet, Geburts- und Todesurkunden ausgestellt. Dieses Notariat ist eine der wichtigsten Dienstleistungen des Ministeriums; ausgestellte Dokumente sind oftmals Grundbedingung für weitere Dienstleistungen und insbesondere junge Menschen, die im Ausland studieren wollen, kommen hierher, um ihre Dokumente beglaubigen zu lassen. Das klingt einfach, doch der Zugang zum Service ist alles andere als verständlich. Dies liegt unter anderem an einem kolonialen Erbe der Portugiesen, die ihre eigenen (Rechts-)Systeme etabliert haben, ohne die Bedürfnisse der Bevölkerung einzubeziehen. Doch das muss nicht so bleiben, Systeme und Prozesse lassen sich transformieren. Damit Recht und Rechtsansprüche für jedermann und jederfrau verständlich gestaltet werden, gibt es die Methodologie des Legal Design.

Doch zunächst mehr zu Design als Begriff. Die meisten Menschen denken bei Design zunächst an Ästhetik und sinnliche Wahrnehmung. Das ist jedoch nur ein Teilaspekt. Denn Design folgt einer eigenen Denkweise und Art, Probleme zu betrachten. Wer ansprechende und nützliche Dienstleistungen und Produkte gestaltet, der hat die Bedürfnisse der nutzenden Personen im Blick.

Wesentlich für die Design-Mentalität sind also der Fokus und die Einbindung von betroffenen Menschen während des gesamten Prozesses der Entwicklung von Lösungen. Dieses Vorgehen wird auch

menschenzentrierte Herangehensweise genannt (human-centered approach). Die sogenannte Design-Methodologie kann ebenso im Rechtsfeld angewendet werden – von der Entstehung bis hin zum Zugang und zur Durchsetzung des Rechts.

So viel zur Theorie, zurück zum Notariat. Wie Legal Design in der Praxis aussehen kann, zeigt das Projekt, das ich initiieren durfte. Ganz der Design-Methodologie folgend, bin ich mit einer offenen Vorstellung von dem, was Lösungen sein könnten, in den Problemraum getreten, um zunächst einen genauen Blick auf die Herausforderungen für die Bürger*innen zu werfen. Zudem habe ich meinen gestalterischen Ansatz mit Prinzipien des kritischen Denkens und der sozialen Gerechtigkeit (Critical Legal Design) verbunden.

Legal Design in der Praxis

Schritt 1: Verstehe den Menschen, dem das Recht zusteht und der das Recht in Anspruch nimmt. Zunächst identifiziere ich also die Nutzer*innen des Prozesses und ihre Bedürfnisse, aber auch übergeordnete (systemische) Aspekte wie die der Gendergerechtigkeit und Dekolonialisierung. Gemeinsam mit dem Accelerator Lab, einer Innovationseinheit innerhalb des United Nations Development Programme, habe ich ein Team mit Interviews beauftragt, das sowohl die Nutzer*innen des Service als auch die Angestellten des Ministeriums zu ihrer Zufriedenheit und zu Wünschen befragt hat.

Schritt 2: Definiere das Problem. Sobald ein gutes Verständnis über die „Reise“ der Nutzer*innen besteht (user-journey), sollten Ineffizienzen und Schmerzpunkte bestimmt werden. Schnell hat sich gezeigt: Die Bürger*innen haben ein großes Bedürfnis nach Orientierung, sobald sie das Ministerium betreten – neben Wegweisern fehlt eine Erstanlaufstelle, die über die weiteren Schritte des Service aufklären und Fragen beantworten kann; zudem sind die Preise des Service nicht transparent.

Mit fünf Schritten in den Lösungsraum: die bedarfsgerechte Gestaltung von rechtlichen Dienstleistungen

Schritt 3: Entwickle Lösungen mit Betroffenen zusammen (Co-creation). Sobald die Probleme identifiziert sind, können Ideen und Lösungen entwickelt werden. Wichtig ist in dieser Phase, dass die Lösungen einem Betroffenenkreis vorgestellt und kokreativ entwickelt werden. Zudem liegt der Schwerpunkt von Critical Legal Design darauf, die sozialen Auswirkungen zu berücksichtigen und die Komplexität des Rechtssystems zu entwirren. Es bezieht sich auch auf die Integration verschiedener Perspektiven. Nachdem wir also die Kernprobleme erfasst hatten, war es an der Zeit, in den Lösungsraum zu treten und über verschiedene Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Dies ist in Zusammenarbeit und in Diskussionen mit Angestellten des Ministeriums geschehen und hat unter anderem dazu geführt, dass wir ein geschärftes Problemverständnis und Co-Führung in der Umsetzung des Prozesses gewonnen haben.

Schritt 4: Erstelle einen Prototyp und teste die Lösung. Sobald eine Reihe von potenziellen Lösungen entwickelt ist, kann ein Prototyp der Lösung(en) erstellt werden. Dabei ist wichtig, dass diese Lösung nicht als endgültig verstanden wird; vielmehr soll sie getestet und je nach (Miss-)Erfolg verfeinert werden. Gedacht, getan! Gemeinsam mit dem Ministerium haben wir in kürzester Zeit mehrere Lösungsmöglichkeiten getestet und umge-

setzt. Und noch wichtiger: Wir haben auf bestehende Initiativen zurückgegriffen und sind die Lösungen systemisch – wie durch die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen – angegangen. Die ersten Lösungen haben wir zeitnah umgesetzt: ein Rezeptionstisch mit zwei Angestellten, die in der Eingangshalle Orientierungshilfe bieten, das Streamen und Anbringen von Preislisten, die Bildung eines Anti-Korruptionsteams und zwei Trainings für die Angestellten.

Schritt 5: Implementiere und lerne. Sobald der Prototyp auf Grundlage von Feedback und Beobachtungen verfeinert ist, ist es an der Zeit, ihn umzusetzen. Da es sich bei der Design-Methodologie um einen iterativen Prozess handelt, ist es wichtig, weiteres Feedback einzuholen und die Lösung im Laufe der Zeit zu verfeinern. Derzeit planen wir einen zweiten Lernzyklus nach der gleichen Legal-Design-Rhythmik.

Legal Design, also die bedarfsgerechte Gestaltung von rechtlichen Dienstleistungen und Prozessen, ermöglicht besseren Zugang zu Rechten und Ansprüchen und schafft zugängliche und verständliche staatliche Prozesse. Durch die Anwendung von kritischem Denken und Designprinzipien kann Legal Design dazu beitragen, eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu schaffen. Denn die Methode kann Ungerechtigkeiten im Rechtssystem aufdecken und Lösungen finden, um diese Probleme zu beheben. Legal Revolution, let's go! • •

Rojda Tosun ist Juristin (Ass. iur.) und beschäftigt sich mit der Frage, wie innovative Methoden Recht verständlicher und durchsetzungsfähiger machen können.

Umwelt, Recht und Frieden

Das Beispiel Kenia verdeutlicht, dass formale Rechtssysteme durch informelle Streitschlichtungsmechanismen gestärkt werden müssen, um Ressourcenkonflikte zu vermeiden.

Von Fabian Keske

Die Folgen des Klimawandels, der Verlust von Biodiversität und Umweltverschmutzung führen zur Verknappung von natürlichen Ressourcen. Dies gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen Menschen und verschärft den Wettbewerb zwischen Ressourcennutzern, wodurch der Druck auf die Beziehung zwischen Bürger*innen und Staat steigt. Im Bereich Umweltrecht gibt es ein großes Durchsetzungsdefizit, was auch daran liegt, dass sich Rechtsstaatsförderung auf die Stärkung von zentralstaatlichen Institutionen und Verfassungsprozessen konzentriert.

Dabei werden gerade in vielen Entwicklungsländern überwiegend außergerichtliche, alternative Streitbeilegungsmechanismen (alternative dispute resolution, ADR) genutzt, die sich je nach Kontext unterscheiden. In Kenia beispielsweise werden rund 90 Prozent der Streitigkeiten außerhalb des staatlichen Justizsystems beigelegt. Wie können Rechtssysteme so gestärkt werden, dass auch informelle

Alternative Streitbeilegung genießt hohe Legitimität, kann bestehende Ungleichheiten aber auch verstärken

Streitschichtungsmechanismen einen Beitrag zur Beilegung von Ressourcenkonflikten leisten können?

In Post-Konflikt-Situationen haben vor allem sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen häufig keinen Zugang zum formalen Rechtssystem. Dieses ist oft überlastet, weshalb ADR eine effizientere und kostengünstigere Streitbeilegung ermöglichen können. Neben dem einfacheren physischen Zugang zu Streitlösungsinstitutionen berücksichtigen ADR durch den Gebrauch von bekannten gewohnheitsrechtlichen Prozeduren und verständlicher Sprache eher lokale Kontexte. Zudem sind ADR stärker auf „restorative justice" ausgerichtet, da Mediation, Verhandeln und Versöhnung im Mittelpunkt stehen. Aus diesen Gründen wird ADR ein hohes Maß an Legitimität zugesprochen. Dennoch sind Legitimitätsgewinn, Flexibilität und Effizienz nicht mit der für Beteiligte empfundenen Gerechtigkeit und nachhaltigem Rechtsfrieden gleichzusetzen. Daher wirken sie auch nicht per se friedensfördernd.

ADR sind Bestandteil von komplexen sozialen Systemen. Sie sind mit gewohnheitsrechtlichen Regelungen aufgeladen, die über lange Zeit als Rechtsauffassung entstanden sind und in Prozessen den formalen und materiellen Entscheidungsrahmen bilden. Diese Normen können bereits bestehende Machtasymmetrien zugunsten lokaler und regionaler Eliten verstärken und die Verhandlungsmacht der Streitparteien und den sozialen Druck erhöhen. Da die geltenden Normen meist ungeschrieben sind, kann sich die Rechtssicherheit drastisch verringern. Zudem gibt es meist weniger Kontrollmechanismen von ADR, wie Berufungsinstanzen, und große Rechtsdurchsetzungsdefizite.

In Kenia führt das dazu, dass nach wie vor Frauen, Indigene und weitere Gruppen im Rahmen von alternativen Streitschlichtungsverfahren marginalisiert und diskriminiert werden. Wenn traditionelle oder gewohnheitsrechtliche Regelungen über die Familienerbfolge von Land im Rahmen von ADR durchgesetzt werden, perpetuieren sich bestehende Ungleichheiten von Landnutzung.

Nicht beigelegte Streitigkeiten über Landbesitz haben in Kenia bereits in der Vergangenheit zu Gewaltausbrüchen beigetragen. Auch sind Frauen insbesondere in ländlichen Gebieten überproportional von den Folgen des Klimawandels beeinträchtigt und dadurch einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt. Weiterhin sind nur knapp 2 Prozent der Landbesitzer*innen in Kenia Frauen – obwohl sie, etwa durch ihre traditionell große Rolle in der Nahrungsmittelproduktion, häufig einen essenziellen Beitrag für Ernährungssicherheit, nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung, Katastrophenprävention oder Klimawandelanpassung auf lokaler Ebene leisten.

Inklusive Dialoge auf lokaler Ebene

Im Rahmen von vorausschauender gendersensibler Rechtsstaatsförderung sollte es daher das Ziel sein, die positiven Aspekte von ADR zu stärken und potenzielle Negativfolgen abzuschwächen, indem bestehende und zukünftige Ungleichheiten vermindert werden. Eine Möglichkeit bieten inklusive Dialoge auf lokaler Ebene, um auf einen langfristigen Wandel von diskriminierenden Normen und Mechanismen hinzuwirken. Eine Alternative

bietet die Verknüpfung von ADR und formalen Rechtssystemen. Durch die Kodifikation von traditionellen Rechtsnormen, ihre Anerkennung als Rechtsquelle oder durch die Integration von ADR in das formale Justizsystem kann ein Ausgleich zwischen lokaler und (inter-)nationaler Rechtsgeltung geschaffen werden.

Seit Inkrafttreten der neuen kenianischen Verfassung im Jahr 2010 sind – unter Einschränkungen – afrikanisches Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle und traditionelle Streitschlichtungsmechanismen anerkannt. Dies hat die Chance eröffnet, menschenrechtliche Verfahrensstandards in ADR zu stärken und eine Verschmelzung des staatlichen Gerichtssystems mit ADR zu fördern. Beide vorgestellten Möglichkeiten sind jedoch keine Allheilmittel und bergen ebenfalls Risiken. Beispielsweise kann die Verschmelzung von traditionellen und formalen Normen und Institutionen die Komplexität von Streitschlichtung erhöhen und damit ihre Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und Effizienz schwächen.

Grundsätzlich muss auch internationale Rechtsstaatsförderung stärker auf die sich durch Klimawandel, Verlust von Biodiversität und Umweltverschmutzung veränderten Konfliktdynamiken reagieren. Entsprechende Aktivitäten bleiben durch einen abzuwägenden Interessenausgleich zwischen (sub-)nationalen und internationalen Akteuren ein fortdauernder Balanceakt. Dieser kann nur gelingen, wenn Gerechtigkeit kontextabhängig immer wieder neu definiert wird. Anschließend müssen entsprechende Maßnahmen zielgerichtet implementiert und deren Risiken kontinuierlich (re-)evaluiert und abgeschwächt werden.

Die Anreicherung von ADR mit Anti-Diskriminierungsnormen sowie unter anderem gendersensiblen und transparenten Prozessen und die Verknüpfung mit oder Integration in formale Institutionen wie Gerichten kann den Zugang zu Gerechtigkeit verbessern. Auf diese Weise können Streitigkeiten beigelegt und eine effektivere Durchsetzung von Umweltrecht gestärkt werden, um tiefergehende Ressourcenkonflikte zu verhindern und nachhaltigen Frieden zu fördern. • •

Fabian Keske war bei der International Development Law Organization in Kenia, Green Legal Impact, der OECD und dem Geneva Centre for Security Sector Governance (DCAF) tätig.

Verschwunden in Mexiko

Die Zahl der Vermissten ist horrend und steigt weiter, doch der Staat kommt seiner Pflicht nach Aufklärung nicht nach. Im Gegenteil: Er manipuliert die Erinnerungsarbeit und den Kampf für Gerechtigkeit.

Von Aline Wani

In einer Garage in Irapuato, einer Stadt im mexikanischen Bundesstaat Guanajuato, sitzen wir auf kleinen Klappstühlen im Kreis. An den Autos, die um uns herum parken, kleben Poster mit Namen und Gesichtern von Menschen. Wir treffen uns

im Rahmen eines gemeinsam geplanten Erinnerungsprojekts. Die Menschen auf den Postern sind verschwundene Angehörige der Workshopteilnehmenden. Es sind ihre Kinder, ihre Geschwister, ihre Partner*innen. „Meine Alejandra begleitet mich überall hin", meint Sandra (*alle Namen sind geändert*), als sie auf das von ihr säuberlich und liebevoll befestigte Poster von ihrer Tochter zeigt, „an dem Tag, als Alejandra vor genau zwei Jahren und 19 Tagen am Abend nach ihrer Schicht nicht von der Arbeit nach Hause kam, habe ich ihr, mir und allen Geistern dieses Universums geschworen, die Suche nach ihr nie aufzugeben. Ich widme ihr mein Leben." Ihr Blick ist erfüllt von Trauer, von Verzweiflung, aber auch von der Hoffnung, ihre Tochter eines Tages wiederzufinden – lebendig oder tot.

Die Fakten rund um das Verschwinden von Alejandra sind unklar. In der letzten Nachricht an ihre Mutter in der Nacht ihres Verschwindens informierte Alejandra Sandra, dass sie sich auf den Rückweg von der Arbeit macht. Sie wird von der Polizei angehalten. Kurz danach ist ihr Handy ausgeschaltet – die Nachrichten der besorgten Mutter erreichen Alejandra nicht mehr. Nach der offiziell eingereichten Vermisstenanzeige wurde Sandra von der Staatsanwaltschaft bedroht – zuerst diskret, dann immer offensiver, damit sie die Klage zurückzieht. Die aktuelle Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador übt im Vergleich zu vorherigen Regierungen nicht weniger – wenn nicht sogar mehr – Druck auf Gemeinden und Bundesstaaten in Mexiko aus, eine geringe Anzahl von Homiziden oder verschwundenen Personen zu dokumentieren. Der Kreativität beim Manipulieren der offiziellen Statistik wird dabei freien Lauf gelassen.

Sandra erlebt jedoch nicht nur von öffentlicher Seite eine Reviktimisierung.

Falsche Fakten, manipulierte Zahlen – die Regierung verschleiert das wahre Ausmaß der Tragödie

Auch in ihrer Nachbarschaft wurde hinter ihrem Rücken gemunkelt, man versuchte, sie eines Besseren zu belehren, ohne Sandra selbst in den Prozess der Erklärungsfindung einzubeziehen: Ihre Tochter sei bestimmt mit ihrem Freund durchgebrannt, ihre Hormone würden wohl verrückt gespielt haben – wie so oft bei Mädchen in diesem Alter. Andere Hypothesen aus Sandras Umfeld begründen Alejandras Verschwinden mit einer möglichen Verwicklung von ihr oder ihrem Freund in illegale Geschäfte. Es handelt sich dabei um eine Erklärung – Teil eines anhaltenden kriminalisierenden Narrativs, induziert durch die Regierung und die Berichterstattung von gängigen Medien –, die man im Zusammenhang mit Verschwinden in Mexiko häufig hört.

Angst, Misstrauen und Isolation

Auch wenn Sandra noch in denselben vier Wänden lebt wie zuvor mit Alejandra und ihrem Mann, führt sie seit dem Verschwinden ihrer Tochter ein sehr isoliertes Leben, sozial marginalisiert und unter ständigem Terror. Zahlreiche Freund*innen und Bekannte haben sich abgewandt. Mögliche Gründe dafür sieht Sandra in einem mangelnden Empathievermögen, im Misstrauen, aber auch in der Angst, die Nähe zu ihr könnte für sie ein ähnliches Schicksal herbeiführen. Sandra wurde von ihrem Ehemann verlassen, da dieser es nicht ertragen konnte, dass sie der Suche nach ihrer Tochter so viel Zeit widmet und in seinen Augen ihren häuslichen Verpflichtungen nicht mehr gerecht werden konnte.

Nachdem Sandra die Suche nach Alejandra in den sozialen Medien geteilt hatte, wurde sie von einer unbekannten Person angeschrieben. Man habe ihre Tochter gefunden und werde sie in den nächsten Tagen gegen eine Zahlung von 100 000 Mexikanischen Pesos (ca. 5200 Euro, mehr als 23 monatliche Mindestlöhne) freilassen. Dies verdeutlicht, wie Sandra durch das Verschwinden ihrer Tochter nicht nur indirekt Betroffene der Straftat, sondern selbst zur Zielscheibe von Stigmata und mehrfach zum Opfer wurde. Sandra verlor den Halt innerhalb ihres Umfelds und lebt in ständiger Angst und voller Misstrauen gegenüber Behörden und einer ihr bereits vor dem Verschwinden von Alejandra schlecht gesinnten Regierung.

Gemeinsam für Gerechtigkeit kämpfen

Den ihr so abrupt entzogenen Halt in der Gesellschaft hat Sandra im Kollektiv „Hasta Encontrarte“ wiedergefunden, dem sie einige Monate nach dem Verschwinden ihrer Tochter beigetreten ist. In Mexiko gibt es zahlreiche betroffene Angehörige, meist Mütter (Madres Buscadoras), die sich in einem Kollektiv zusammenschließen.

Es ist eine Praxis, die in Lateinamerika verbreitet ist – man denke an die Mütter der Plaza de Mayo in Argentinien. Es sind Kollektive, die sich den zahlreichen Aufgaben im Fall von Verschwinden widmen. Aufgaben, die in einem funktionierenden Rechtsstaat von der Regierung übernommen würden. Sie suchen nach möglichen Spuren von Massengräbern; sie verhandeln mit den Behörden und Gruppen des organisierten Verbrechens, um Zugang zu Orten zu erhalten, an denen Massengräber vermutet werden. Sie sammeln Gelder für die notwendige Ausrüstung für Ausgrabungen und führen diese durch. Sie organisieren, dass mögliche Funde forensisch ausgewertet werden, um herauszufinden, ob es sich bei den gefundenen Körperteilen um diejenigen ihrer vermissten Angehörigen handeln könnte.

Viele Mütter schließen sich zusammen, um im Kollektiv den Albtraum zu ertragen und Gewissheit zu finden

Die Mitglieder des Kollektivs verstehen das Leiden von Sandra seit dem ersten Tag. Es brauchte weder eine Erklärung noch Rechtfertigung ihrerseits dafür. Man unterstützt sich, man trauert und schweigt gemeinsam, vor allem aber kämpft man zusammen auf der Suche nach den Verschwundenen, nach Wahrheit und nach Gerechtigkeit.

Sandras Schicksal ist kein Einzelfall. In Mexiko gelten nach offiziellen Zahlen zurzeit über 110 000 Menschen als vermisst. Die Dunkelziffer soll laut zahlreichen Schätzungen weit darüber liegen. Die Anzahl von verschwundenen Frauen und Mädchen hat sich in den vergangenen sechs Jahren verdreifacht. Gemäß Erfahrungsberichten auf Seiten der Zivilgesellschaft würden zahlreiche Fälle des Verschwindens – vor allem von Frauen – mit Menschenhandel in Verbindung stehen. Dies wird von Regierungsseite jedoch verneint. All das geschieht in fast absoluter Straflosigkeit. Die Kapazitäten und der politische Wille, daran etwas zu ändern, sind in den Behörden kaum vorhanden – eine unerbittliche Ohnmacht für Angehörige von Verschwundenen.

Vorgetäuschte Übergangsjustiz

Zurzeit kann in Mexiko beobachtet werden, wie lokale Regierungen sich unter dem Deckmantel einer vorgetäuschten Übergangsjustiz ausgewählte Kollektive

anhören, sie betreuen und sie teilweise sogar finanziell unterstützen. Es ist dabei klar ersichtlich, dass dieser Prozess nicht nur selektiv ist, sondern auf eiskaltem politischem Kalkül beruht. Indem ihnen das Gefühl gegeben wird, dass sie angehört werden und man sich für sie einsetzt, wird versucht, die lautesten Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Es kommt wiederholt zu Spannungen, bei denen Betroffene miteinander zu konkurrieren beginnen, um Zugang zu politischem und wirtschaftlichem Kapital zu erhalten, das ihnen das Recht auf Erinnerung ermöglichen könnte. Dieses Kapital wird von der Regierung absichtlich knapp gehalten. Das führt dazu, dass die Kollektive sich nicht nur gegenseitig schwächen, sondern es auch intern immer wieder zu Konflikten kommt.

Sandra erzählt mir ein Beispiel von einem anderen Kollektiv, das Geld von der Regierung für Suchmaterialien angenommen hatte. Kurze Zeit später fuhren einige Frauen dieses Kollektivs einen neuen, glänzenden Truck. „Welch Verräterinnen", sagt Sandra. Des Weiteren arbeitet die Regierung von López Obrador gerade an einem Gesetz zur Erinnerung, das die Forderungen der Zivilgesellschaft aber nicht mit einbezieht. Eine Institutionalisierung des Gedenkens wird ausgeübt, um es zu entpolitisieren und zu enthistorisieren.

Zwei Tage, nachdem ich mit Sandra und anderen Mitgliedern ihres Kollektivs in Irapuato zusammengesessen habe, schickt sie mir einen Link zu einem Facebook-Post. Er handelt von einer Madre Buscadora aus Guanajuato, einer Freundin von Sandra, die ermordet aufgefunden wurde. Sie ist bereits die zehnte Buscadora, die unter AMLOs Regierung ermordet wird. Sicherheitsprotokolle zum Schutz dieser Frauen gibt es nicht. Klar ist, dass der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Mehr noch, er manipuliert gezielt die Bemühungen der Zivilgesellschaft und macht die Erinnerungsarbeit und den Kampf für Gerechtigkeit noch tödlicher. • •

Aline Wani widmete ihr Kolleg-Jahr der Schaffung eines virtuellen Memorials für Opfer des Verschwindenlassens in Mexiko.

Unser Gefühl von Zuhause

*Es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Selbstwahrnehmung, unserer Zugehörigkeit und unserer Identität. Es ist ein fluides Phänomen und bedeutet für jede*n etwas anderes.*

Von Anne Schuchardt

Die französische Philosophin Simone Weil schrieb bereits 1942: „To be rooted is perhaps the most important and least recognized need of the human soul."

In der faszinierenden Ära der Globalisierung entfaltet sich eine komplexe Beziehung zwischen dem tief empfundenen menschlichen Bedürfnis nach einem Zuhause und den weitreichenden Auswirkungen dieser globalen Veränderungen. Wie miteinander verflochtene Stränge weben diese beiden Aspekte unserer Existenz

ein vielschichtiges Geflecht, das unsere Vorstellung von Zuhause infrage stellt und erweitert. Das Gefühl von Zuhause hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Es war einst eng mit einem bestimmten geografischen Ort verbunden. Ein Ort der Selbstverwirklichung, an dem wir unsere Identität ausleben und unsere Beziehungen zu anderen gestalten können.

Doch in der heutigen vernetzten Welt verändern sich die Grenzen und die Konzepte von Identität, Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung. Die Globalisierung ermöglicht uns eine erweiterte Perspektive, die über physische Räume hinausgeht. Menschen knüpfen Verbindungen und Beziehungen, die über nationale Grenzen hinwegreichen: Arbeit, Vertreibung, Sommerurlaub, medizinische Behandlung, Familienbesuche, Flucht. Das alles können Anlässe sein, die physischen Räume des Zuhauses (zeitweise) zu verlassen – auf freiwillige oder unfreiwillige Art.

Kann „Zuhause" also auch eine andere Form annehmen als ein Ort, an dem man wohnt? Aber was macht ein Zuhause eigentlich aus? Wenn Sie die Augen schließen und an Zuhause denken, was kommt Ihnen in den Kopf? Eine Person? Ein Geruch? Ein Geräusch? Eine Erinnerung?

Realität der Staatenlosen

Im Laufe meines Kolleg-Jahres sprach ich mit Menschen aus verschiedenen Ländern, die oft von externen Instanzen vermittelt bekommen, dass da, wo sie sich aufhalten, nicht ihr Zuhause sei – und dies eigentlich nirgendwo auf der Welt. Für viele Staatenlose ist das die Realität. Sie sind Menschen, denen ihre Identität abgesprochen wird; die keinen oder erschwerten Zugang zu Ausweisdokumenten haben. Menschen, die ungewollt „entwurzelt" werden; die in einer Art rechtlichen und sozialen Schattenwelt leben; denen das Gefühl von Zuhause genommen wird. In einer Welt, die durch Staatsgrenzen und nationale Gesetze in Staaten aufgeteilt ist, gibt es eine düstere Realität der Staatenlosigkeit, die im Widerspruch zum Völkerrecht steht. Staatenlos ist, wer unter nationalen Gesetzen keine Staatsbürgerschaft eines Landes besitzt. Staaten haben das souveräne Recht, die Bedingungen und Regeln für den Erwerb oder Verlust der Staatsbürgerschaft festzulegen. Doch dieses Recht kann das grundlegende Menschenrecht auf eine Nationalität, wie es in Artikel 15 der Menschenrechtscharta verankert ist, aushöhlen.

Der mächtigste Vertrag zwischen Staat und Individuum, nämlich die Staatsbürgerschaft, ermöglicht den Zugang zu grundlegenden Rechten und sozialer Teilhabe. Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen, Wahlrecht, finanzielle Teilhabe – all das hängt eng mit der Zugehörigkeit zu einem Staat zusammen.

„Nairobi ist mein Zuhause. Ich esse nur kenianisches Essen, und die Geräusche dieser Stadt sind mir so vertraut. Aber meine Geschichte gibt mir manchmal das Gefühl, nur ein Besucher zu sein [...]. Aber Zuhause ist nicht unbedingt dort, wo man geboren wurde, sondern Menschen machen ein Zuhause. Menschen in Kenia geben mir ein Gefühl von Zuhause." Das Zitat stammt von einem jungen Mann vom Stamm der Nubier.

Die Nubier haben eine lange Geschichte der Staatenlosigkeit und Diskriminierung. In den späten 1800er Jahren wurden sie als Teil des Osmanischen Reiches von

Die Staatsbürgerschaft ermöglicht den Zugang zu grundlegenden Rechten und sozialer Teilhabe

Diskriminierung ist die häufigste Ursache für Staatenlosigkeit – und die Gründe dafür sind vielfältig

Britisch-Ostafrika erobert; während der Kolonialzeit wurden sie zwischen verschiedenen Interessen hin- und hergeschoben. Als Kenia 1963 seine Unabhängigkeit erlangte, wurden den Nubiern die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht verweigert. Die offizielle Anerkennung als Stamm im Jahr 2017 ist zwar ein Fortschritt, aber die Nachwirkungen einer kollektiven Staatenlosigkeit über Jahrzehnte sind noch immer zu spüren – ökonomisch, rechtlich und sozial.

„Das Camp ist mein Zuhause"

Kenia ist kein Einzelfall: Weltweit leben etwa 15 Millionen Menschen ohne Staatsangehörigkeit. Auch in Deutschland gibt es unterschiedliche Fälle von Staatenlosigkeit: Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren 29 455 Menschen Ende 2022 als staatenlos registriert, zusätzliche 97 150 Menschen waren mit einer sogenannten „unbestimmten Staatsangehörigkeit" gemeldet. Somit lebten zum Stichtag 126 605 Menschen in Deutschland ohne Staatsangehörigkeit – viele von ihnen sind sogar in Deutschland geboren.

Diskriminierung ist die häufigste Ursache für Staatenlosigkeit. Die Gründe dafür sind vielfältig: strukturelle Probleme bei der Geburtenregistrierung, komplexe und diskriminierende Staatsangehörigkeitsgesetze, Nachwirkungen von Kolonialisierung, Staatensukzession oder Vertreibung. Eine weitere Herausforderung ist die Genderkomponente: In 24 Ländern ist es Frauen noch immer nicht erlaubt, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weiterzugeben. Wenn der Vater unbekannt ist, wenn er noch vor der Geburt stirbt oder das Kind nicht freiwillig anerkennt, sind die Kinder der Gefahr von Staatenlosigkeit ausgesetzt.

Das Gefühl, irgendwo dazuzugehören, geht über die bloße geografische Lage hinaus. Es ist ein essenzieller Bestandteil unserer Verbundenheit mit einer Gemeinschaft. Es beinhaltet das Erleben von Akzeptanz und Anerkennung sowie den Genuss der damit verbundenen Rechte und Privilegien, aber auch Pflichten. Doch für Menschen, die staatenlos sind, bleibt dieses Gefühl oft ein unerreichbarer Traum.

Die Worte eines Geflüchteten aus dem Sudan – der zwar nicht staatenlos ist, dessen Nationalität aber keinen Wert hat in dem Land, in dem er lebt – zeigt eine Realität, wie Menschen auch in den schwierigsten Situationen ein Zuhause finden können: „Es gibt keinen anderen Ort, den ich eher mein Zuhause nennen würde als das Flüchtlingscamp. Hier habe ich meine Kindheit verbracht und bin zur Schule gegangen. Ich kannte lange Zeit keinen anderen Ort. Immer wenn ich zurückgehe, fühlt es sich an, als ob ich nach Hause kommen würde."

Das Gefühl von Zuhause ist also ein wichtiger Bestandteil unserer Selbstwahrnehmung, unserer Zugehörigkeit und unserer Identität. Es ist ein fluides Phänomen und bedeutet für jede*n etwas anderes. Als sei es nicht bereits schwierig genug, in einer so schnelllebigen Welt dieses Gefühl aufzubauen und zu identifizieren, gibt es auch einige externe Instanzen und Kontexte, die diesen Prozess erschweren. Was bedeutet Zuhause für mich? Eine Person. Ein Geruch. Ein Geräusch. Eine Erinnerung. Ein Ort. Eine Staatsbürgerschaft? • •

Anne Schuchardt arbeitete während ihres Mercator-Jahres zum Thema digitale Identität für Staatenlose und Geflüchtete.

Vorteile sprachlicher Vielfalt

Herkunftssprachen spielen eine wichtige Rolle für soziale Teilhabe, kulturelle Identität und Inklusion. Sie erleichtern den Zugang zu Bildung und sollten deshalb auch im Schulunterricht genutzt werden.

Von Anna Cijevschi

Was ist deine Muttersprache? Ist es die Sprache, die du zuerst gelernt hast, oder die, die du am sichersten und umfassendsten beherrschst? Ist es die Sprache, in der du denkst, träumst, zählst, fluchst, oder die, die deine Mutter mit dir sprach? Vielleicht beantwortest du all diese Fragen mit derselben Antwort – oder jede mit einer anderen.

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht ist der Begriff Muttersprache nicht eindeutig, denn in der gängigen Verwendung dieses Begriffs werden der Zeitpunkt und Weg des Spracherwerbs, kognitive und emotionale Aspekte zusammengefasst. Präziser ist es, von der Erstsprache zu sprechen, wenn wir die zuerst erlernte Sprache meinen; das können auch mehrere Sprachen sein. Bei Personen, die in der Familie eine andere Sprache nutzen als in der Schule, findet häufig eine Verschiebung hin zur Bildungssprache statt. Die andere Sprache – oft zuerst erlernt, zuhause gesprochen und nicht in der Mehrheitsgesellschaft genutzt – kann man auch als Herkunftssprache bezeichnen.

Hier beginnt mein Weg ins Mercator-Kolleg. Ich möchte besser verstehen, wie Herkunftssprachen gefördert werden können und welche Rolle sie für soziale Teilhabe und Inklusion spielen. Ich selbst habe zwei Herkunftssprachen – Russisch und ein Dialekt des Rumänischen –, die ich im Familienkontext höre und spreche. Diese Sprachen kann ich aber nicht in allen Lebenslagen nutzen; dafür fehlen mir Fachvokabular und komplexere Strukturen, die meist in der Schule erlernt werden. Mit der deutschen Sprache bin ich hingegen in allen Lebenslagen vertraut – dazu haben mir eine Reihe von Privilegien (Aufwachsen als weiße Frau in Deutschland) und glücklicher Zufälle verholfen (ein offenes, diverses Umfeld und aufmerksame Personen in Bildungseinrichtungen).

Weltweit haben schätzungsweise 2,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Bildung in ihrer Erstsprache. Im schlimmsten Fall lernen sie nicht, weil sie nicht verstehen, was gelehrt wird. Das führt zu schlechteren Schulergebnissen, geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und weniger Teilhabe. Neben den sozialen und wirtschaftlichen Folgen wird auch die emotionale und kognitive Entwicklung beeinträchtigt. Denn eine stabile Basis in der Erstsprache bietet eine stabile Basis für weiteres Lernen.

Sprache ist nicht nur eine wertvolle Ressource, sie ist auch eng an Selbstwertgefühl, Identität und Gruppenzugehörigkeit geknüpft. Wo die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen nicht geschätzt werden, ist persönliche Entfaltung nicht möglich. Das geht so weit, dass indigene Gruppen wie die First Nations in Kanada höhere Suizidraten unter Jugendlichen verzeichnen als nichtindigene Gruppen in demselben Gebiet. Dieser Trend kehrt sich nur dann um, wenn die indigenen Gruppen

ihre kulturelle Identität selbstbestimmt sichern können. Zugang zur eigenen Sprache ist damit kein Luxusgut, sondern kann existenzielle Formen annehmen.

Warum wird sprachliche Vielfalt diskreditiert? Global betrachtet ist Mehrsprachigkeit der Normalfall – vor allem außerhalb Europas. Sprachen und ihre Sprecher*innenzahlen sind höchst ungleich verteilt: Rund 7000 Sprachen werden auf der ganzen Welt gesprochen; dabei werden zwölf Sprachen von über zwei Milliarden Menschen verwendet und über 5000 Sprachen von insgesamt weniger als 1 Prozent der Weltbevölkerung. Die meisten Sprachen werden entlang des Äquators gesprochen – biologische Vielfalt korreliert mit sprachlicher Vielfalt. Und wie Flora und Fauna sind auch viele Sprachen und ihre Sprecher*innen gefährdet. Nach dem UNESCO Atlas of World Languages sind über 5700 Sprachen bedroht, über 300 sind dabei kritisch bedroht und zählen nur noch eine Handvoll Sprecher*innen. Wissen, das in diesen Sprachen vorhanden ist, geht unwiderruflich verloren, wenn die letzte Sprecher*in stirbt.

Auf der anderen Seite gibt es eine Handvoll Sprachen – Englisch, Spanisch, Russisch, Arabisch –, die historische, politische, kulturelle Macht akkumuliert haben und über große Gebiete hinweg verbreitet sind; oft als Resultat von Kolonialisierung. Sie haben andere Sprachen verdrängt und abgewertet – man denke an Cree, Quechua, Mari, Zenaga. Das Ergebnis: Bildungssysteme erkennen sprachliche Diversität nicht an oder bilden sie unzureichend ab.

Sprache ist Teil von intersektionaler Diskriminierung, aber bislang fehlt dafür ein entsprechendes Bewusstsein

Doch vielfach geht das Problem über Ignoranz hinaus; manche Sprachen und ihre Sprecher*innen werden aktiv verfolgt. Menschenrechtsverletzungen, die durch Sprache legitimiert werden, sind noch heute Realität. In Schulen beispielsweise wird nicht selten der Gebrauch einer anderen Sprache als der Schulsprache geahndet. Wer die Erstsprache auf dem Schulhof oder im Unterricht nutzt, hat mit Strafe zu rechnen. Zugleich gibt es Belohnungen für das Sprechen von nur einer Sprache. Diskriminierung, Demütigung und Bestrafung verlaufen dabei in Wechselwirkung mit anderen Ausschlussfaktoren wie Armut, ethnische Herkunft und Geschlecht. Sprache ist Teil dieser intersektionalen Diskriminierung, aber bislang fehlt ein entsprechendes Bewusstsein für Äußerungen, die sich auf Sprechweise, Dialekt, vorhandene oder fehlende Sprachkenntnisse beziehen.

Mehrsprachigkeit positiv bewerten

Was ist möglich, wenn alle Zugang zu Bildung in ihrer Erstsprache haben? Der Lernprozess ist schneller und einfacher, wenn Menschen in einer Sprache lernen, die sie verstehen. Das verhindert Lernrückstände, Schulabbrüche und Klassenwiederholungen und bringt kognitive Vorteile, höheres Wohlbefinden und Selbstvertrauen mit sich. Schüler*innen, die ihre Mehrsprachigkeit positiv begreifen und nutzen, können von einem höheren sozioökonomischen Status, einschließlich höherer Einkünfte, sowie mehr Kreativität und Innovationskraft profitieren. Die positiven Auswirkungen erstrecken sich auch auf die zugehörigen Gemeinschaften, da zum Beispiel Eltern stärker in das Schulgeschehen eingebunden werden und damit teils zum ersten Mal selbst Zugang zu Bildung erfahren.

Wie kann das gelingen? Bildung in der Erstsprache heißt nicht, auf das Erlernen nationaler oder internationaler Sprachen zu verzichten. Mehrsprachige Bildung, die auf der Erstsprache beruht, bedeutet additives Lernen, nicht das Priorisieren einer Sprache auf Kosten einer anderen. Je nach Kontext kann die Erstsprache zu Beginn der Schulzeit verwendet werden, bevor andere Sprachen hinzukommen. Auch wenn viele verschiedene Erstsprachen nebeneinander bestehen, ist es möglich, auf diesen Ressourcen aufzubauen und einen einladenden Raum für sie zu schaffen – zum Beispiel dadurch, dass sprachliche Vielfalt im Klassenzimmer sichtbar gemacht wird und Schüler*innen, die dieselben Sprachen sprechen, sich gegenseitig unterstützen können. Schließlich kann Vielfalt gefeiert werden – wie am Internationalen Tag der Muttersprache, der jährlich am 21. Februar stattfindet und Aufmerksamkeit für Mehrsprachigkeit schafft. • •

Anna Cijevschi arbeitete im Norden Bangladeschs zu indigenen Sprachen, bei der UNESCO und der Rutu Foundation, einer NGO für mehrsprachige Bildung.

Mütterliche mentale Gesundheit

In Jordanien wird mentale Gesundheit in die primäre Gesundheitsversorgung integriert. Das ist besonders wichtig für werdende und junge Mütter, die oftmals unter hohem sozialen Druck und Kontrolle stehen.

Von Ann-Christin Wolf

Mentale Gesundheit ist ein wesentlicher Bestandteil des allgemeinen Wohlbefindens einer Person. Deshalb ist es wichtig, dass die primäre Gesundheitsversorgung diese Bedeutung anerkennt und sie in ihre Praxis integriert. Dies ist insbesondere wichtig bei der Versorgung von Frauen, vor allem während der Schwangerschaft und nach der Geburt.

Ein Beispiel liefert die Integration der mentalen Gesundheit in die primäre Gesundheitsversorgung in Jordanien, speziell im Bereich der mütterlichen mentalen Gesundheit. Denn in Ländern wie Jordanien ist der Zugang zu spezialisierten psychischen Gesundheitsdiensten begrenzt, was bedeutet, dass viele Frauen keine adäquate Unterstützung für ihre psychischen Gesundheitsbedürfnisse erhalten.

In Jordanien gibt es 60 registrierte Psychiater*innen für eine Bevölkerung von ungefähr elf Millionen – das sind 0,5 Psychiater*innen pro 100 000 Einwohner*innen (Deutschland: 27). Kulturelle Normen und soziale Erwartungen tragen dazu bei, dass Frauen häufiger an psychischen Erkrankungen leiden als Männer. Eine der wichtigsten Normen ist die Bedeutung der Familie. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich um das Wohlergehen ihrer Familienmitglieder kümmern und in erster Linie ihre Aufgaben als Mutter und Ehefrau erfüllen. Viele Frauen steigen daher aus ihren Berufen aus. Es gibt auch gesetzliche Einschränkungen, z.B. das sogenannte „Male Guardianship"-Gesetz, das Frauen in manchen Lebensbereichen abhängig von einem männlichen Vormund macht.

Mütterliche mentale Gesundheit bezieht sich auf die psychische Gesundheit von Frauen während und nach der Schwangerschaft. Das ist eine Zeit großer Veränderungen und Belastungen, die die psychische Gesundheit beeinträchtigen können. Laut Weltgesundheitsorganisation ist jede fünfte Frau in der Schwangerschaft oder im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes von psychischen Erkrankungen betroffen.

Studien haben gezeigt, dass unbehandelte psychische Probleme zu schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit von Mutter und Kind führen können. Deshalb hat die jordanische Regierung Anstrengungen unternommen, um die Integration von mütterlicher mentaler Gesundheit in die primäre Gesundheitsversorgung zu fördern. Eine wichtige Maßnahme war die Schulung von Gesundheitspersonal, um es zu befähigen, psychische Probleme zu erkennen und zu behandeln. Darüber hinaus wurde das nationale Gesundheitssystem um eine Komponente erweitert, um sicherzustellen, dass Mütter eine angemessene psychische Gesundheitsbetreuung erhalten. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Sektoren, einschließlich Gesundheit, Bildung und Gemeinwesen, die von der jordanischen Regierung in Kooperation mit internationalen Partnern implementiert wird. So wird eine umfassende Betreuung von Müttern ermöglicht, die ihre psychische Gesundheit fördert und gleichzeitig andere Bedürfnisse, wie soziale Unterstützung oder Zugang zu Bildung, berücksichtigt.

In Jordanien leben ungefähr 120 000 syrische Geflüchtete noch immer in Flüchtlingslagern. Da die beiden großen Camps Azraq und Zaatari von den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen verwaltet werden, sind die Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung vom internationalen Angebot und nicht vom jordanischen Staat abhängig. Während meiner Zeit beim International Medical Corps habe ich an der Implementierung von mütterlicher mentaler Gesundheit in Azraq gearbeitet. Dabei haben wir Hebammen geschult: im Hinblick auf Risikofaktoren, die zur Entstehung von mentalen Problemen perinataler Frauen beitragen, im Screening zum Erkennen von Depression, Ängsten und Stress sowie in Überweisungsmöglichkeiten zu mentalen Gesundheitseinrichtungen.

Angst vor Stigmatisierung

Die Integration von mentaler Gesundheit in die primäre Gesundheitsversorgung kann auch Herausforderungen mit sich bringen. Dazu gehören das Stigma und die Diskriminierung wegen psychischer Erkrankung sowie ein Mangel an finanziellen Ressourcen und qualifiziertem Personal. Dazu die Aussage einer Hebamme aus dem Azraq-Camp: „Von den 20 Frauen, die ich an eine mentale Gesundheitseinrichtung überwiesen habe, ist leider keine einzige dorthin gegangen. Als ich sie darauf angesprochen habe, sagten sie, sie hätten keine Zeit. Aber ich glaube, sie haben Angst vor dem Stigma."

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Regierungen und internationale Organisationen nicht nur in die Integration von mentaler Gesundheit in die primäre Gesundheitsversorgung investieren, sondern auch in den Abbau der Diskriminierung psychisch Erkrankter, um sicherzustellen, dass Frauen Zugang zu angemessener psychischer Gesundheitsversorgung haben – und sich auch sicher fühlen, dies zu nutzen. • •

Ann-Christin Wolf beschäftigte sich mit den Themen Familienplanung und mentale Gesundheit im Kontext von Flucht und Migration.

Wirtschaft und Umwelt

Industrialisierung nachhaltig gestalten und CO_2-Emissionen schneller senken – und woher kommt das Geld für die Anpassung an den Klimawandel?

Von Niels Kunz, Nadia Mondini, Lukas Gast, Lukas Edbauer, Timothy Randall und Julian Barazi

Grüner Aufschwung

Wie gelingt eine nachhaltige Industrialisierung in Afrika? Welche Chancen bieten erneuerbare Energien – und welche Rolle sollen die Länder des Globalen Nordens übernehmen?

Von Niels Kunz

Roter Staub wirbelt unter den Reifen der Wagenkolonne auf, als Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai 2023 durch den kenianischen Nationalpark Hell's Gate fährt. Bekannt für seine atemberaubenden Felslandschaften und eine beeindruckende Artenvielfalt, diente Hell's Gate bereits in den frühen Neunzigern den Machern von Disneys „Der König der Löwen" als Inspiration. Heute geht es jedoch um Energie, die in Form von heißem Wasser und Dampf im Erdinnern eine nachhaltige Energiewende und eine grüne Zukunft verspricht. Denn das Ziel der deutschen Delegation ist unschwer an den stattlichen Dampfsäulen zu erkennen: Olkaria, das größte geothermische Kraftwerk Afrikas.

Scholz' Besuch steht stellvertretend für das wachsende globale Interesse an erneuerbaren Energien als notwendige Reaktion auf den Klimawandel und das Bestreben, afrikanische Partner vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und sich verändernder globaler Wirtschaftsbeziehungen zu gewinnen. Inmitten dieser Umwälzungen keimt in Kenia und anderen afrikanischen Ländern die Hoffnung auf, diese Entwicklung als Katalysator für den eigenen wirtschaftlichen Aufschwung nutzen und mit erforderlichen Klimamaßnahmen verbinden zu können. In seiner Antrittsrede im September 2022 betonte Kenias Präsident William Ruto die Bedeutung erneuerbarer Energien und unterstrich ihre Rolle bei der Förderung von „Arbeitsplätzen, lokaler Wirtschaft und nachhaltiger Industrialisierung". Doch während der Enthusiasmus für eine nachhaltige, grüne Industrialisierung um sich greift, bleiben Fragen nach ihrer Erwünschtheit und Machbarkeit – einschließlich der Rolle ausländischer Technologie und Finanzierung sowie der Verantwortung des Globalen Nordens.

Das Dringlichkeitsbewusstsein effektiver Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zieht endlich breitere Kreise und setzt Regierungen weltweit unter Handlungsdruck. Klimaereignisse wie Überschwemmungen, Dürren, starke Regenfälle, Hitzewellen und der Verlust an Biodiversität führen uns indes die katastrophalen ökologischen und sozialen Auswirkungen der globalen Wirtschaftspraxis vor Augen. Viele afrikanische Länder stehen hier vor der doppelten Herausforderung, ihre wirtschaftlichen Ambitionen mit einer aktiven Klimapolitik in Einklang zu bringen. Trotz eines Anteils von nur 3,8 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2021 (bei 17 Prozent der Weltbevölkerung) sind sie besonders stark vom Klimawandel betroffen.

Gleichzeitig bleibt das Streben nach einer energieintensiven und – zumindest historisch – umweltbelastenden Industrialisierung bestehen, da sie nach wie vor als Hauptmotor der wirtschaftlichen Entwicklung gilt und als solcher unver-

zichtbar erscheint. Auch wenn die beeindruckenden wirtschaftlichen Transformationen von Europa und Amerika im 18. und 19. Jahrhundert sowie Asiens in den letzten Jahrzehnten als Referenzpunkte gelten, steht fest: Die Entwicklungs- und Industrialisierungsbemühungen afrikanischer Länder müssen den Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

Erneuerbare wie Wind- oder Solarenergie, Wasserkraft oder Geothermie sind essenzielle Bausteine für eine nachhaltige Industrialisierung. Das Geothermiekraftwerk in Olkaria gewährt hier aufschlussreiche Einblicke. Es liefert bereits 30 Prozent des kenianischen Stroms, und dieser Anteil soll bis 2030 auf 50 Prozent erhöht werden. Dies steht im Einklang mit den Ambitionen Präsident Rutos, bis 2030 vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen und Kenia als Vorreiter zu etablieren. Auch andere afrikanische Staaten erkennen die Vorteile erneuerbarer Energien. So betreibt Marokko das weltweit größte Solarkraftwerk und strebt an, bis 2030 mehr als 50 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Quellen zu beziehen.

Eine nachhaltige Industrialisierung kann den Fokus aber nicht nur auf die Energieerzeugung richten. Afrikanische Länder müssen ihre eigenen industriellen Kapazitäten ausbauen, konkurrenzfähig werden und in globalen Wertschöpfungsketten aufsteigen. Der weltweite Trend hin zu Netto-Null-Emissionen und die damit wachsende Nachfrage nach grünen Technologien und Produkten bieten hier erhebliches Potenzial. So betonte auch der kenianische Energieminister Davis Chirchir in Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers, dass die grüne Energie in Olkaria zur Produktion von „grünem Wasserstoff, grünem Ammoniak, grünem Dünger und zur Schaffung grüner Arbeitsplätze“ eingesetzt werden könne.

Afrikanische Länder müssen ihre eigenen industriellen Kapazitäten ausbauen und konkurrenzfähig werden

Zudem bietet der Reichtum Afrikas an Kobalt, Kupfer, Lithium und anderen für die Energiewende unverzichtbaren Rohstoffen erhebliche Chancen. Hier könnten afrikanische Länder nicht nur ihre industriellen Kapazitäten ausbauen, sondern sich auch einen Löwenanteil an der globalen Wertschöpfung sichern und so die lokale Wirtschaft stabilisieren, Arbeitsplätze schaffen und die sozioökonomischen Strukturen vor Ort weiterentwickeln.

Die richtigen Anreize setzen

Die Verschiebung industrieller Produktions- und Handelsmuster bringt für afrikanische Länder Chancen mit sich, die es zu ergreifen gilt. Politisch müssen nun die richtigen Anreize geschaffen werden, um Investitionen anzuziehen und die eigene Gesellschaft an dem Prozess zu beteiligen. Die internationalen Partner und Geldgeber wiederum müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und die Entwicklungspläne unterstützen – sowohl finanziell, technisch als auch durch Wissenstransfer und lokale Kompetenzförderung. Die von Scholz angekündigte Erhöhung der finanziellen Unterstützung für den Ausbau Olkarias Kraftwerkskapazitäten von 45 Millionen Euro auf insgesamt 215 Millionen Euro im Rahmen der kenianisch-deutschen Klima- und Entwicklungspartnerschaft ist dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Aussicht auf eine grüne, blühende Zukunft klingt verlockend, der Weg dorthin ist jedoch nicht leicht. Die Produktion und globale Skalierung grüner Technolo-

gien wird einen erheblichen Energie- und Ressourcenverbrauch mit sich bringen. Bei allen guten Ansätzen wird sich die ökologisch belastende Phase der industriellen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums kaum gänzlich überspringen lassen. Dabei bringt bereits der Verbrauch der etablierten Industrienationen die Welt an ihre planetaren Belastungsgrenzen – und teilweise sogar darüber hinaus.

Es geht deshalb auch um die Frage eines „ökologischen Entwicklungsspielraums" und den Aspekt globaler Gerechtigkeit und historischer Verantwortung: Inwiefern müssen Industrieländer ihre Emissionen und ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, damit Entwicklungsländer ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten haben? Klar ist: Sie sollten ihren Einfluss und ihre Ressourcen effektiv einsetzen, um nicht nur die Industrialisierung des Globalen Südens auf eine nachhaltige und gerechte Weise zu unterstützen, sondern auch ihre eigenen Konsumgewohnheiten anzupassen.

Gestaltung eines Gleichgewichts

Während die Wagenkolonne weiterholpert, wird Scholz hinter den getönten Scheiben wohl kaum an die Abenteuer von Timon und Pumbaa oder den Aufstieg und Fall von Onkel Scar denken. Vielleicht sollte er aber genau das tun. So wie Hell's Gate einst das Disney-Team inspirierte, könnte der Film Scholz eine Idee davon geben, nach welchen Prinzipien die Akteure des Globalen Nordens und Südens für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien und grüne Industrie zusammenarbeiten sollten. Der Respekt für die Natur steht außer Frage – industrieller Fortschritt und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen, sowohl hinsichtlich der Emissionen als auch beim Rohstoffabbau und in der Landnutzung.

Aber auch in der internationalen Zusammenarbeit und im Handel müssen sich Respekt und Fairness widerspiegeln. Industrienationen dürfen afrikanischen „Nachzüglern" nicht den Entwicklungspfad verwehren, den sie selbst beschritten haben, und bei einem Verzicht zugunsten globaler Umweltaspekte sollten Kompensationsleistungen erbracht werden. Nicht vergessen werden darf schließlich die Bedeutung von Gemeinschaft und Zusammenarbeit. Gerade in einer Zeit, in der protektive Industriepolitik ein Comeback feiert – man denke nur an Bidens Inflation Reduction Act oder den CHIPS and Science Act –, sollten wir nicht wie Hyänen agieren und einen Wettkampf um Industriesubventionen vermeiden, der letztendlich allen schadet.

Nur wenn wir die Zusammenarbeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden neu gestalten und gerechtere und nachhaltigere Entwicklungspfade fördern, können ökologische und wirtschaftliche Ziele gleichermaßen erreicht werden. Die teils unkritische Inszenierung eines Aufbruchs afrikanischer Länder in ein grünes Industriezeitalter sollte dabei nicht zu einer Simplifizierung der Komplexität und Vielfalt des Kontinents mit seinen unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Kontexten verleiten.

Die Beachtung und akribische Analyse dieser Unterschiede sind unabdingbar, um maßgeschneiderte Entwicklungsstrategien zu entwickeln, die auf lokalem Wissen aufbauen, statt gewohnte Konzepte und Entwicklungsmodelle unkritisch zu übertragen. Bis sich der Staub des aktuellen Energie-Enthusiasmus gelegt hat, liegt noch viel Arbeit vor uns. • •

Niels Kunz arbeitete zu digitalen Technologien in Bildungs- und Entwicklungskontexten sowie nachhaltigen Industrialisierungsstrategien.

Stahl, Zement und die Klimaziele

Die Schwerindustrie verursacht sehr hohe und besonders schwer reduzierbare Treibhausgasemissionen. Technische Lösungen marktreif zu machen, ist eine große, aber nicht aussichtslose Herausforderung.

Von Nadia Mondini

Schauen Sie sich mal um: Wie viele Dinge sehen Sie, die aus Stahl, Zement oder Kunststoff bestehen? Die Wand vor Ihnen, die Decke über Ihnen, Ihr Fernseher, Ihr Auto – selbst das Waschmittel, nach dem Ihr T-Shirt riecht, enthält mit großer Wahrscheinlichkeit eine Menge Plastik.

Stahl, Zement und erdölbasierte Kunststoffe gehören zu einer Reihe von Grundstoffen, die drei Dinge gemeinsam haben: Erstens erfüllen sie essenzielle Funktionen, die aus der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts praktisch nicht wegzudenken sind, und werden in entsprechend gigantischen Mengen produziert und konsumiert. So ist Zement nach Wasser der am zweitmeisten verbrauchte Stoff der Welt, und aufgrund wachsender Urbanisierung erwartet man, dass sein Konsum bis 2050 nochmals um 45 Prozent steigen wird.

Zweitens verursacht die Herstellung dieser Grundstoffe extrem hohe Mengen an Treibhausgasemissionen, nämlich ungefähr ein Drittel der gesamten weltweiten Emissionsbelastung; die globale Stahlproduktion allein verursacht 7 Prozent davon, die Zementproduktion 6 Prozent.

Drittens ist es äußerst schwierig, diese Emissionen zu reduzieren. Viele der betreffenden Produktionsprozesse können nicht oder nur teilweise elektrifiziert werden, beispielsweise weil sie sehr hohe Temperaturen erfordern, die elektrisch bisher kaum erreichbar sind. Andere Prozesse verwenden fossile Brennstoffe als chemisches Ausgangsmaterial, das ebenfalls schwer zu ersetzen ist – nicht unmöglich, wie das Beispiel von Bioplastik zeigt, aber lieferkettentechnisch sehr kompliziert.

Aus diesen Gründen werden solche Industriezweige als „hard to abate“ bezeichnet – schwer zu reduzieren. „Hard to abate“ sind auch verschiedene Formen der Mobilität und des Transports: Im Luftverkehr, im Straßengüterverkehr und in der Schifffahrt entstehen ebenfalls hohe Emissionen, die schwer zu reduzieren sind, weil die Verwendung von Elektromotoren nicht tragbar ist. Der einzige Weg, um die Emissionen aus „hard-to-abate sectors“ in dem Maße zu reduzieren, wie es nötig ist, sind Technologien, die die jeweiligen Prozesse so verändern, dass weniger – streng genommen keine – Treibhausgase ausgestoßen werden. Solche Technologien gibt es bereits und neue werden laufend entwickelt: alternative Herstellungsverfahren, neue Motoren.

Problem gelöst? Leider nein. Einerseits befinden sich die meisten dieser Technologien erst in ihrer Entwicklungs- oder Erprobungsphase, weit entfernt von einer kommerziellen Anwendung. Solche Prozesse dauern Jahre und sind sehr teuer. Andererseits basieren viele dieser Technologien auf der Verwendung von grünem Wasserstoff, ein mit Wasser und erneuerbarer Energie (und daher emissionsfrei) hergestelltes Gas, das auf vielfältige Weise fossile Brennstoffe ersetzen kann.

Grüner Wasserstoff kann sehr hohe Temperaturen erzeugen, Substanzen fossilen Ursprungs als chemischen Ausgangsstoff ersetzen oder zu Treibstoffen weiterverarbeitet werden, durch deren Verwendung Transportemissionen gegen null reduziert werden können. Grüner Wasserstoff ist in seiner Herstellung sehr aufwändig und ineffizient – wird heute allerdings als der einzige Weg gesehen, wie Emissionen aus vielen „hard-to-abate sectors" reduziert werden können. Deshalb werden sehr hohe Mengen davon benötigt: laut Internationaler Energieagentur bis 2050 jährlich 530 Millionen Tonnen.

Davon wird heute allerdings erst ein Bruchteil hergestellt. Dies hat drei Hauptgründe: Erstens ist die Elektrolyse – die Technologie, durch die grüner Wasserstoff hergestellt wird – auch noch nicht marktreif. Das führt dazu, dass Banken und andere Investoren die Wasserstoffproduktion noch nicht im benötigten Maße finanzieren.

Zweitens erfordern die Speicherung und der Transport von Wasserstoff einen sehr teuren Infrastrukturausbau. Es werden Pipelines benötigt, Hafeninfrastruktur und Konversionstechnologie (Wasserstoff muss zum Transport komprimiert, verflüssigt oder zu anderen Stoffen weiterverarbeitet werden).

Drittens sind Produkte, die mithilfe von grünem Wasserstoff hergestellt wurden, bedeutend teurer als herkömmliche. Grüner Stahl ist für Abnehmer 25 bis 50 Prozent teurer als das herkömmliche, mit Kohle hergestellte Produkt. Dies reduziert Anreize für die Produktion und verlangsamt die Entwicklung eines Marktes.

All diese Faktoren zeigen, wie die Dekarbonisierung von „hard-to-abate sectors" von der Etablierung eines ganz neuen Industriezweigs abhängt – ähnlich wie dies vor rund 20 Jahren bei erneuerbaren Energien der Fall war. Ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt, das koordiniertes Handeln vieler Akteure voraussetzt: politische Richtlinien, öffentliche Finanzmittel, Engagement verschiedener Branchen der Privatwirtschaft, Einbezug der Zivilgesellschaft, globale Koordination.

Die Rolle von Vorreiterländern

Pioniere im Vorantreiben dieses Großprojekts sind Länder, die vergleichsweise günstige Bedingungen für Wasserstoffproduktion aufweisen. Ein spannendes Beispiel dafür ist Chile. Das südamerikanische Land kann, dank exzellentem Wind- und Sonnenkraftpotenzial, besonders kosteneffizient grünen Wasserstoff herstellen. Chile hat eine ambitionierte Strategie erarbeitet, mit der es eine Vorreiterrolle in der Wasserstoffproduktion erreichen will. Die Strategie hat ein aufwändiges „proyecto de país" ins Leben gerufen – ein nationales Projekt mit gesamtgesellschaftlich geteilter Verantwortung. Politische Richtlinien werden geschaffen, Projekte aus der Privatwirtschaft entwickelt und unterstützt, Wissen aufgebaut und lokale Bedürfnisse berücksichtigt – eine politische und finanzielle Investition, die eine Technologie voranbringen kann, die für das globale Netto-Null-Ziel essenziell ist. Und zwar nicht nur, weil in Chile produzierter Wasserstoff eines Tages neben der nationalen Kupferförderung auch die Stahlproduktion in Europa dekarbonisieren helfen könnte – auf dem Weg dahin generierte Erfahrungen können auch helfen, Wasserstofftechnologien global marktfähig zu machen.

Die Dekarbonisierung von „hard-to-abate sectors" ist ein nationales Großprojekt

„Hard-to-abate sectors“ zu dekarbonisieren, ist nicht unmöglich. Es gibt einen Trend in die richtige Richtung: ambitionierte öffentliche Finanzierungssysteme, bahnbrechende öffentlich-private Pilotprojekte. Allerdings zeigt das Unterfangen auch in all seiner Härte die extrem hohe Komplexität des Klimaschutzes: Kein einzelner Ansatz, keine Akteursgruppe kann das Problem allein aus der Welt schaffen. Klimaschutz ist ein „proyecto de planeta“ mit vielen komplexen Einzelteilen. • •

Nadia Mondini beschäftigte sich mit Finanzierungsmechanismen für die Dekarbonisierung von „hard-to-abate sectors“ sowie mit öffentlich-privatem Investment in grünen Wasserstoff.

Emissionen schneller senken

Um kurzfristig die CO_2-Emissionen schneller zu reduzieren, sollte der Wissenstransfer bewährter Maßnahmen für nachhaltige Produktion und Recycling verstärkt gefördert werden.

Von Lukas Gast

Zwischen 1990 und 2020 hat sich die jährliche globale Produktionsmenge von energieintensiven Materialien wie Zement, Stahl und Aluminium fast verdreifacht. Sie sind die Basis für Infrastruktur sowie Produktions- und Konsumgüter und tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Aufgrund der hohen energie- und prozessbedingten Emissionen sind diese Industrieprozesse für knapp ein Viertel der globalen CO2-Emissionen verantwortlich.

Nach Darstellung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist das Erreichen der Treibhausgasneutralität bis 2050 möglich, aber eine Herausforderung. Gegenwärtige Strategien zur Reduktion der Emissionen aus der Industrie nutzen neuartige Produktionsrouten, zum Beispiel auf der Basis von Strom aus erneuerbaren Energien und Wasserstoff sowie Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO2. Diese Ansätze wurden bei der Klimakonferenz COP27 in Ägypten vorgestellt und diskutiert. Mit Elektrolyse erzeugter Wasserstoff macht derzeit jedoch weniger als 0,1 Prozent der Produktionsmenge aus, und die Menge an jährlich mit Carbon Capture and Storage (CCS) gespeicherten CO2-Emissionen beträgt ebenfalls nur rund 0,1 Prozent der globalen CO2-Emissionen. Diese Technologien sind unter aktuellen Marktbedingungen noch nicht wettbewerbsfähig, und für die Produktion sind große Investitionen in neue Anlagen notwendig.

Deshalb: Welche kurzfristigen Möglichkeiten gibt es, um innerhalb der nächsten zehn Jahre die Emissionen aus der energieintensiven Industrie signifikant zu reduzieren? Der IPCC-Bericht nennt die Verringerung des Materialbedarfs, die Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung von Nebenprodukten und besseres Recycling. Diese Strategien benötigen keine neuartigen Ressourcen oder Technologien und können mit verfügbarem Wissen und Technologien vergleichsweise schnell implementiert werden.

Best Practice fördern

Derzeit steht die Unterstützung des Wissensaustauschs nicht im Fokus der Klimaaußenpolitik. Wie könnte man die bestehenden Mechanismen stärken und fördern? Es gibt vielversprechende Ansätze für Kooperationen und Transfer von Best Practice auf globaler und auf europäischer Ebene. Dazu zwei Beispiele:

Die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) setzt sich für die Industrialisierung von Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Sie unterstützt den Austausch zwischen Ländern und die koordinierte Entwicklung von industriellen Parks. Das Programm für „Eco-Industrial Parks" ist ein zentrales Instrument, um Technologie- und Wissenstransfer zu etablierten Technologien zur Emissionsvermeidung und CO2-Emissionsreduktion zu unterstützen. Das Programm läuft seit über 20 Jahren mit Erfolg, jedoch sind die meisten Produktionsparks weltweit nicht Teil dieser freiwilligen Initiative. Hier besteht Potenzial, kurzfristig Partizipation und Austausch zu fördern: Ansatzpunkt ist die schnelle Verbesserung der bestehenden emissionsintensiven und ineffizienten Anlagen.

Seit geraumer Zeit sind einige Staaten mit ambitionierten Klimaschutzprogrammen – wie Kanada, die USA, Frankreich und Großbritannien – keine UNIDO-Mitglieder mehr. Dabei wäre die Unterstützung dieser Länder von großer Bedeutung und deren erneute Mitgliedschaft könnte einen Beitrag zur Emissionsreduktion leisten.

Bestehende Programme zum technischen Wissenstransfer finden bislang aber nur wenig Aufmerksamkeit

Auf europäischer Ebene gibt es seit einigen Jahrzehnten einen strukturierten Mechanismus für den Wissenstransfer: Als Sevilla-Prozess wird das Verfahren der EU-Kommission bezeichnet, das in der „Industrial Emissions Directive" festgelegt ist. Dazu gehören ein regelmäßiger Austausch und die Sammlung der „Besten Verfügbaren Technologien" (BVT). In einem umfassenden Stakeholder-Prozess werden diese zusammengeführt, diskutiert und dann eine rechtlich verbindliche „BVT-Schlussfolgerung" entwickelt und veröffentlicht. In der EU müssen Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraums einen darin beschriebenen Stand der Technik erreichen, um genehmigt zu werden.

Die „Industrial Emissions Directive" wird derzeit überarbeitet, damit die Ziele des „Green Deal" und des „Zero Pollution Action Plan" stärker berücksichtigt werden. Im Entwurf vom Frühjahr 2023 sind neben einer Erweiterung der BVT auf Energieeffizienzmaßnahmen auch der Aufbau eines Innovationszentrums für industrielle Transformation und Emissionen vorgesehen. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Wissensmanagement für die treibhausgasneutrale industrielle Produktion und könnte ein Ausgangspunkt für weitere Kooperationen auf internationaler Ebene sein. Die BVT und die darin beschriebenen anlagenspezifischen Referenzwerte nutzen derzeit vor allem Genehmigungsbehörden.

Die BVT-Dokumente werden alle sieben bis zehn Jahre aktualisiert. Hier gibt es also Potenzial, die Entwicklung und Bereitstellung der Informationen zu beschleunigen, um auch die neuen Technologien und Verfahren schneller zu berücksichtigen und das Wissen um die Technologien schneller institutionell zu verankern. Der Begriff „Beste Verfügbare Technologien" wird auch in anderen

Dokumenten verwendet, etwa bei der Entscheidung für neue Projekte von Entwicklungsbanken. Eine Verzahnung des BVT-Mechanismus mit Projekten für neue Investitionen könnte hilfreich sein, um Synergien zu nutzen und den administrativen Aufwand auf Seiten der Unternehmen zu reduzieren.

Damit die Ziele der Treibhausgasneutralität langfristig erreicht werden, sind hohe Investitionen notwendig. Für die Reduktion der Gesamtemissionen und das Einhalten der CO2-Budgets ist aber auch die kurzfristige Reduktion nötig. Bestehende Programme zum technischen Wissenstransfer finden bislang nur wenig Aufmerksamkeit; dabei könnten sie einen sehr großen Beitrag leisten. Daher sollte bei der nächsten COP ein Schwerpunkt auf die kurzfristigen Handlungsmöglichkeiten gesetzt und Projekte zur Dokumentation und zum Austausch der Best Practice priorisiert werden. • •

Lukas Gast arbeitete zu Dekarbonisierung, grünem Wasserstoff und Sustainable Finance in Projekten bei der UNIDO und der Europäischen Kommission.

Schutzschirme für Klimarisiken

Die Anpassung an den Klimawandel ist für die kleinbäuerliche Landwirtschaft mit riesigen Anstrengungen verbunden. Eine Klimarisikoversicherung kann dabei wertvolle Unterstützung leisten.

Von Lukas Edbauer

Um zu lernen, wie eine nachhaltige und resiliente Landwirtschaft aussehen kann, bin ich Anfang Oktober 2022 mit Nengah Sumerta und Agung Wedhatama in der Bergregion der vulkanisch geprägten Insel Bali in Indonesien verabredet. Die beiden Landwirte sind Mitbegründer der Organisation „Petani Muda Keren", einem Zusammenschluss von etwa 40 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf Bali, die mit Hilfe innovativer Ansätze Gemüse und Obst anbauen und vermarkten. Sie haben mich zu einer Veranstaltung eingeladen, auf der sie ihren Vorzeigebetrieb für klimasmarte Landwirtschaft im Dorf Gobleg einer Gruppe von Landwirt*innen von der Nachbarinsel Sulawesi vorstellen und mit ihnen über die Zukunft der Landwirtschaft diskutieren.

Auch wenn die Landwirtschaft nicht mehr Hauptwirtschaftszweig Indonesiens ist, arbeiten heute immer noch etwa 30 Prozent der Bevölkerung in diesem Sektor. Gut die Hälfte davon lebt von Flächen, die kleiner sind als zwei Hektar. Um mit wenig Wasser und Arbeitskraft gut wirtschaften zu können, hat die Gruppe in Bali ein innovatives System entwickelt: Eine App und solargesteuerte Bewässerung helfen, den Düngemittel- und Wasserbedarf zu regeln und die Produkte zu vermarkten.

Ihr System, so rechnen sie den Besuchern aus Sulawesi vor, spart durch die Solarzelle das Benzin für die Wasserpumpen. Dadurch reduzieren sich die Bewässerungskosten monatlich auf ein Zehntel und der jährliche Wasserbedarf um bis zu

80 Prozent; die Investitionskosten amortisieren sich bereits nach zwei bis drei Ernten. Durch den Anbau von möglichst vielen Kulturen auf kleinen Flächen, den Einsatz niedrigschwelliger Technologien und die gemeinsame Vermarktung der Produkte gelang es der Gruppe aus Bali, attraktive Perspektiven zu schaffen und vor allem auch junge Erwachsene wieder für die Landwirtschaft zu begeistern.

Als es in Strömen zu regnen beginnt, muss die Veranstaltung in dem festlich geschmückten Pavillon unterbrochen werden. Die Regenzeit hat dieses Jahr zwei Monate früher begonnen, erzählt Nengah Sumerta. Manchmal stehen seine Anbauflächen tagelang unter Wasser, deshalb bräuchte er eigentlich teure Gewächshäuser. Klimawandel bedeutet für ihn, dass es trotz des innovativen Systems schwer ist, die Versorgung der fünf Krankenhäuser, die er mit seinem Obst und Gemüse beliefert, kontinuierlich zu gewährleisten. Diversifizierung des Anbaus, solargesteuerte Bewässerung und bodenaufbauende Maßnahmen helfen ihm wenig, wenn langanhaltender Starkregen oder längere Dürreperioden die Ernten reduzieren.

Die Klimakrise ist eine enorme Herausforderung für die Landwirtschaft. Um Ernährungssicherheit und Entwicklungsfortschritte bei immer häufigeren und intensiveren Naturgefahren und starkem globalen Bevölkerungswachstum sichern zu können, muss dringend für mehr Resilienz gesorgt werden. Die 2023 durch die Vereinten Nationen ausgerufene Hungerkrise macht das deutlich – aktuell leiden laut Welternährungsprogramm doppelt so viele Menschen wie 2020 an Hunger. Neben der Covid-19-Pandemie führen auch globale Krisen wie der Krieg in der Ukraine dazu, dass Lieferketten massiv gestört und Lebensmittel so teuer sind.

Um Ernährungssicherheit und Entwicklungsfortschritte zu erreichen, braucht es dringend mehr Resilienz

Für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die weltweit fast 80 Prozent aller Lebensmittel erzeugen, sind die Risiken durch den Klimawandel existenziell. In Krisenzeiten sind Familien in der Landwirtschaft oft gezwungen, ihr Essen durch den Verkauf von Nutztieren, durch Arbeitsmigration von Frauen in die Stadt, aber auch durch die Mitarbeit von Schulkindern, die dann im Unterricht fehlen, zu gewährleisten. Langfristig führen diese negativen Bewältigungsstrategien oft dazu, dass der Betrieb nicht mehr rentabel ist und aufgegeben werden muss.

Klimarisikoversicherungen

Für nicht zu verhindernde Auswirkungen durch den Klimawandel (Schäden und Verluste genannt) gelten Klimarisikoversicherungen als innovative Lösungen. Durch im Bedarfsfall unmittelbare Auszahlung stellen sie ein gewisses Sicherheitsnetz und eine Rückfallebene vor Armut dar. Im Gegensatz zu traditionellen Versicherungen wird der Auslöser hier direkt an Wetterdaten oder an per Satellit automatisch erkannte Ernteverluste geknüpft. Dadurch kann die Auszahlung ohne langwierige Überprüfung erfolgen und direkt für finanzielle Unterstützung sorgen.

Das Welternährungsprogramm schützt nahezu vier Millionen Menschen in 21 Ländern durch Klimarisikoversicherungen. Neben Mikroversicherungen für Kleinbauern werden dabei auch Versicherungen abgeschlossen, die auf nationaler Ebene schnelle Katastrophenhilfe ermöglichen und teilweise an bestehende

Sozialsysteme geknüpft werden oder das UN-eigene Hilfsnetzwerk finanzieren. Dabei wird die Summe, die in Versicherungen investiert wird, im Auszahlungsfall verfünf- bis verzehnfacht. Diese Auszahlungen reichen meist nicht aus, um Schäden voll auszugleichen oder umfassende Hilfsleistungen zu finanzieren. Aber sie reichen aus, damit Familien Nahrung kaufen oder eine neue Aussaat finanzieren können. So werden negative Bewältigungsstrategien verhindert und Menschen darin bestärkt, zukunftsorientierte Investitionen zu tätigen, da sie durch die Versicherung weniger Geld für Notfälle zurücklegen müssen.

Die Umstellung auf klimasmarte Praktiken geht kurzfristig oft mit finanziellen Einbußen für die Betriebe einher. Zwar ist traditionelles Saatgut häufig robuster und der Verzicht auf industrielle Düngemittel biodiversitätsfreundlicher und langfristig besser für die Böden, aber das bedeutet auch geringere Erträge und Einnahmen. Deshalb können Klimarisikoversicherungen Familien dabei unterstützen, auf resiliente Praktiken umzustellen.

Damit diese Versicherungen für jene Länder und Menschen, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, zugänglich gemacht werden, müssen sie in eine ganzheitliche Strategie für eine langfristige und vorausschauende Katastrophenvorsorge und Klimaanpassung integriert werden. Global gesehen bekommt dieser Bereich im Vergleich zum Klimaschutz noch viel zu wenig Aufmerksamkeit; und die Mobilisierung von Finanzmitteln für langfristige und vorausschauende Katastrophenvorsorge ist nicht einfach.

„Der globale Schutzschirm“ ist ein neuer Fonds für Klimarisiken, aufgesetzt von den V20- und G7-Staaten

Mehr Finanzmittel bereitstellen

Dennoch können wir optimistisch sein. Neben der steigenden Anerkennung der Wichtigkeit dieses Themas im Privatsektor wird auch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen genau darüber diskutiert: Wie schließen wir die massive Finanzierungslücke für Klimaanpassung, und wie können die Verursacher*innen des Klimawandels für Schäden und Verluste aufkommen?

Große Hoffnung wird seitens des Welternährungsprogramms auf den neuen Fonds für Klimarisiken „Der globale Schutzschirm“ gesetzt. Dieser wurde 2022 von den 20 vulnerabelsten Ländern (V20) zusammen mit den G7-Staaten ins Leben gerufen und wird derzeit ans Laufen gebracht. Wenn es gelingt, eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung durch verursachende reiche Länder und Unternehmen sicherzustellen, könnten Klimarisikoversicherungen ein zentrales Instrument im Umgang mit Schäden und Verlusten durch den Klimawandel sein.

Für Menschen weltweit und vor allem für Kleinbauern wie Nengah Sumerta auf Bali, die besonders stark von Extremwetterereignissen betroffen sind, ist es wichtig, bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt zu werden. Versicherungen können dabei nur ein Teil der Lösung sein. Für eine klimaresiliente und nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft stellen sie aber wirkungsvolle Schutzschirme dar, die uns auf dem Weg der Transformation zu einer wünschenswerten Zukunft für Natur und Mensch unterstützen können. • •

Lukas Edbauer beschäftigte sich während seines Kolleg-Jahres mit innovativen Ansätzen für Klimaanpassung und Resilienz.

Privates Kapital für UN-Ziele

Staatliche Entwicklungsfinanzierung allein reicht nicht aus, sie kann im Rahmen des „Blended Finance"-Ansatzes aber Risiken ausgleichen und so zusätzliche Gelder von privaten Investoren mobilisieren.

Von Timothy Randall

Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen drohen an unzureichender Finanzierung zu scheitern. UN-Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich vier Billionen Dollar fehlen, um die Agenda 2030 umzusetzen. Besonders für Entwicklungsländer ist dies ein Hemmnis für ökonomischen Fortschritt.

Diese Lage trifft auf den wachsenden Investitionsbedarf für die Bekämpfung des Klimawandels. Bislang erreichen nur Bruchteile der globalen Klimafinanzierungsströme Entwicklungsländer, obwohl diese mittlerweile mehr als 60 Prozent der Emissionen verursachen und eine höhere Vulnerabilität aufweisen. Eine dauerhafte Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung durch Geberstaaten liegt auf den ersten Blick zwar nahe, um ein Verfehlen der SDGs doch noch zu verhindern, sie scheint wegen Inflation und Energiepreiskrise, budgetärer Engpässe und drohender Rezession kurzfristig jedoch unrealistisch. Setzt man die SDG-Finanzierungslücke ins Verhältnis zur 2022 offiziell geleisteten Entwicklungshilfe durch die OECD-Staaten, zeigt sich, dass es einer etwa 20-fachen Erhöhung der Gelder bedürfte, um die Lücke zu schließen. Diese Tatsache verdeutlicht, dass selbst unter günstigsten Bedingungen die Mobilisierung privaten Kapitals unvermeidlich ist, um ein Scheitern der Agenda 2030 zu verhindern.

In Foren wie den G20, den UN-Institutionen, der OECD oder multilateralen Entwicklungsbanken wird „Blended Finance" als probates Mittel gesehen, um Finanzierungslücken durch die Mobilisierung privaten Kapitals zu überbrücken. Aber private Kapitalflüsse in Länder mit niedrigen oder mittleren Einkommen werden oft durch die ungünstige Risikowahrnehmung privater Investoren gehemmt – zum Beispiel im Hinblick auf Währungsrisiken, unzureichenden Schutz von Investoren oder mangelnde Durchsetzung von Eigentumsrechten.

Blended Finance ist ein Ansatz, bei dem öffentliches (oder philanthropisches) Entwicklungskapital bestimmte Risiken ausgleicht und strategisch mit privatem Kapital kombiniert wird. Dem „katalytischen" Entwicklungskapital kommt in Blended-Finance-Transaktionen dabei die Aufgabe zu, das Risikoprofil einer Transaktion so zu verändern, dass der erwartete Return on Investment kommerzielle Investoren dazu anreizt, in Entwicklungsländer zu investieren. Dadurch wird Kapital mobilisiert, das unter anderen Umständen nicht verfügbar gewesen wäre.

Als konkretes Beispiel kann ich hier einen Windpark in Laos anführen, der anteilig sowohl durch die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) als auch durch kommerzielle Investoren finanziert wird. Unter Zuhilfenahme von Blended Finance wurde eine Projektfinanzierung für den 600-Megawatt-Windpark abgeschlossen; der von 133 Windturbinen erzeugte Strom

soll an das benachbarte Vietnam verkauft werden. Dieses Projekt wird der erste Windpark in Laos, der größte in Südostasien und das erste länderübergreifende Windenergieprojekt in Asien.

Eine versteckte Subvention?

Zur Strukturierung eines Blended-Finance-Projekts stehen verschiedene Finanzierungsinstrumente zur Verfügung, die zu konzessionären, also günstiger als zu marktüblichen Bedingungen angeboten werden. Am häufigsten kommen Darlehen zum Einsatz: Sie können subordiniert, also untergeordnet werden, einen geringeren Zinssatz oder eine längere Laufzeit aufweisen. Eigenkapitalinvestitionen (equity) kommen seltener zum Einsatz: Equity-Entwicklungskapital nimmt risikoreichere „Junior"-Positionen ein, kommerziellem Kapital sind die risikoärmeren Tranchen vorbehalten. Garantien, also versicherungsähnliche Instrumente, die Anleger vor festgelegten Risiken schützen, kommen auch häufig zum Einsatz.

Der Erfolg von Blended Finance bemisst sich an der Fähigkeit, Additionalität – also den durch die Intervention zusätzlich erzielten finanziellen und entwicklungsökonomischen Effekt – zu maximieren, während Konzessionalität minimiert wird, das Entwicklungskapital also nah an Marktkonditionen angeboten wird. Im Prinzip handelt es sich bei Blended Finance um eine Subvention des Privatsektors, auch wenn das selten so benannt wird.

Konzessionäre Instrumente lassen sich in sogenannte Subventionsäquivalente umrechnen. Durch öffentliche Institutionen wie Entwicklungsbanken durchgeführt, handelt es sich bei Blended Finance also quasi um Staatseingriffe. Die volkswirtschaftliche Theorie liefert zwei Anhaltspunkte, die dies rechtfertigen.

Blended Finance kann als Staatseingriff bezeichnet werden, der oft wünschenswert und gerechtfertigt ist

Erstens Externalitäten: Ohne einen globalen CO_2-Preis werden Auswirkungen von Treibhausgasen auf Dritte in Preisen nicht berücksichtigt, zum Beispiel bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe für die Energieerzeugung. So rechtfertigt die Unvollständigkeit der Preise, ein Marktversagen, die Unterstützung regenerativer Energieerzeugung durch Blended Finance.

Zweitens Informationsasymmetrien: Private Investoren haben nur unzureichende Kenntnisse über lokale Marktbedingungen oder rechtliche und politische Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern. Dies kann zu einer Überschätzung von Investitionsrisiken führen. Deshalb kann Blended Finance „Pioniertransaktionen" ermöglichen, die längerfristig zu einem Abbau von Informationsasymmetrien beitragen.

Warum ist Blended Finance aus entwicklungsökonomischer Sicht überhaupt wünschenswert? Die Logik ist wie folgt: Eine Erhöhung privater Investitionen führt zu gesteigerter Kapitalakkumulation, was die Arbeitsproduktivität erhöht. Dies schlägt sich in steigenden Reallöhnen und Wirtschaftswachstum nieder, wodurch auf lange Sicht Armut bekämpft wird.

In sogenannten Middle-Income Countries wird es durch die Entwicklung lokaler Kapitalmärkte jedoch schwieriger werden, einen zusätzlichen finanziellen Beitrag zu leisten, der ohne Blended-Finance-Intervention ausgeblieben wäre. Hier kann es lohnend sein, wenn Blended Finance sich auf risikoreichere, unterfinanzierte Transaktionen des Privatsektors konzentriert, die technischen Fortschritt fördern.

Im Entwicklungsdiskurs gilt die stärkere Einbindung des Privatsektors und insbesondere privater Investoren als unausweichlich, um in Schwellenländern die Anpassung an den Klimawandel zu erreichen. Ajay Banga, der neue Präsident der Weltbank, hat die Mobilisierung privater Investoren als Ziel ausgegeben. Ohne Frage wird die Bedeutung von Blended Finance in den kommenden Jahren weiter steigen. • •

Timothy Randall hat während des Kollegs zur Mobilisierung privater Klimafinanzierung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Blended Finance gearbeitet.

Digitale Zahlungssysteme

Krypto-Assets wie Bitcoin werden nicht nur für finanzielle Transaktionen eingesetzt, sondern bedienen auch politische Interessen. Deshalb braucht es endlich Regulierungen für Transparenz und Stabilität.

Von Julian Barazi

Die Debatte über digitale Assets, insbesondere über Krypto-Assets, ist stark polarisiert – mit viel Eifer auf der Seite der Verfechter sowie mit Skepsis, aber auch Verwunderung auf der Gegenseite. Beide Positionen haben wenig Verständnis füreinander und tauschen sich kaum aus. Mit den Risiken der zugrunde liegenden Systeme sollten sich jedoch alle beschäftigen: mit den Auswirkungen auf andere Zahlungssysteme und Finanzstabilität sowie mit den Gefahren für eigene Investitionen.

2022 gab es zwei große Skandale: Die Krypto-Assets Terra Luna sowie die der Plattform FTX und ihrer Trading-Firma Alameda Research kollabierten. Laut Caroline Ellison, vormals Chefin von Alameda Research, waren beide Vorgänge geprägt von Missmanagement, fehlendem Verständnis und auch Betrug.

China hat Krypto-Assets verboten, weil es befürchtet, dass an den Kapitalkontrollen vorbei Gelder aus dem Land geschafft würden. Kapitalkontrollen sind ein wichtiges Instrument, um die Wechselkurse der heimischen Währung und die Zinspolitik im Griff zu haben. Doch während die meisten Regierungen Vorteile im freien Kapitalverkehr sehen, sind Assets, die unkontrollierten Kapitalabfluss ermöglichen, für Staaten wie China eine Gefahr.

Schauen wir uns folgendes Beispiel an: Bitcoin ist das Krypto-Asset mit dem größten Volumen beziehungsweise der größten Marktkapitalisierung. Um eine Bitcoin-Transaktion von einem Wallet (Konto) auf ein anderes durchzuführen, muss die Mehrheit der mit dem Bitcoin-System verbundenen Computer diese bestätigen. Durch diese Struktur kann eine Lücke entstehen, und eine Regierung oder Firma, die über gigantische Rechenleistung verfügte, könnte das Bitcoin-System beenden.

Um Kapitalflucht zu verhindern, wäre dies wohl effektiver als ein Verbot. Und es wäre eine Machtdemonstration: Der Staat würde beweisen, dass er ein System mit einer Marktkapitalisierung von rund 500 Milliarden Euro zerschlagen kann. Dies wäre auch nicht illegal, da es entspre-

chende Regulierungen oder Gesetze kaum gibt. Ein solcher staatlicher Angriff würde wie folgt funktionieren: Man benötigte einen Computer mit der Rechenleistung von mehr als der Hälfte des Bitcoin-Netzwerks (und dafür ungefähr so viel Energie wie Argentinien). Dieser würde mit dem Bitcoin-Netzwerk verbunden und Transaktionen validieren, die nie stattgefunden haben. Da der Computer die Mehrheit der Rechenkraft kontrolliert, kann er diese Transaktionen validieren, die dann vom gesamten System als legitim angesehen würden. Mit der so geschädigten Blockchain ist es sehr wahrscheinlich, dass der Wert von Bitcoins und die Marktkapitalisierung schnell bei null wären, da alle Bitcoins von diesem Computer ohne Zustimmung der Eigentümer transferiert werden könnten.

Neue Instrumente für mehr Effizienz

Dies mag sich nach einer Mischung aus Science-Fiction und Finanz-Alchemie anhören, doch die Technologie gibt es bereits, auch wenn es sehr teuer wäre, eine solche Rechenleistung aufzubringen. Ein Durchbruch in der Rechenleistungsentwicklung könnte von Staaten auch zur politischen Konfrontation genutzt werden, denn die Cybersphäre ist ein Schlachtfeld großer Mächte. So wie Nationen Waffen testen um zu beweisen, dass sie sie besitzen, könnte eine solche Machtdemonstration auch mit dem Bitcoin-System durchgeführt werden.

Viele Zentralbanken, unter ihnen auch die chinesische Notenbank, planen die Einführung von digitalem Zentralbankgeld. Digitales Zentralbankgeld ist kein Krypto-Asset wie Bitcoin, sondern eine von der Zentralbank ausgestellte digitale Währung, deren Wert sie garantiert. Das kann Vorteile für Menschen ohne Zugang zu Banken bieten, für geringere Kosten bei Überweisungen aus dem Ausland sorgen und programmierbare Verträge leichter ermöglichen. Auch in der EU wird an einem digitalen Euro gearbeitet, primär aus Überlegungen der Zahlungssystemeffizienz und der Förderung von Innovationen.

Einige Experten meinen, bei dem chinesischen Zentralbankgeld ginge es vor allem um Kontrolle. Manche Länder ziehen in ihren digitalen Währungsüberlegungen sogar Krypto-Assets mit ein: Die brasilianische Notenbank diskutiert ein Modell, für das tokenisierte Assets wichtig wären. Das sind Assets, bei denen eine Tranche von einer Geldeinlage auf einem Konto gehandelt wird, die von Finanzinstitutionen ausgestellt werden können. Praktisch sind dies Stablecoins, also Krypto-Assets, deren Wert stabil ist, da sie durch Einlagen von echtem Geld gedeckt sind. Damit wären tokenisierte Assets fast wie eine offizielle Währung. Solche Assets können dann als Bindeglied zu sonstigen Krypto-Assets wie Bitcoin fungieren.

So verschwimmen die Grenzen zwischen Krypto-Sphäre und regulärem Zahlungssystem und es wächst ein geldpolitisches Interesse an Regulierungen für Stabilität, Transparenz und Effizienz im Krypto-System. Sollte dies gelingen, könnte es zu einem effizienteren, innovativeren und inklusiveren Finanzsystem führen.

Das politische Interesse an digitalen Vermögenswerten ist abhängig von der Art der Assets und der Haltung der einzelnen Länder. So ist in El Salvador Bitcoin offizielles Zahlungsmittel, während China Krypto-Währungen verbietet und Brasilien fasziniert technische Aspekte diskutiert und die Integrierbarkeit ins reguläre Währungssystem prüft. Ebenfalls denkbar ist eine Ausweitung geopolitischer Konflikte auf die digitale Asset-Sphäre. • •

Julian Barazi arbeitete während seines Kolleg-Jahres bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu Krypto-Kapitalflüssen.

Klima und Zukunft

Die systemischen Rahmenbedingungen transformieren: für mehr soziale Gerechtigkeit und die Bewältigung der politischen Herausforderungen.

Von Bea Albermann, Michelle Benzing, Erik Schnetzler, Mediha Inan, Ferechta Paiwand und Manuel Widmann

Planetary Health für alle

*Zu Risiken und Nebenwirkungen des Status quo lesen Sie diesen Text, fragen Sie Gesundheitsexpert*innen und setzen Sie sich aktiv für systemische Transformation hin zu einer wünschenswerten Zukunft ein.*

Von Bea Albermann

Wir leben in Zeiten von systemischen Krisen. Als Ärztin stelle ich mir das wie ein Polytrauma vor: ziemlich kompliziert, niemand hat den Überblick, es gibt keine perfekte Lösung und trotzdem muss alles getan werden – es geht schließlich um Leben und Tod. Beim Status quo ist das ähnlich. Nur handelt es sich hier nicht um gebrochene Knochen, offene Wunden oder Multiorganversagen. Nein, die Polykrise des Status quo, in der wir leben, besteht aus Klimakrise, Artensterben, Umweltverschmutzung, Energiekrise, Lebensmittelkrise, Wasserknappheit, psychischem Stress mit Burn-out-Epidemie, Armut, Kriegen und bewaffneten Konflikten. All diese Krisen bedrohen die menschliche Gesundheit; in der Forschung wird das unter Planetary Health zusammengefasst.

Wenn ein Patient mit einem Polytrauma in die Notaufnahme eingeliefert wird, führen wir Untersuchungen durch, um eine Diagnose zu stellen. Dies hilft uns zu verstehen, wie ernst die Lage ist. Wie dringend besteht also Handlungsbedarf im Fall unserer politischen Polykrise? Und wie sieht die richtige Therapie aus? Erfreulicherweise können wir auf eine ausführliche Anamnese verzichten, da der Verlauf der Beschwerden präzise dokumentiert wurde – siehe IPCC-Bericht oder „Lancet Countdown on Climate Change and Health“. Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die menschliche Gesundheit: Die aktuelle Erderhitzung von 1,2 °C fordert Leben; laut Lancet sogar mehrere Millionen jährlich, Tendenz steigend – durch direkte Auswirkungen von Hitzewellen, Überschwemmungen, Waldbränden, Auftauen des Permafrosts, aber auch indirekt durch Treiber der Klimakrise wie Luftverschmutzung, eine fleischbasierte, unausgewogene Ernährung, Bewegungsmangel und einen sessilen Lebensstil, der sich hauptsächlich um Erwerbsarbeit dreht. All das schadet uns und macht viele krank.

Kranke Menschen sowie die Zerstörung von Infrastruktur und Ökosystemen kosten die Gesellschaft viel Geld. Allein 2021 wurde in Europa ein wirtschaftlicher Verlust von 48 Milliarden Euro aufgrund von Extremwetterereignissen verzeichnet. Wenn Regierungen und Wirtschaft mit gleichbleibender Langsamkeit Klimaschutz betreiben, zerstören sie unsere Lebensgrundlage in rasanter Geschwindigkeit.

Eine Reaktion, die wir in der nationalen und internationalen Klima- und Gesundheitspolitik häufig beobachten, wird auf Schweizerdeutsch als „Pflästerli-Politik“ bezeichnet: Vor uns liegt ein Problem, die Zeit drängt, und einfach, um etwas gemacht zu haben, kleben wir ein Pflästerli drauf. Dann zeigen wir auf das Pflaster und sagen: „Seht her, hier ist unsere Klimastrategie 2050 / unsere innovative Carbon-Capture and Storage-Technologie / unsere CO2-Kompensation im Ausland, wir kümmern uns doch um das Problem.“ Würden Ärzt*innen mit der

gleichen Fahrlässigkeit handeln, wie Politiker*innen und Unternehmer*innen auf die Klimakrise reagieren, würden wir wegen unterlassener Hilfeleistung verklagt.

Was wäre also eine adäquate Therapie? Ein erster Schritt, zu dem die Weltgesundheitsorganisation und seit Herbst 2022 auch das Europäische Parlament aufrufen, wäre ein globaler „Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty", also ein Vertrag zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und zur Unterstützung einer gerechten Transformation. Wie kann das gelingen?

Die Wurzeln der Krise angehen

In der Medizin gilt eine Therapie dann als nachhaltig wirksam, wenn sie radikal ist, d.h. die Wurzel eines Problems angeht; alles andere wäre reine Symptombekämpfung. Wenn Politiker*innen oberflächliche, kurzfristige Pflaster-Maßnahmen diskutieren, ist das politisches Kalkül. Das überrascht nicht wirklich, wenn wir einen Röntgenblick auf politische Machtstrukturen werfen und feststellen: Die Menschen, die sich am meisten für business as usual einsetzen, sind auch diejenigen, die am meisten für die Krise verantwortlich und zugleich am wenigsten von ihr betroffen sind. In unserer Untersuchung können drei Hauptursachen identifiziert werden.

Kapitalismus: Derzeit haben wir bei sechs der neun planetaren Grenzen (z.B. Biodiversität und Klima) den sicheren Bereich bereits überschritten und die Wissenschaft sagt deutlich: Nur innerhalb dieser Grenzen ist ein gesundes Leben für jetzige und künftige Generationen möglich. Wir benötigen daher dringend ein Wirtschaftssystem, das anstelle von grenzenlosem Wachstum auf Fürsorge füreinander und für unsere Mitwelt basiert.

Bisherige „Pflästerli-Politik" ist nur Symptombekämpfung, sie ändert nichts an den strukturellen Problemen

Patriarchat: Rund 80 Prozent der durch die Klimakrise vertriebenen Menschen sind Frauen. Weltweit sind über zwei Drittel der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen Frauen und somit diejenigen, die einen Großteil der Sorgearbeit leisten, häufig unbezahlt. Und nur 25 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Mit den Worten von Mary Robinson ist die „Klimakrise ein von Männern gemachtes Problem mit einer feministischen Lösung". Deshalb braucht es Chancengerechtigkeit, eine neue Definition von Erwerbsarbeit und eine Umverteilung und Anerkennung von Care-Arbeit.

Kolonialismus: Globale Ungerechtigkeiten werden von imperialen Machtstrukturen aufrechterhalten und Rohstoffe und Menschen strukturell ausgebeutet. Wenn wir den historischen Kontext des Globalen Nordens und Südens anerkennen, ist es unhaltbar, von Entwicklungszusammenarbeit oder humanitärer Hilfe zu sprechen; vielmehr müsste von Gerechtigkeitsmaßnahmen und Reparationen die Rede sein.

Damit eine chancengerechte Transformation hin zu einem gesunden Leben für alle gelingen kann, müssen diese drei Ursachen in jedem Therapieansatz mitgedacht werden. Und es gibt auch schon Lösungen, sie werden nur noch nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert: Donut-Ökonomie, Kreislaufwirtschaft, bedingungsloses Grundeinkommen, Maximalerbe, reduzierte Arbeitszeit, Mindestlohn, der an einen Maximallohn gekoppelt ist, mehr Geld und Zeit für Pflege, soziale Elternschaft, Ausbau der Kinderbetreuung, Mehrgenerationenhäuser, Förderung von geteiltem Besitz, solidarische Landwirtschaft, Mobilitäts-

wende, partizipative Demokratie, offene Grenzen und eine globale Umverteilung von Ressourcen. All das sind Möglichkeiten, um systemische Rahmenbedingungen zu transformieren. Sie integrieren die Planetary-Health-Perspektive und stellen Chancengerechtigkeit, Prävention und Gesundheitsförderung ins Zentrum: Systems change, not climate change. Systemische, intersektionale Lösungen sind „politisch unvermeidlich" – und an vielen Orten auf der Welt werden sie bereits gelebt.

Wenn wir unsere Zeit nicht mehr mit Pflaster-Lösungen vergeuden, sondern jede Diskussion vom Standpunkt aus starten, dass feministische und dekoloniale Post-Wachstums-Ansätze die adäquate Therapie für unsere Polykrise sind, ist die Prognose hoffnungsfroh. Dann können wir unsere wünschenswerte Zukunft ab heute Realität werden lassen. • •

Bea Albermann arbeitete beim Centre for Planetary Health Policy in Berlin und bei der WHO in Genf zu systemischer Transformation für globale Gesundheit.

Feministische Klimaaußenpolitik

Was bedeutet das konkret? Die Klimakrise ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, Unterdrückungssysteme müssen abgeschafft und ein neues Verständnis von menschlicher Sicherheit entwickelt werden.

Von Michelle Benzing

Im vergangenen Jahr hat die deutsche Bundesregierung zwei wichtige Prozesse angestoßen: die Strategie zur Klimaaußenpolitik und die Entwicklung der Leitlinien für eine feministische Außenpolitik, von denen sich ein Punkt speziell auf die Klimakrise bezieht. Diese beiden Strategien müssen durch einen feministischen Ansatz zusammengedacht werden.

Was wir brauchen, ist eine Feminist Climate Foreign Policy (FCFP) für Deutschland und weltweit. Dies ist notwendig, um nicht nur die Unterdrückung von Menschen, sondern auch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Zerstörung unseres Planeten anzugehen. Ein feministischer Ansatz für die Klimaaußenpolitik setzt drei Punkte voraus: die Anerkennung der Komplexität von sich überschneidenden Unterdrückungssystemen (Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus, Kolonialismus, Militarismus etc.), einen daraus resultierenden Klimagerechtigkeitsansatz sowie die Abwendung von einer Versicherheitlichung beziehungsweise Militarisierung der Klimakrise hin zu einem Verständnis der menschlichen Sicherheit.

Feministische Klimaaußenpolitik muss intersektional gedacht werden! Die Klimakrise betrifft zwar alle Menschen, aber marginalisierte Gruppen sind unverhältnismäßig stark betroffen. Daher können wir die Klimakrise nicht lösen, ohne uns gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit für queere Menschen, Schwarze Menschen und People of Colour, indigene Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Geflüchtete und Binnenvertriebene einzusetzen.

Ein Beispiel: 80 Prozent der Klimageflüchteten sind Frauen; sie sind auf Migrationsrouten besonders von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Ihre Bedürfnisse können jedoch nur dann angemessen berücksichtigt werden, wenn ihre Sichtweisen in Verhandlungen und Maßnahmen einbezogen werden, was bis heute nicht ausreichend der Fall ist. Ein anderes Beispiel aus Deutschland: In einer Studie beschreiben Imeh Ituen und Lisa Tatu Hey, wie rassifizierte Menschen von Umweltrassismus (definiert als die „rassistischen Effekte ungleicher Verteilung von Umweltgütern und -risiken") betroffen sind. Die Stadt Hamburg stellte Sinti*zze und Rom*nja 2004 als Entschädigung ein Grundstück zur Verfügung, ohne offenzulegen, dass der Standort früher eine Mülldeponie war. Boden und Grundwasser sind mit toxischen Substanzen verseucht – mit enormen gesundheitlichen Folgen.

Im Zeichen von Klimagerechtigkeit

Eine FCFP hat zum Ziel, Formen mehrfacher Diskriminierung national wie international und konkret in ihrer Intersektion mit der Klimakrise abzubauen. Die Grundlage einer FCFP ist Klimagerechtigkeit, d.h. die Klimakrise muss als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit betrachtet werden. Die Länder und Menschen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind, tragen am wenigsten dazu bei – vor allem Länder im Globalen Süden, Schwarze, Indigene und People of Colour sowie einkommensschwache Gemeinschaften im Globalen Norden. Daher müssen die Länder mit den höchsten kumulierten CO2-Emissionen, wie Deutschland, entsprechend ihrer historischen Verantwortung handeln.

Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen die Perspektiven marginalisierter Gruppen angehört und in eine FCFP integriert werden. In den Leitlinien feministischer Außenpolitik wird anerkannt, dass Frauen und diverse gesellschaftliche Gruppen „wichtige Akteur*innen und Führungspersonen" im Kampf gegen die Klimakrise sind und versprochen, dass lokale und indigene Gruppen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das ist eine Selbstverpflichtung, die durch finanzielle Unterstützung ergänzt werden muss.

Von Industriestaaten zugesagte Finanzmittel sind immer noch nicht bei besonders Betroffenen angekommen

Klimagerechtigkeit bedeutet auch, das auf der Klimakonferenz in Kopenhagen eingegangene Versprechen zu halten, wonach ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar von Industriestaaten an sogenannte Entwicklungsländer fließen sollen; bis Juni 2023 war dies immer noch nicht der Fall. Dabei ist diese Finanzierung für die am stärksten betroffenen Staaten so wichtig, um Projekte zur Treibhausgasreduktion und für Anpassungsmaßnahmen voranzutreiben. Im Sinne der historischen Verantwortung sind zudem Reparationszahlungen wie der bei der Klimakonferenz COP27 vereinbarte Entschädigungsfonds für Verluste und Schäden ein wichtiger Schritt; jedoch wird es langwieriger Verhandlungen bedürfen, bis die Gelder bei den Betroffenen ankommen. Eine FCFP zu verfolgen, bedeutet Klimafinanzierungsversprechen ernst zu nehmen und sicherzustellen, dass die Gelder marginalisierten Gruppen und gendertransformativen Projekten zugutekommen.

Eine FCFP begegnet den Sicherheitsrisiken der Klimakrise durch den Ansatz der „human security". Damit bietet sie eine Alternative zu den technisierten, militarisierten und versicherheitlichten

Debatten, indem sie sich auf politische, ökonomische, gesundheitliche, ökologische, ernährungspolitische, persönliche und soziale Sicherheit konzentriert. Zudem lehnt ein solches Verständnis die Militarisierung von Grenzen ab und fordert eine transparente Darlegung der CO_2-Emissionen des Militärs, da Armeen und Rüstungsindustrien etwa 5,5 Prozent der globalen Emissionen verursachen. Derzeit geben die reichsten Länder laut eines Berichts des Transnational Institute etwa 30 Mal so viel für ihre Streitkräfte aus wie für die gesetzlich vorgeschriebene Klimafinanzierung.

Eine große Herausforderung für die FCFP besteht auch darin, ein Bewusstsein zu schaffen, dass die Klimakrise nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. Stattdessen müssen die Umweltfolgen von Kriegen oder die Auswirkungen von Rohstoffabbau von Uran und Plutonium (z.B. für Atomwaffen) deutlich gemacht werden. Es müssen Schutzmechanismen für Umweltschützer*innen und indigene Gruppen, insbesondere für Frauen, die an vorderster Front gegen die Klimakrise kämpfen, geschaffen und ausbeuterische Industrien, die häufig von nationalen Militärs bewacht werden, zur Verantwortung gezogen werden. Im Rahmen einer FCFP ist klar: Klimagerechtigkeit und nachhaltiger Frieden können langfristig nur durch Demilitarisierung und Denuklearisierung erreicht werden.

Ein feministischer Ansatz zur Lösung der Klimakrise hinterfragt die Überschneidungen der Ursachen der Klimakrise ganzheitlich. Faktoren wie Umweltrassismus, extraktivistische, kapitalistische und koloniale Wirtschaftssysteme oder die Militarisierung der Klimakrise müssen kritisch reflektiert und angegangen werden. Denn eine FCFP steht im Zeichen von Gerechtigkeit – und Staaten wie Deutschland stehen in der Verantwortung, den am stärksten Betroffenen gerecht zu werden. • •

Michelle Benzing arbeitete zum Nexus von Gender, Klima und Sicherheit beim Center for Feminist Foreign Policy, bei UN Women in New York und beim Pacific Women's Mediators Network in Suva, Fidschi.

Wege aus der Wasserkrise

Der Zugang zu Wasser ist zwar ein Menschenrecht, doch die Verteilung dieser Ressource bleibt ungerecht. Höchste Zeit zum Handeln, um zögerliche Politik, Misswirtschaft und Profitgier zu beenden.

Von Erik Schnetzler

New York, Hauptquartier der Vereinten Nationen. Reden hochrangiger politischer Persönlichkeiten, eine Videobotschaft des Schauspielers Matt Damon, Musik, Lichteffekte und viel Applaus fließen in die Abschlusszeremonie der Wasserkonferenz 2023. Ein Meilenstein, keine Frage, handelt es sich doch erst um die zweite UN-Konferenz ausschließlich zum Thema Wasser; die erste fand 1977 statt.

Pandemien, die Folgen des Klimawandels, Konflikte, Wirtschafts- und Ernährungskrisen sind heute an der Tagesordnung. Die Weltbevölkerung hat sich

verdoppelt, die Zahl der Staudämme und intensiv bewässerten Felder ist in die Höhe geschnellt und Mikroplastik kann selbst im Schnee der Antarktis nachgewiesen werden. Nie zuvor wurden die Wasserressourcen der Erde so stark beansprucht und belastet wie heute. Obwohl das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser seit 2010 von der UN-Generalversammlung als Menschenrecht anerkannt ist, schreitet die Wasserverschmutzung in allen Teilen der Welt voran und es herrscht massive Ungerechtigkeit bei der Verteilung. Wir sprechen daher von einer Wasserkrise, die sich für uns am deutlichsten darin manifestiert, dass jeder vierte Mensch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat und fast die Hälfte der Weltbevölkerung ohne sichere sanitäre Einrichtungen lebt.

Ratlos, verunsichert und erschöpft

Als einer von 10 000 Teilnehmenden bin ich mir des Privilegs bewusst, bei dieser Konferenz dabei sein zu dürfen. Doch trotz vieler interessanter Begegnungen und Gespräche bleibe ich nach der Abschlusszeremonie ziemlich ratlos, verunsichert und erschöpft zurück. Als Teil einer Generation, die direkt von den Konsequenzen einer trägen Wasserpolitik betroffen sein wird, waren meine Erwartungen entsprechend hoch. Dennoch war mir bewusst, dass die sogenannte Wasser-Aktionsagenda lediglich eine Zusammenfassung der Konferenz sowie eine Reihe von Selbstverpflichtungen umfassen würde. Am Ende waren es immerhin mehr als 700 Selbstverpflichtungen, die von verschiedenen Akteuren, von Think-Tanks über Konsortien und Allianzen bis hin zu einzelnen Ländern, abgegeben wurden.

Ob, in den Worten des UN-Generalsekretärs, dieses Ergebnis der Konferenz „dem Lebensblut unserer Welt das Engagement gibt, das es verdient“, ist fraglich. Vielleicht sind meine skeptischen Gedanken aber auch darauf zurückzuführen, dass ich mich dehydriert fühle, was mir bei der Arbeit regelmäßig passiert, weil ich immer wieder vergesse, ausreichend zu trinken. Welch eine Ironie, wenn man bedenkt, dass ich mich den ganzen Tag mit Wasser beschäftige. Also mache ich mich auf den Weg zur UN-Cafeteria. Dabei geht mir die Aussage „Wasser ist Leben“ durch den Kopf. Dieser Aussage begegnete man ständig auf der Konferenz und sie findet sich auch in unzähligen Berichten, Artikeln und Büchern zum Thema. Zweifelsohne ist Wasser – insbesondere Süßwasser, das lediglich ca. 3 Prozent der gesamten Wassermenge auf der Erde ausmacht und wovon weniger als 1 Prozent für den Menschen leicht zugänglich ist – für alle uns bekannten Lebensformen unerlässlich.

Insgesamt wurden mehr als 700 Selbstverpflichtungen bei der zweiten UN-Wasserkonferenz abgegeben

Doch gleichermaßen muss man anerkennen, dass das Gegenteil von „Wasser ist Leben“ ebenfalls zutrifft: Wasser kann auch Tod sein. Infektionen und Krankheiten wie Cholera und Malaria könnten ohne Wasser den Menschen nicht erreichen, und Wasserverschmutzung durch Schwermetalle, Pestizide oder andere Verunreinigungen können gravierende Folgen für die menschliche Gesundheit haben und zum Tod führen. Hinzu kommt, dass Wasserinfrastruktur in bewaffneten Konflikten oft gezielt angegriffen und als Kriegswaffe missbraucht wird. Tatsächlich sterben heute viel mehr Menschen direkt an Wasser als durch dessen Mangel.

Dass die Wasserkrise einzig bedeutet, dass uns das Wasser ausgeht und die

Menschheit deshalb zu verdursten droht, ist also ein Trugschluss. Meines Erachtens wäre es zielführender, wenn wir Wasser als zirkulierend und nicht als endlich betrachteten. Schon in der Grundschule haben wir den Wasserkreislauf kennengelernt, der beschreibt, dass Wasser ständig in Bewegung ist, dass wir selbst zu über 50 Prozent aus Wasser bestehen und Teil dieses Zyklus sind.

Veränderungen des Wasserkreislaufs

Besorgniserregend sind daher vielmehr Veränderungen des Wasserkreislaufs, insbesondere durch direkte Eingriffe des Menschen, die an einem Ort zu Überschwemmungen und an anderen zu Dürren führen. Die Hauptleidtragenden sind dann häufig ohnehin schon benachteiligte Bevölkerungsgruppen, vor allem aus dem Globalen Süden. Bedenklich ist ferner die voranschreitende Wasserverschmutzung, zum Beispiel durch Chemikalien oder Mikroplastik, die die Wasserqualität auf Jahrtausende hinaus beeinträchtigt.

Spricht man von Wassermangel, unterscheidet man oft zwischen zwei Arten: Physische Knappheit bedeutet, dass Wasser an einem bestimmten Ort nicht ausreichend vorhanden ist, während ökonomische Knappheit bedeutet, dass Wasser zwar vorhanden sein kann, aber nicht ausreichend genutzt wird, weil die notwendigen Mittel und Ressourcen fehlen. Fakt ist, dass Wasserknappheit, sei es physische oder ökonomische, immer relativ zum Bedarf und zur Nachfrage steht und deshalb oft menschengemacht oder konstruiert ist.

Es wäre zielführender, wenn wir Wasser nicht als endlich, sondern als zirkulierend betrachten würden

Dies sollte uns zu denken geben, wenn wir das nächste Mal im Winter Spargel oder Avocados aus der peruanischen Wüste kaufen, die nur durch die Erschöpfung von Grundwasserspeichern angebaut werden können; Wasser, das dann anderen Menschen in der Region fehlt.

Wasser fließt nicht nur abwärts, sondern auch aufwärts, und zwar dorthin, wo Geld ist oder wo Profit gemacht werden kann. Die ermutigendere Folgerung ist, dass wir der Wasserknappheit entgegenwirken können, indem wir Wasser nachhaltig nutzen. Und nachhaltige Wassernutzung bedeutet letztlich nichts anderes, als dafür zu sorgen, dass genügend Wasser der richtigen Qualität zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur Verfügung steht.

In der UN-Cafeteria stehen die Leute in einer langen Schlange. Getränke werden nur in Pappbechern oder Plastikflaschen verkauft – nicht sehr umweltfreundlich. Deshalb entscheide ich mich, Leitungswasser zu trinken. Für viele von uns im Globalen Norden ist das eine Selbstverständlichkeit, in den meisten Ländern der Welt allerdings nicht ratsam. Stichwort umweltfreundlich: Immer wieder war bei der Konferenz zu hören, dass man Klima- und Wassermaßnahmen besser koordinieren müsse. Die Art und Weise, wie wir mit Wasserressourcen umgehen, wird eine wesentliche Rolle bei der Abschwächung und Anpassung an den Klimawandel spielen. Deshalb ist es wichtig, dass Wassermanagement die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken berücksichtigt.

Der Klimawandel ist jedoch nicht die einzige Ursache für die Wasserkrise; jahrzehntelange Misswirtschaft, Profitgier und politisches Kalkül im Umgang mit Wasserressourcen haben auch dazu beigetragen. Mark Zeitoun, Generaldirektor des Geneva Water Hub, erklärt: „Der Wasserwelt fehlt es an Führung, und das steht im Gegensatz

zu all den wirklich guten wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in diesem Bereich aktiv sind." Die UN-Wasserkonferenz hat das Thema für kurze Zeit wieder ins Rampenlicht der internationalen Gemeinschaft gebracht. Apokalyptische Darstellungen von unaufhaltsamer Wasserknappheit und Klimakatastrophen sollten aber keinesfalls von den heikleren Wasserthemen ablenken.

Letztlich müssen wir uns fragen: Wer bekommt wann, wo und wie viel Wasser? Und dabei Faktoren wie Macht, Transparenz, Finanzen und Politik mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn ob mit oder ohne Führung: Klar ist, wir müssen handeln, die Wasserkrise schreitet voran. • •

Erik Schnetzler war beim Geneva Water Hub und im OSZE-Programmbüro in Astana tätig und beschäftigte sich mit dem Thema Wasser und Frieden.

Diasporen als Klima-Akteure

Die Kenntnisse von exilierten Bevölkerungen können dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen. Dazu braucht es eine gerechte Auseinandersetzung mit der Diaspora und konkretere Daten.

Von Mediha Inan

Als Kind gehörten meine Wochenenden der kurdischen Gemeinschaft. Ich erinnere mich an unzählige Tage, an denen ich mit meiner Familie morgens an Demonstrationen und nachmittags an Hochzeiten oder kulturellen Veranstaltungen teilnahm. Die Orte waren zwar immer verschieden, aber es gab eine entscheidende Gemeinsamkeit: die Farben Grün, Rot und Gelb, mit denen wir uns schmückten – politisch jedenfalls.

Ökozide und Menschenrechtsverletzungen haben die Flucht von über einer Million Kurd*innen nach Deutschland verursacht. Das politische Bewusstsein, insbesondere der kurdischen Frauen, hatte mich damals schon fasziniert und die Handlungsfähigkeit der kurdischen Diaspora hat sich auch jüngst wieder bewiesen beim Erdbeben in der Türkei, in Syrien und in Kurdistan. Daraus kann man eine wichtige Erkenntnis ziehen: Im Kontext der globalen Erwärmung können Diasporen Ausdruck von Ursachen der Klimakrise und Lösungen zu ihrer Bekämpfung sein.

Das Wort Diaspora stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet Verstreuung. Gegenwärtig versteht die Wissenschaft darunter im Kollektiv lebende Menschen, die durch politische, kulturelle und/oder historische Realitäten verbunden sind und fern ihrer Heimat leben. Hinzu kommt die komplexe Beziehung zwischen Diasporen und Staaten. Diasporen können in zwei Kategorien unterteilt werden: entweder als Erweiterung des Staates und seiner Einflusssphäre oder als Synonym zum Exil infolge staatlicher Unterdrückung. In beiden Fällen erstreckt sich die Diaspora über einen weiten geografischen Raum, über Staatsgrenzen hinweg. Im Falle von Kurd*innen und anderen staatenlosen Völkern wie dem tamilischen Volk kommt neben dem transnationalen Charakter

noch ein weiterer kritischer Faktor hinzu: Sie denunzieren die nationalstaatlichen Strukturen moderner Staaten, die sie – und mit ihnen ihre „communities“ – von ihrer Umwelt trennen.

Betrachtet man die Ursachen der Klimakrise, erkennt man, dass die Ausbeutung von Land und Ressourcen eng mit der Zerstörung von Ökosystemen zusammenhängt. Machtgefälle umfassen auch heute Formen der Ungleichheit. Keineswegs handelt es sich dabei nur um das binäre Verständnis des Globalen Nordens und des Globalen Südens, wie es dem Loss and Damage Fund zugrunde liegt, der bei der COP27 verabschiedet wurde. Tatsächlich offenbart eine genaue Betrachtung der politischen Verhältnisse mancher geopolitisch nicht unwichtigen Staaten des Südens, wie sie selbst zur Unterdrückung und Exilierung indigener Völker beitragen.

Mechanismen der Unterdrückung

In den kurdischen Gebieten sind eine künstlich geschaffene Wasserkrise und Dürre bekannte Kriegswaffen. So sind beispielsweise im kurdischen Efrîn seit der türkischen Invasion 2018 nicht nur über 300 000 Menschen vertrieben worden. Ein Bericht der Lêlûn Association und Syrians for Truth and Justice dokumentiert anhand von Fernerkundungsanalysen einen 56-prozentigen Verlust des Baumbestands, ein Gesamtverlust von 45 320 Hektar. Unterdrückungsmechanismen sind also Treiber von beidem: Migration und Klimakrise. Allein deshalb kann die Diaspora nicht losgelöst von der Klimakrise betrachtet werden.

Die bewusste Kenntnisnahme dieser strukturellen Dimensionen von Exilierten kann fehlende Gerechtigkeit schaffen und kollektive Vulnerabilität vis-à-vis Klimakatastrophen bekämpfen. Oft besitzen Diasporen nämlich spezielles Wissen, das insbesondere für adaptive Klimastrategien relevant ist.

In den kurdischen Gebieten sind eine künstlich geschaffene Wasserkrise und Dürre bekannte Kriegswaffen

Klimaadaptation bezeichnet die Anpassung an vorangeschrittene klimatische Veränderungen. Dabei auf indigenes Wissen zurückzugreifen, ist effizient und effektiv. In indigenen Praktiken werden Natur und Mensch als inhärent gesehen, naturbasierte Lösungen eingesetzt und die Umwelt als Leben verstanden, das es zu schützen gilt. Bei historischen Völkern und sogenannten First Land Nations ist das Verhältnis Umwelt–Mensch zweifach ausgeprägt: historisch-kulturell sowie auch durch eine traumatische Trennung. So wird die diasporische Verbundenheit zu Land und Habitat durch eine starke politische und politisierte Sehnsucht erhalten. Diese Sehnsucht strebt nach Gerechtigkeit.

Damit sich das Potenzial von Diasporen entfalten kann und klimapolitisches Handeln auch sozial ist, bedarf es allerdings zweier Bedingungen.

Erstens: Es braucht eine kontextualisierende und gerechte Auseinandersetzung mit exilierten Diasporen. Das gilt insbesondere für Völker, deren politischer Widerstand noch immer unzureichend anerkannt und verortet wird. Das tamilische Volk zum Beispiel kennt eine lange widerständige Geschichte, die in Deutschland kaum thematisiert wird – obgleich viele deutsche Touristen*innen in Sri Lanka Urlaub machen. Dabei wäre es wichtig zu verstehen, dass in Sri Lanka Tourismus mit der gewaltsamen Enteignung von tamilischem Land und der Zerstörung von Leben

einhergeht. Das srilankische Militär – für Genozid und Massaker verantwortlich – besitzt allein über 21 Hotels und Ressorts, in denen in den vergangenen Jahren rund 2,3 Millionen Menschen Urlaub machten. Diese Realität zu verstehen, muss Essenz von politischem Willen und klimapolitischem Handeln werden.

Zweitens: Es braucht eine sensible und ethische Erhebung von Daten. Diasporen, die aus dem Exil heraus und infolge von staatlicher Unterdrückung aktiv sind, agieren oft in marginalisierten und prekären Räumen; sie werden für ihr Engagement kriminalisiert und staatliche Strukturen, auch die Erhebung von Daten, bedeuten für viele von ihnen Gewalt und Trauma. Im kurdischen Kontext wird die Sprache immer noch verboten. Selbst ein Like von einem Instagram-Post in den sozialen Medien ist ausreichend, um einem Terrorismusvorwurf ausgesetzt und inhaftiert zu werden. Dies ist wichtig zu erwähnen, weil insbesondere Geldsendungen aus der Diaspora ein Mittel für Klimaadaptationen sein können. Um sie kollektiv nutzen und ungleiche Verteilung verhindern zu können, sollte man wissen, wie hoch diese Rücküberweisungen sind, wer von ihnen profitiert und wie sie nachhaltig und gesamtgesellschaftlich genutzt werden können.

Diese zwei Bedingungen können weder voneinander losgelöst noch unabhängig von systemischen Verhältnissen gesehen werden. Wenn Diasporen in Deutschland zum Beispiel in marginalisierten und prekarisierten Räumen agieren, ist das nicht nur eine Beobachtung, sondern eine politische Realität, in der Staaten das Sagen haben und dominieren. In diesem Sinne ist es wichtig, politisches Handeln und Räume zu dekonstruieren. Diasporen als Akteure mit Belangen zu verstehen – auch und vor allem in der Klimakrise. • •

Mediha Inan arbeitete bei UN-Habitat in Nairobi und bei der OECD in Paris zu klimaresilienter Infrastruktur und zur Rolle von Diasporen in diesem Kontext.

Begrenzte Unendlichkeit

Die Nutzung des Weltraums wird immer attraktiver und die Zahl der Satelliten steigt rasant. Es gibt aber auch mehr Weltraumschrott und die Gefahr von Kollisionen steigt. Globale Regulierung ist notwendig!

Von Ferechta Paiwand

Stellen Sie sich vor, der Weltraum ist wie ein großes Schienennetz und die Satelliten sind wie Züge, die auf diesen Schienen fahren. Jeder Satellit hat eine spezifische Route, die er in einer Erdumlaufbahn, Orbit, um die Erde zurücklegt, ähnlich wie ein Zug auf einer bestimmten Strecke zwischen verschiedenen Stationen. Ein Satellit kann nur innerhalb eines Orbits funktionieren; außerhalb dieses Orbits würde er entweder auf die Erde zurückfallen oder im Weltraum verschwinden.

Satelliten können je nach Funktion und Aufgabe auf verschiedenen Orbits platziert werden. Wie Züge auf der Erde dienen Satelliten verschiedenen Zwecken.

Einige Satelliten sind wie Passagierzüge und befördern Informationen. Diese Kommunikationssatelliten übertragen Informationen zwischen Satelliten und Bodenstationen sowie zwischen Satelliten. Sie ermöglichen Navigation, Fernsehen, Wetterprognosen, aber auch Notfallkommunikation oder Breitbandkommunikationsdienste, mit denen große Datenmengen in Echtzeit übertragen werden können. Dies ist besonders wichtig für Katastrophenbewältigung, da genaue Lagebilder, Schadensbewertungen und koordinierte Reaktionen eine effektive Hilfe und Rettungsmaßnahmen erlauben. Andere Satelliten sind wie Frachtzüge und transportieren wissenschaftliche Instrumente oder andere Nutzlasten in den Weltraum.

Von GEO und LEO

Der bekannteste Orbit ist der geostationäre Orbit (GEO), er verläuft parallel zum Äquator auf einer Höhe von etwa 36 000 Kilometern. Der GEO ist besonders beliebt, da aufgrund der großen Entfernung zur Erde bereits drei Satelliten ausreichen, um die ganze Erde abzudecken. Zudem bewegt sich ein geostationärer Satellit mit annähernd derselben Geschwindigkeit wie die Erdrotation, wodurch er stationär erscheint. Er bietet für die Fernerkundung den Vorteil, dass er die Erde immer aus der gleichen Perspektive betrachtet und somit in kurzen Abständen das gleiche Bild aufnehmen kann. Diese Anordnung ist besonders nützlich für die Beobachtung der Wetterbedingungen und die Erstellung einer Wetterprognose.

Mit einer Erdnähe von 200 bis 2000 Kilometern und somit geringeren Kosten bei Verbringung der Satelliten in den „Low Earth Orbit“ (LEO) ist dieser besonders hoch frequentiert. Auch die Internationale Raumstation und andere bemannte Raumfahrzeuge befinden sich im LEO.

Die Zahl der Satellitenpositionen ist durch technische Gegebenheiten begrenzt. Um ein Mindestmaß an gerechter Verteilung zwischen allen Staaten auf dem GEO herzustellen, wurde 1977 der GEO zu einer begrenzt natürlichen Ressource erklärt, gemäß Art. 44 II der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (ITU). Für die Koordinierung der Frequenznutzungsrechte und entsprechende Zuteilung der Orbitpositionen ist auch die ITU zuständig. Jeder Staat hat Anspruch auf mindestens eine Position im GEO, unabhängig davon, ob dieser in der Lage ist, einen Satelliten tatsächlich auf dem GEO zu positionieren. Derzeit sind rund 600 Satelliten im GEO positioniert, was etwa einem Drittel der Gesamtkapazität dieses Orbits entspricht. Erst 1998 wurden alle Orbits zu begrenzten natürlichen Ressourcen erklärt.

Mit technischem Fortschritt und sinkenden Kosten wird die Nutzung des Weltraums immer attraktiver. Eine wachsende Anzahl privater Akteure trägt maßgeblich zum Anstieg bei: Wurden zwischen 1957 und 2012 jährlich etwa 150 Satelliten in den Weltraum gebracht, waren es danach 210 (2013), 600 (2019), 1200 (2020), 2470 (2022); für 2028 prognostizieren die UN die Verbringung von 1 119 866 Satelliten ins All. Mehr als 70 Prozent aller Satelliten befinden sich im LEO. Anders als beim GEO gibt es für den LEO jedoch keine Zuteilung der Orbitpositionen durch die ITU; lediglich die Koordinierung der Frequenznutzungsrechte übernimmt die ITU für alle Orbits.

Orbits sind begrenzte natürliche Ressourcen, und jeder Staat hat Anspruch auf mindestens eine Position im GEO

Der Weltraumschrott nimmt exponentiell zu und ist eine Gefahr für andere Satelliten, Raumfahrtobjekte und auch die Erde. Als Weltraumschrott oder Space Debris bezeichnet man alle Gegenstände und Partikel, die während der Raumfahrt ins All gelangt sind, keinen Zweck erfüllen und in ihren Umlaufbahnen ohne jeglichen Kontakt zur Erde kreisen.

Die Staatengemeinschaft hat das Problem der steigenden Satellitenzahl, des Weltraumschrotts und der Unterregulierung erkannt. Bei Konferenzen wie dem Asian-Pacific Regional Space Agency Forum in Hanoi oder der 66. Sitzung des UN Committee on the Peaceful Uses of Outer Space in Wien stehen diese Themen auf der Agenda. Ähnlich wie bei Zugfahrplänen und Signalen auf der Erde ist es entscheidend, dass Satelliten im Weltraum sicher und effizient operieren. Unter dem Begriff Space Traffic Management (STM) wird ein Regulierungssystem verstanden, das den Weltraumverkehr überwacht, koordiniert und regelt, um sicherzustellen, dass Satelliten ihre Umlaufbahnen einhalten und Kollisionen vermeiden. Dabei werden Regeln und Vorschriften festgelegt, an die sich Satellitenbetreiber*innen halten müssen. Ein weiterer Aspekt des STM ist die nachhaltige Nutzung des LEO. Derzeit befinden sich im Weltraum über 100 000 Teile, die kleiner als 1 cm sind. Auch die Entsorgung und Minimierung von Weltraumschrott müssen über das STM geregelt werden. Zwar gibt es hier bereits regionale Ansätze, doch sie reichen nicht aus – es braucht ganzheitliche globale Normen und Regeln.

Die Nutzung des Weltraums trägt in großem Maße zur Verbesserung des Lebens auf der Erde bei. Navigation, Wetterprognosen, Internet und Fernsehen sind nicht mehr wegzudenken. Um auch in Zukunft vom Weltraum und seinen Möglichkeiten profitieren zu können, ist globale Zusammenarbeit zur Entwicklung eines STM-Regulierungsrahmens dringend notwendig. Es liegt in unserer globalen Verantwortung, diese Möglichkeiten sicher und nachhaltig zu nutzen – nicht nur für uns heute, sondern auch für kommende Generationen. • •

Ferechta Paiwand arbeitete beim European Space Policy Institute in Wien und beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zu Space Traffic Management.

Das Internet von morgen

In der Global-Gateway-Strategie der EU spielt digitale Infrastruktur eine zentrale Rolle. Wie kann Europa regulatorische Standards etablieren und seinem menschenzentrierten Ansatz gerecht zu werden?

Von Manuel Widmann

Das Internet ist banal. Inmitten von bahnbrechenden Fortschritten im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) vergessen wir, was es eigentlich ist: ein Netzwerk aus Netzwerken, das auf physischer Infrastruktur wie Tiefseekabeln, Datenzentren und Satelliten beruht. Ohne Kabel kein Cloud Computing und keine KI.

Zeitsprung, September 2022: Nach mehreren strategischen Sprengungen an der Nord-Stream-Pipeline geht ein Ruck durch die EU. Wenn sogar Pipelines angegriffen werden, wie kann dann die kritische digitale Infrastruktur geschützt und diversifiziert werden? Tiefseekabel, durch die 99 Prozent des Internet-Traffics fließen, liegen meist offen auf dem Meeresgrund und sind damit nicht nur vulnerabel für Spionage, sondern auch für Angriffe oder sonstige Schäden. Ein durch einen Schiffsanker verursachter Kabelbruch schnitt 2020 beispielsweise Jemen für mehrere Wochen vom Internet ab. 95 Prozent des Internet-Traffics zwischen der EU und Ländern in Asien fließen entweder über China und Indien oder durch das Rote Meer – eine Route, die aufgrund des Schiffsverkehrs und von Seebeben als „der verwundbarste Ort des Internets" bezeichnet wurde. Umso passender ist es, dass die digitale Infrastruktur eine zentrale Rolle in Europas Global-Gateway-Strategie einnimmt, der bis 2027 knapp 300 Milliarden Euro mobilisierenden Investitionsoffensive. Aber welches Ziel verfolgt die EU, welche Kriterien sollten bei der Auswahl der Projekte herangezogen werden? Und sind wir – insbesondere im Hinblick auf Chinas Neue Seidenstraße – nicht ohnehin viel zu langsam mit allem?

Zwischen Friendly Fire und Zeitdruck

Digitale Infrastruktur ist das Fundament des Internets und somit der gesamten digitalen Wirtschaft. Zumindest in diesem Punkt sind sich alle Beteiligten einig. Weniger Einigkeit zeigt sich bei der Frage, wer denn für die Umsetzung der Strategie verantwortlich sein soll: die Europäische Kommission oder doch eher der Europäische Auswärtige Dienst (EAD)?

Im November 2022 wurde eine anonyme Quelle des EAD im einflussreichen Online-Magazin *Politico* mit den Worten zitiert, die EU-Kommission – und speziell die Generaldirektion für Internationale Partnerschaften (INTPA) – wäre bei der Umsetzung zu sehr mit Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit bedacht. Um wirklich mit China in den Wettkampf zu ziehen, bräuchte es eine stärkere geopolitische Ausrichtung der Strategie, am besten unter Führung des EAD.

Wegen des digitalen Machtkampfs zwischen den USA und China muss die EU neue Wege gehen

Gerade wegen des digitalen Machtkampfs betonen INTPA-Funktionäre jedoch nachdrücklich, dass die Europäische Union neue Wege gehen muss. Weder Amerikas kapitalistischer und datenextrahierender Ansatz noch Chinas staatsnahe Digitalpolitik können als Vorbild dienen. Die EU hingegen positioniert sich als „menschenzentrierter" Akteur und damit demonstrativ als „alternative Option". Eine konsequente menschenzentrierte Umsetzung der Strategie bedeutet auch, viele Perspektiven zu beleuchten, abzuwägen und wohl bedachte strategische Entscheidungen zu treffen. Und dieser Prozess benötigt Zeit.

Während die EU mit ideellen und machtpolitischen Diskussionen beschäftigt ist, schlägt der Privatsektor Alarm. Am Ende des Tages wird digitale Infrastruktur meist von privaten Unternehmen errichtet. Und diese wünschen sich klare strategische Vorgaben und Planungssicherheit in ihren Investitionen.

Die Dringlichkeit des EAD und des Privatsektors ist nachvollziehbar. Mit dem Bau digitaler Infrastruktur gehen auch Standards, Normen und Werte einher,

die Gesellschaften und Systeme nachhaltig prägen. In einem Stakeholder-Format beklagte sich ein Vertreter des Privatsektors einst über die Trägheit der EU, wenn es darum geht, Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren und zu realisieren. Während die EU noch gründlich analysiert und bewertet, hätte China bereits ein neues Datenzentrum gebaut und die Finanzierung eines Kabels in die Wege geleitet. Verpasst sei also die Chance auf ein lukratives, staatlich gefördertes Geschäft – und verpasst auch die Möglichkeit, durch gezielte Investitionen politisch Einfluss zu nehmen? Mitnichten.

Die Standards machen die Musik

Dass der globale Machtkampf auch dann nicht beendet ist, wenn ein Datenzentrum gebaut oder ein Kabel ausgelegt wurde, zeigt sich eindrucksvoll am Beispiel Kenias. Als aufstrebender Staat und Heimat des „Silicon Savannah", dem afrikanischen Pendant zum Silicon Valley, spielt Kenia eine Pionierrolle im digitalen Sektor. Vielleicht auch deswegen ist die EU so stark daran interessiert, dass das damit einhergehende regulatorische Umfeld „menschenzentrierte" Werte wie ausreichenden Datenschutz oder gewisse Normen zum sicheren Teilen von sensiblen Daten adäquat berücksichtigt. Wenig verwunderlich ist also, dass das 2019 verabschiedete kenianische Datenschutzabkommen die Datenschutz-Grundverordnung zum Vorbild hat. Europäische Werte also erfolgreich etabliert?

Könnte man meinen, wären da nicht die USA. Diese verhandeln derzeit ein bilaterales Handelsabkommen mit Kenia. Eine zentrale Rolle spielt dabei der grenzüberschreitende Datenverkehr. Dass die US-Position hierbei stark von den Interessen der heimischen Big Techs (Google, Amazon, Meta, Apple und Microsoft) beeinflusst ist, ist evident. Dass die Verhandlungen zwischen Kenia und den USA nicht zwangsläufig auf Augenhöhe stattfinden, ebenso. Sollte das Freihandelsabkommen tatsächlich in seiner jetzigen Form verabschiedet werden, würde das kenianische Datenschutzabkommen extrem verwässert werden. Es würden auch massenhaft Daten aus Kenia in die USA fließen. Auf dieser Basis können amerikanische Tech-Konzerne neue Geschäftsmodelle für den kenianischen Markt entwickeln, was es Kenia massiv erschwert, eine unabhängige und souveräne Datenökonomie aufzubauen.

Ob die Versuche Deutschlands und der EU, gegenzusteuern, von Erfolg gekrönt sein werden, wird sich zeigen. Das Beispiel verdeutlicht jedoch, wie wichtig es ist, physische Infrastruktur stets in Kombination mit entsprechenden Regularien und Standards zu konzipieren. Denn eigentlich geht es darum, Partnerländer wie Kenia bestmöglich dabei zu unterstützen, die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen. So gesehen ist es vielleicht gar nicht schlecht, dass die Umsetzung der Global-Gateway-Initiative bei der von manchen als „entwicklungsorientiert" bezeichneten Generaldirektion für Internationale Partnerschaften verankert ist.

Angesichts der voranschreitenden geopolitischen Polarisierung sowie der zweifelsohne vorhandenen Investitionslücken in digitaler Konnektivität vieler Partnerländer bleibt der EU letztlich nur übrig, sich zusammenzuraufen und verschiedene Zielsetzungen miteinander zu vereinbaren. Nur so kann die EU sich selbst und ihren internationalen Partnern gerecht werden. Der Weg mag steinig und weit sein – doch er lohnt sich. • •

Manuel Widmann arbeitete bei der EU-Kommission, dem GIZ Digitalzentrum in Kenia sowie der European Bank for Reconstruction and Development.

Seminarphasen

1.
Vorbereitungsseminar

Zu Beginn des Kollegs erhalten die Kollegiat*innen eine individuelle Beratung zur Planung und Organisation ihrer einzelnen Stagen. Darüber hinaus umfasst das Seminar u.a. ein Bewerbungstraining, Workshops zu Netzwerkaufbau, Spontaneität und Improvisation sowie den Austausch mit Ehemaligen.

2.
Einführungsseminar

Im Rahmen des 13-tägigen Einführungsseminars in Essen und Berlin diskutieren die Kollegiat*innen Fragen der internationalen Politik und Zusammenarbeit mit Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem stehen u.a. Workshops zum Thema Unconscious Bias oder Planspiele zu globalen Herausforderungen auf dem Programm.

3.
Winterseminar

Während des zehntägigen Seminars in der Schweiz geht es um die Entwicklung von Führungs- und Schlüsselkompetenzen. Die Kollegiat*innen werden in internationaler Verhandlungsführung und Rhetorik geschult und belegen einen Workshop zum Thema Präsenz und Wirkung. Gespräche mit internationalen Expert*innen in Bern und am UN-Standort Genf runden das Programm ab.

4.
Sicherheitslehrgang

Im Anschluss an das Winterseminar nehmen die Kollegiat*innen an einem fünftägigen Lehrgang zum richtigen Verhalten in Krisengebieten im UN-Ausbildungszentrum in Hammelburg teil und werden so auf einen möglichen Einsatz in Krisenregionen vorbereitet.

5.
Zwischentreffen

Das zehntägige Zwischentreffen im Mai wird von den Kollegiat*innen organisiert. Es bietet ihnen die Chance, Politik, Gesellschaft und Kultur eines Schwellenlands oder eines Hotspots europäischer Außenpolitik näher kennenzulernen. Das Zwischentreffen des 14. Jahrgangs fand in Georgien statt.

6.
Abschlussseminar

Nach ihren Stagen kehren die Kollegiat*innen im September zu einem einwöchigen Abschlussseminar nach Berlin zurück. Im Fokus stehen die Reflexion des Kolleg-Jahres, der Erfahrungsaustausch mit dem neuen Jahrgang und die feierliche Abschlusspräsentation der Projekte.

Dr. Klaus Scharioth trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung, Staatssekretär und Botschafter in Washington. Seit 2011 ist er Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, seit Anfang 2012 auch Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Georges Martin ist seit 2016 Vizerektor des Kollegs. Bis September 2017 war er Diplomatischer Berater für besondere Aufgaben des Schweizer Außenministers. Zuvor war er stellv. Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit im EDA sowie Botschafter in Jakarta und Nairobi.

Teresa Spancken studierte Politik- und Ostasienwissenschaften in Heidelberg, Fukuoka und Duisburg. Sie arbeitet seit 2017 für die Stiftung Mercator und verantwortet das Mercator Kolleg. Weiterhin beschäftigt sie sich mit internationaler Neuordnung, mit Multilateralismus sowie der Förderung außenpolitischer Denker*innen und Praktiker*innen.

Katharina Seibel studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften und Internationale Rechts- und Sicherheitsstudien in Konstanz, Amsterdam und Peking. Sie arbeitet seit 2017 für die Studienstiftung des deutschen Volkes und ist u.a. als Projektleiterin für das Mercator Kolleg und als Referentin für Stipendiat*innen in Heidelberg tätig.

Dr. Serina Heinen studierte Religionswissenschaft und Recht in Fribourg und promovierte nach mehrjährigem China-Aufenthalt zur chinesischen Religionspolitik. Sie arbeitet seit 2022 für die Schweizerische Studienstiftung und ist als Projektleiterin u.a. für das Mercator Kolleg und das Bildungsprogramm im Bereich Kunst und Kultur tätig.

Stefan Brunner studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen in Zürich, Genf und New Haven. Er ist seit 2015 bei der Stiftung Mercator Schweiz tätig, wo er für Wirkungsorientierung und strategisches Lernen verantwortlich ist. Er hat das Mercator Kolleg mehrfach interimistisch betreut und ist Ansprechperson der Stiftung Mercator Schweiz.

Der Mercator Kolleg-Jahrgang 2022/2023

Bea Albermann arbeitete in ihrem Kolleg-Jahr mit dem Centre for Planetary Health Policy und der WHO zur systemischen Transformation für Gesundheit innerhalb der planetaren Grenzen. Bea studierte Medizin in Zürich und Lausanne und engagiert sich seit ihrer Jugend für Klima- und Gesundheitsgerechtigkeit.

Julian Barazi befasste sich während seines Kolleg-Jahres mit digitalen Assets, der Ökonomie des Klimawandels und Entwicklungsbanken. Als Fellow war er bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Weltbank sowie dem Bundesministerium der Finanzen.

Michelle Benzing arbeitete an den Schnittstellen von Gender- und Klimagerechtigkeit sowie Demilitarisierung und Frieden beim Centre for Feminist Foreign Policy, bei UN Women in New York und dem Pacific Women's Mediators Network in Suva, Fidschi. Sie absolvierte ihr Masterstudium in Internationale Beziehungen in London.

Mathea Bernhardt arbeitete bei der EU, IOM und UNDP in Brüssel, Beirut, New York sowie N'Djamena zu partizipativen und innovativen Ansätzen an der Schnittstelle von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Sie studierte Internationale Beziehungen und Internationale Entwicklung in Paris und London.

Sophie Blömeke beschäftigte sich als Mercator-Fellow mit Disaster Governance und Urban Resilience. Sie arbeitete zu Urban Recovery und Displacement beim Beirut Urban Lab, bei UN-Habitat und bei der OECD. Sie studierte Politikwissenschaften und Nahoststudien mit einem Schwerpunkt auf Urbanistik in Bonn und Beirut.

Josefine Brons arbeitete während ihres Kolleg-Jahres zu (sicherheits-)politischen Frühwarnsystemen in der Sahelzone bei Interpeace in Abidjan und zu Insider Mediation beim UNDP in New York und Banjul. Sie hat Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik in London und Paris studiert.

Anna Cijevschi beschäftigte sich im Mercator Kolleg mit Inklusion durch Sprache. Sie arbeitete in Bangladesch zu indigenen Sprachen, bei der UNESCO in Paris und bei der Rutu Foundation in den Niederlanden, um mehrsprachige Bildung voranzutreiben. Sie studierte Mehrsprachigkeit.

Lukas Edbauer arbeitete im Rahmen des Kollegs mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie der Europäischen Kommission zu innovativen Ansätzen für Klimaanpassung und Resilienz. Er studierte Geografie und Ingenieurwesen mit Fokus auf Katastrophenrisikomanagement und Klimaanpassung.

Lukas Gast arbeitete während seines Fellowships zu den Themen Dekarbonisierung, „grüner" Wasserstoff und Sustainable Finance in Projekten bei der United Nations Industrial Development Organization und der Europäischen Kommission. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen und Engineering for Sustainable Development.

Sina Marleen Golgowski befasste sich in ihrem Kolleg-Jahr mit robusten Friedenseinsätzen und dem Schutz der Zivilbevölkerung. Sie hat erfolgreich eine Promotion im Fachbereich Politikwissenschaft an der TU Dortmund abgeschlossen.

Mediha Inan arbeitete bei UN-Habitat in Nairobi und der OECD in Paris zum Klima-Migration-Nexus. Besonders interessierte sie die Schaffung klimaresilienter Infrastruktur und die Rolle von Diasporen in diesem Kontext. Sie studierte Internationale Beziehungen am King's College London und an der Sciences Po Paris.

Fabian Keske befasste sich als Kollegiat mit Rechtsstaatlichkeit im Bereich Ressourcengovernance. Er war als Mercator Fellow bei der International Development Law Organization, Green Legal Impact, der OECD und DCAF tätig und studierte Environmental Policy und Jura in Paris und München.

Niels Kunz widmete sein Kolleg-Jahr der Rolle digitaler Technologien und nachhaltiger Industrialisierung in Entwicklungskontexten. Er studierte Philosophy, Politics and Economics in Utrecht und Development Studies in Cambridge.

Margot Mayoraz arbeitete beim Danish Refugee Council in Jordanien und bei swisspeace in Basel zur aktiven Rolle der Geflüchteten in Friedensprozessen. Sie studierte Internationale Beziehungen und Entwicklungsstudien in Genf und Kairo.

Nadia Mondini beschäftigte sich mit der Frage, wie saubere Technologien in energieintensiven Branchen wie Stahl, Zement und Gütertransport marktfähig gemacht werden können. Sie hat Umwelt- und Politikwissenschaften studiert und in der Unternehmensberatung sowie in der multilateralen Diplomatie gearbeitet.

Ferechta Paiwand arbeitete in der indonesischen nationalen Space Agency, im European Space Policy Institute, beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und für die Courts of Space Initiative in Dubai. Als Rechtsanwältin beschäftigte sie sich vornehmlich mit alternativen Streitbeilegungsmethoden und der Satellitenplatzregulierung im Weltraum.

Timothy Randall befasste sich mit Blended Finance als Instrument zur Mobilisierung privater Klimainvestitionen. Dabei arbeitete er am Grantham Research Institute der London School of Economics und bei der Asian Development Bank in Bangkok an Infrastrukturfinanzierungen in der Greater-Mekong-Region mit.

Erik Schnetzler beschäftigte sich in seinem Kolleg-Jahr mit dem Thema Wasser und Frieden. Als Mercator Fellow war er beim Geneva Water Hub in Genf und im OSZE-Programmbüro in Astana tätig. Er studierte Internationale Beziehungen, Geschichte und Altertumswissenschaften in London und Basel.

Anne Schuchardt beschäftigte sich während des Mercator Kollegs mit dem Konzept der Staatsbürgerschaft aus internationaler, soziologischer und rechtlicher Perspektive. Die Konzeptionierung eines inklusiven digitalen ID-Systems, das Geflüchtete und Staatenlose mit einbezieht, stand dabei im Mittelpunkt.

Pamela Skowron-Mrówka arbeitete zur Stärkung von Frauenrechten und politischer Teilhabe für einen inklusiven und nachhaltigen Frieden bei Inclusive Peace in Paris und UN Women in New York und Nairobi. Ihr Masterstudium absolvierte sie in Internationale Studien / Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main und Lyon.

Rojda Tosun ist Volljuristin und beschäftigt sich mit der Frage, wie innovative und partizipative Methoden Recht zugänglicher und durchsetzungsfähiger machen können (Legal Innovation & Legal Design). Sie arbeitete im Mercator-Jahr an der Legal Design School, bei UNDP in Westafrika und am NuLawLab in Boston.

Aline Wani beschäftigte sich mit der Mobilisierung transdisziplinärer Methoden für ästhetische und politische Praktiken des Gedenkens. Sie lancierte ein virtuelles Memorial (El Bosque de la Esperanza) für Opfer des Verschwindenlassens in Mexiko und arbeitete bei swisspeace, der International Crisis Group und dem IKRK.

Manuel Widmann beschäftigte sich während seiner Stagen bei der EU-Kommission, dem GIZ Digitalzentrum in Kenia sowie der European Bank for Reconstruction and Development mit folgenden Fragen: Wie sieht das Internet von morgen aus und was bedeutet digitale Souveränität? Er studierte East Asian Economy & Society.

Ann-Christin Wolf beschäftigte sich im Rahmen des Mercator Kollegs mit den Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Recht und mentale Gesundheit bei IMC, UNFPA und der GIZ. Sie studierte Medizin in Köln und Medellín, Global Public Health in Deggendorf und promoviert an der Universität Bonn.

Mike Yousef widmete sein Kolleg-Jahr dem Schutz medizinischer Einrichtungen in bewaffneten Konfliktregionen, u.a. als Fellow bei dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Er arbeitete dabei zu den diplomatischen Entwicklungen wie auch Schutzmaßnahmen vor Ort. Mike ist Arzt und Politologe.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Leitung
Uta Kuhlmann

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Alessia Di Rosa, Marina Pfeiffer

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 46
ip@dgap.org

Bildnachweis
David Außerhofer

Illustration
Daavid Mörtl/
bittesehr.org

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Kollegiat*innen und nicht der Organisationen, für die sie gearbeitet haben.

Dieses IP Special wurde gefördert durch die Stiftung Mercator.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben vergibt jährlich 20 Fellowships in Deutschland sowie fünf Fellowships in der Schweiz an junge Führungskräfte und exzellente Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben bei internationalen Organisationen und NGOs.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie auf: **www.mercator-kolleg.de** und **www.mercator-kolleg.ch**

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11834-2201-1007

Studienstiftung
des deutschen Volkes

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben fördert jedes Jahr 20 deutsche sowie fünf schweizerische Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für unsere Welt von morgen Verantwortung übernehmen wollen. Während des Kolleg-Jahres arbeiten die Kollegiat*innen in internationalen Organisationen, global tätigen Nichtregierungsorganisationen, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen. Ziel des Programms ist es, engagierte Persönlichkeiten für diese Bereiche zu gewinnen sowie international denkende und handelnde Nachwuchskräfte zu qualifizieren.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Projekt der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator, in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, sowie der Schweizerischen Studienstiftung und der Stiftung Mercator Schweiz, in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN

Studienstiftung des deutschen Volkes
STIFTUNG MERCATOR
Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation
Stiftung Mercator Schweiz